D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 71
November '75 DM 1,50

ORIENTIERUNGSRAHMEN '85

In dieser Ausgabe:

Portugal

Dany Diner: Portugal am Scheideweg 3

SB-Kampagne 3

SUV – Manifest und Aufruf 4/5

Heiner Halberstadt: Bericht über ein Dorf 22

Kommentare

Jens Huhn: Spanien 6

Heinz Hauser: Chilenisches Kupfer 8

Ulrich Zuper: Streik bei Mailänder 9

Sozialdemokratie

Roland Roth: Programmdiskussion 1/10

Strategie

Ernst Wedekind: Zweierlei Autonomie 14

Onno Poppinga/ Ulrich Zuper: Kritik am Aachener Konzept 16

Modelle

Günther Pabst: Multinationaler Kindergarten 19

Peter Grohmann: Ausländer-Treffen 20

Gerhard Widmer: Aktion Wasserschlag 22

Roland Roth:

Die Sozialdemokratie in der Krise

Zweieinhalb Jahre liegt der letzte SPD-Parteitag von Hannover zurück. In Mannheim werden sich Mitte November die Delegierten der SPD zusammenfinden, um die „Rückschläge" seit Hannover zu verarbeiten: Das Scheitern der Reformpolitik, die mit Brandts Abtritt als Bundeskanzler auch ihre Symbolfigur in der Regierung verlor; eine gegenüber der tiefsten weltweiten Wirtschaftskrise seit Bestehen der BRD ohnmächtige Wirtschaftspolitik, verquickt mit der Verschärfung staatlicher Repression, die sich mit den dunkelsten Zeiten der Adenauer-Ära messen kann.

Es ist diese, von einer sozialdemokratisch geführten Regierung zu verantwortende Politik, der das Parteivolk zustimmen soll. „Der Bundeskanzler, seine Kollegen und die Bundestagsfraktion werden auf dem Parteitag die bisher geführte Politik vertreten und begründen ... Sie werden sich vergewissern, daß die Partei sie trägt und stützt und absichert". Nicht nur vergangene „unpopuläre", „harte Entscheidungen auf haushalts- und finanzpolitischem Gebiet", ohne „gedankenlose Konzessionen" an die Lohnabhängigen, sollen den Parteise-

FORTSETZUNG SEITE 10

Spanien Solidaritätsveranstaltung — Kein roter Hahnenkampf

Am 19. Oktober fand in Offenbach eine große Spanien-Solidaritätsveranstaltung statt. Organisiert wurde sie von einem neu gegründeten Kulturkomitee, in dem Frankfurts Linke bis hin zu den Jungsozialisten, allerdings ohne die K-Gruppen und die DKP, zusammengearbeitet haben. Nicht nur diese Trägerschaft, die sich auch in einer ungemein anregenden politischen Breite des Programms widerspiegelte, sondern auch die Konzeption der Veranstaltung war bemerkenswert. Durch ein punktuelles Bündnis an einer konkreten Aufgabe, Solidarität mit dem Kampf der spanischen Genossen, gelang es ein Stück weit, die zersplitterte Linke wieder zusammenzubringen, Isolation und Ängste der vielen vereinzelten Genossinnen und Genossen zu überwinden, zu konkreter politischer Arbeit zu motivieren und damit einen wichtigen Beitrag gegen die vielbeschworene „Krise der Linken" zu leisten.

Dafür bot das äußerst lebendige und vielschichtige Programm die besten Voraussetzungen. Politisch differenzierte allgemeine Lageeinschätzungen, aktuelle Berichte zur Lage in Spanien, Gedichte, Lieder und Theater wechselten sich ab und verbanden sich zu Ansätzen einer politischen Gegenkultur. Gerade an der Begeisterung für die Lieder Biermanns und die Lyrik Frieds wurde die Erleichterung darüber sichtbar, daß es gelungen war, die sterile Kümmerform von Teach-ins mit nicht-Enden-wollenden Redebeiträgen durch sinnlich anregende in ihren politischen Aussagen verdichtete, eindringliche Aussageformen zu überwinden.

Gerade weil es um Solidarität mit dem Befreiungskampf des spanischen Volkes ging, wurde die BRD-Misere sehr deutlich angesprochen. Ausgangspunkt war das skandalöse Ausreiseverbot für Wolf Biermann. Rudi Dutschke und Heinz Brandt sahen darin einen Ausdruck der gesamtdeutschen Lage. Die deutsche „Scheiße" hat sich verdoppelt: beide deutschen Staaten sind in ihren jeweiligen Machtblöcken wirtschaftlich potente und politisch reaktionäre Zentren.

In plastischen Beiträgen und Liedern, die vom Alltagsleben in Spanien ausgehen, wurde sowohl das Abbröckeln der faschistischen Herrschaftsgrundlagen deutlich, wie auch die Perspektiven des Kampfes für ein sozialistisches Spanien und Baskenland. Ausgangspunkt für unsere Solidarität ist nicht nur die zentrale Bedeutung der spanischen Entwicklung für die westeuropäische Linke, sondern, so wurde auf der Veranstaltung hervorgehoben, die positive Identifikation mit der libertären, anarchosyndikalistischen Tradition der spanischen Bauern und Arbeiter. Anziehende und politisierende „Feste", wie das Offenbacher, sind selbst schon eine aktuell notwendige politische Form, der Vereinzelung und Unterdrückung durch den kapitalistischen Alltag entgegenzuwirken.

Offener Brief des SB an die Ständige Vertretung der DDR und an den Parteivorstand der DKP

Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Behörden der DDR eine Wolf Biermann gegebene mündliche Zusage für eine Ausreisegenehmigung in die BRD kurzfristig zurückgezogen haben und dadurch Wolf Biermann an der Solidaritätsveranstaltung zur Unterstützung der Antifaschisten in Spanien, die heute in Offenbach stattfindet, nicht teilnehmen kann.

Wolf Biermann war zu dieser Veranstaltung des Frankfurter Kulturzentrums und des Komitees „Freiheit für Spanien" von Jakob Moneta, dem Chefredakteur der von der Industriegewerkschaft Metall herausgegebenen Zeitung „Metall", eingeladen worden. Wolf Biermann wollte mit seinen Liedern die Solidarität der Linken in der BRD mit den spanischen Antifaschisten unterstützen. Seine Teilnahme an der Solidaritätsveranstaltung in Offenbach hätte mit dazu beigetragen, den Widerstandskampf gegen das faschistische Regime in Spanien zu stärken.

Nach den bitteren Erfahrungen der deutschen Antifaschisten im Widerstand und in der Emigration in den Jahren 1933 bis 1945 gibt es im Kampf gegen den Faschismus trotz aller sonstiger Differenzen innerhalb der Linken eine gemeinsame Basis. Das öffentliche Auftreten des Kommunisten Wolf Biermann in der BRD hätte dies mit großer öffentlicher Resonanz deutlich machen können. Zugleich wäre denjenigen der Boden entzogen worden, die bisher den Fall Biermann dazu benutzten, jede Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten in der BRD zu behindern.

Die Verweigerung der Ausreisegenehmigung ist eine Brüskierung der Linken in der BRD und eine Provokation gegenüber allen, die solidarisch an der Seite der Antifaschisten stehen. Der Delegiertenrat der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro protestiert auf das Schärfste gegen diese erneute Behinderung eines international angesehenen Künstlers durch bürokratische Schikanen der DDR-Behörden. Er fordert alle Künstler und Schriftsteller in der BRD, die den Widerstandskampf in Spanien unterstützen, auf, sich ebenfalls dafür einzusetzen, daß Wolf Biermann nicht länger verwehrt wird, das gleiche zu tun, was ihnen in der BRD noch möglich ist. Wir richten diesen Offenen Brief auch an den Parteivorstand der DKP, da sie in ihrem öffentlichen Auftreten und in ihren Publikationen bisher die Politik der DDR unterstützt hat. Von der DKP, die weiß, welche Auswirkungen die Berufsverbote in der BRD auf die politische und berufliche Betätigung von Sozialisten, Kommunisten und inzwischen auch von progressiven Liberalen hat, ist zu fordern, daß sie zu diesem skandalösen Vorfall eindeutig Stellung bezieht. Mit dem Ausreise- und Berufsverbot für Wolf Biermann werden in der BRD die Kräfte gestärkt, gegen die sich der gemeinsame Kampf gegen Repression und Berufsverbote richtet.

(Dieser Offene Brief wurde beschlossen vom Delegiertenrat des SB auf einer Sitzung am 18./19. Oktober 1975 in Fankfurt)

Wolf Biermann

(über Tonband zum erstenmal gesungen anläßlich der antifaschistischen Spanien-Solidaritäts-Veranstaltung in Offenbach am 19. Oktober 1975)

Den roten Stein der Weisen, gib zu!
Den gibt's doch nicht, Genosse, auch du,
Den gibt es doch nicht, Genosse, auch du,
Du hast ihn nicht gefunden.

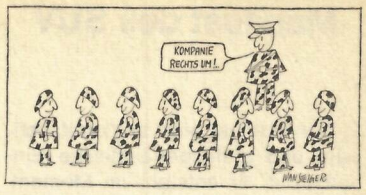
Wir haben wie blödes Federvieh
Mit rotem Kamm und Kikerihii
Zum Gaudi für die Bourgeoisie
Uns oft genug zerschunden.

Der Kampf ist hart genug. Der Feind
Ist schlau und hat sich längst vereint.
Ist schlauer als wir und hat sich vereint
Und will uns einzeln schlagen.

Genossen! fragt nicht penetrant,
Wie in dem Märchen hirnverbrannt:
„Wer ist der Linkste im ganzen Land?"
Das kann kein Spiegel sagen.

Foto: Abisag Tüllmann

Portugal am Scheideweg



Der Beschluß der EG-Staaten, Portugal die lang geforderten Kredite zu gewähren, gibt zu einer Rückschau Anlaß. Nicht etwa deshalb, weil die Bereitschaft zur Bewilligung der Kredite schon mit der Beendigung des revolutionären Prozesses identisch wäre, sondern weil das Gewähren oder Nichtgewähren der „Kapitalhilfe" als politischer Ausdruck der westeuropäischen Intervention in Portugal angesehen werden muß. Die in Aussicht gestellten EG-Kredite waren von Anfang an das Instrument der offen im Inneren Portugals agierenden Reaktion (PS, PPD), mit dem der revolutionäre Prozeß an der Basis – die Bedingungen einer sozialistischen Umwälzung im Bereich der Produktion und Reproduktion – abgeblockt werden sollten. Die europäische Integration wurde von diesen Parteien und ihren militärischen Helfershelfern als die einzige Alternative zum Zustand der Unterentwicklung angepriesen. Den mit ihr verbundenen Bedingungen gälte es sich zu fügen, ihren politischen Herrschaftsformen (Parlament, Wahldemokratie, etc.) sei zu entsprechen. Damit stand der revolutionären Linken Portugals nicht nur die eigene Bourgeoisie und die sie repräsentierenden Parteien, sondern auch deren internationale Verlängerung gegenüber: das EG-Kapital. Bedeutet denn jetzt, vor dem Hintergrund der jüngst erfolgten Bewilligung der „Kapitalhilfe", daß der revolutionäre Prozeß bereits versandet ist und die Konterrevolution sich unwidersprochen an die organisierte Wiederherstellung zu vergehen drohender kapitalistischer Verhältnisse und deren Festigung machen kann? Bedeutet also die erfolgte Bewilligung der Kredite – die ja an politische Bedingungen geknüpft sind –, daß letztere bereits hergestellt wurden und damit das vom Kapital geforderte „Vertrauen" garantiert ist? Die Beantwortung dieser Frage ist deshalb von Bedeutung, weil damit eine politische Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklung verbunden ist, aus der nicht nur die portugiesische Linke, sondern auch wir Folgerungen werden ziehen müssen.

Erinnern wir uns: Die Haltung der EG-Staaten hinsichtlich der Kapitalbewilligung zentrierte sich um die Terminfrage, hinter der sich politische Strategien verbargen. Die einen wollten den „demokratisch-parlamentarischen" Kräften in Portugal („unsere Freunde") vor der Herstellung dieser Bedingungen, also ihrer wie auch immer gearteten Machtübernahme, Kredite gewähren, um über diese die Ökonomie des Landes zu „normalisieren" und bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsformen zu etablieren. Die andere Fraktion forderte für das zur Verfügung zu stellende Kapital zuerst die Herstellung der ihm adäquaten politischen Verhältnisse („Demokratie, wie wir sie verstehen"), also Kredite nur nach einer klaren Machtübernahme der Konterrevolution. Daß die Kapitalbewilligung, wie sie jüngst erfolgte, nicht als bloßer Ausdruck einer positiven Beurteilung der portugiesischen Verhältnisse im Sinne der EG zu bewerten ist, macht die Form der Vergabe deutlich: diese erfolgt nämlich nur unter der Bedingung der Fortsetzung des gegenwärtigen „Normalisierungsprozesses". Zum Ausdruck kommt darin, daß die EG noch kein völliges Ver-

Portugal-Kampagne des Sozialistischen Büros

Wie bereits in der Oktoberausgabe von „links" angekündigt, findet vom 8. bis zum 23. November in der BRD und Westberlin eine Portugal-Kampagne des SB statt. Angesichts der akuten Bedrohung des portugiesischen Prozesses von innen wie von außen, ist es das vorrangige Ziel dieser Kampagne, einen Beitrag zum Aufbau einer breiten, über die organisierte Linke hinausreichenden Solidaritätsbewegung zu leisten. In diesem Sinne wird die Kampagne vor allem unter dem Vorzeichen der Herstellung einer politischen Gegenöffentlichkeit stehen: den Zerrbildern, die die Massenmedien hierzulande über die Wirklichkeit der portugiesischen Klassenkämpfe verbreiten, soll eine umfassende Information über die tatsächlichen Vorgänge in Portugal, d. h. über die Bedingungen und Schwierigkeiten des sozialen Umwälzungsprozesses sowie über die Erfolge und Ziele der revolutionären Kräfte entgegengesetzt werden.

Im Zusammenhang mit einer solchen Gegeninformation gilt es auch, die Rolle der europäischen und speziell der westdeutschen Sozialdemokratie in bezug auf die Entwicklung in Portugal zu thematisieren. Es muß deutlich gemacht werden, daß die SPD-Führung als entschiedenste Verfechterin einer politisch konditionierten Kreditvergabe an Portugal und als Hauptstütze der Soares-„Sozialisten" eine objektiv konterrevolutionäre Interventionspolitik betreibt, die unter dem Deckmantel eines „demokratischen Sozialismus" auf die Restauration kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse abzielt.

Politischer Bezugspunkt unserer aktiven Solidarität im Rahmen der Kampagne sind die in der FUR (Front der revolutionären Einheit) zusammengeschlossenen Organisationen der portugiesischen Linken sowie die Basisorgane des Poder Popular (Volksmacht). Ihnen gelten auch die verschiedenen Formen materieller Solidarität, deren Intensivierung eine zentrale Aufgabe der Kampagne sein wird.

Die Portugal-Kampagne wird überregional vom Sozialistischen Büro organisiert und auf lokaler Ebene von den jeweiligen SB-Gruppen in Kooperation mit bestehenden organisationsunabhängigen Portugal-Komitees und -Initiativen getragen. Im Rahmen der Kampagne werden in etwa 20 Städten, und zwar (nach dem gegenwärtigen Stand der Planungen in Westberlin, Hannover, Göttingen, Hann. Münden, Osnabrück, Bielefeld, Dortmund, Köln, Aachen, Siegen, Frankfurt, Mannheim, Heidelberg, Stuttgart, Ludwigsburg, Tübingen, München, Nürnberg/Erlangen zentrale Informations- und Diskussionsveranstaltungen bzw. Vorführungen des Dokumentarfilms „Viva Portugal" stattfinden. (Der endgültige Veranstaltungs-Kalender stand bei Redaktionsschluß dieser „links" noch nicht fest und ist deshalb in einem Extrablatt für die „links"-Abonnenten beigefügt.)

An den Informations- und Diskussionsveranstaltungen werden eine Reihe portugiesischer Genossen teilnehmen, u. a. Vertreter folgender Organisationen und Basis-Organe: der FUR; der SUV („Vereinigte Soldaten werden siegen" – die Basisorganisation der revolutionären Soldaten); der Arbeiterkommission von Setenave (eine der beiden großen Werften); einer Mieterkommission von Cova de Piedade (Arbeitervorort von Lissabon); der Landkooperative in Quebradas; der Arbeiterkommission von „Republica"; der Kommission von Radio „Renascenca" und zwei Offiziere des linken Flügels der MFA.

Neben den öffentlichen Veranstaltungen werden Treffen im kleineren Kreis stattfinden, bei denen Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, dem öffentlichen Dienst, der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit mit den portugiesischen Genossen über deren konkrete Kampferfahrungen sowie die zentralen Probleme des portugiesischen Prozesses diskutieren können.

Während eines Portugal-Aufenthalts zur Vorbereitung der Kampagne und zur Einladung der portugiesischen Genossen wurden von den Genossen Rosa Cravos und Dieter Esche aus dem SB-Spendenaufkommen für Portugal DM 15 000,– an folgende Basisorgane übergeben:

- DM 2000,– an die Arbeiterkommission von „Republica" (im Sommer dieses Jahres wurden vom SB bereits 5000,– DM an diese Arbeiterkommission überwiesen). Die Genossen müssen jetzt die Schulden der früheren Administration der Zeitung bezahlen, die sich auf DM 500 000,– belaufen. Wenn sie diesen Betrag nicht aufbringen, werden ihnen die Papierlieferungen gestoppt! Das SB hat weitere 3000,– DM zugesagt.
- DM 5000,– an die Landkooperative in Quebradas. Diese Kooperative braucht dringend weitere Gelder, um Traktoren und andere Maschinen bzw. Geräte und Saatgut kaufen zu können.
- DM 3000,– an das Kampfkomitee in Setubal. In diesem Komitee – dem ersten dieser Art in Portugal – sind die Arbeiter- und Mieterkommissionen sowie die Basisorgane der Soldaten dieser Industriestadt zu einem kommunalen Rat zusammengeschlossen. Das Komitee benötigt dringend Geld für die politische Öffentlichkeitsarbeit, u. a. für eine Zeitung.
- DM 3000,– für die Arbeiterkommission von Radio „Renascenca", dessen Wiedereröffnung durch eine wochenlange massive Mobilisierungskampagne der revolutionären Basisbewegung erzwungen wurde. Auch hier wurden weitere DM 3000,– zugesagt.
- DM 2000,– an das Sekretariat der SUV. Das Soldatenkomitee verfügt kaum über Geldmittel, um die notwendigen Materialien für die Agitationsarbeit in den Kasernen finanzieren zu können.

Die Genossen dieser Basisorgane danken für die Unterstützung ihrer Arbeit und bitten um weitere Hilfe. Sie betonten, daß die materielle Solidarität der westeuropäischen Linken einen wichtigen Beitrag zur politischen Stärkung des Poder Popular in Portugal leistet.

Über die übergebenen Spenden und unsere Solidaritätsarbeit wurde auch in der linken portugiesischen Presse berichtet. Mit der Kampagne soll auch die Spendensammlung intensiviert werden. Inzwischen hat das SB über seine Spendenaktion DM 45 000,– gesammelt. Dieser Betrag ist durch die bereits verteilten Gelder und durch weitere konkrete Anforderungen aufgebraucht.

Deshalb erneuern wir unseren Spendenaufruf. Spenden sind einzuzahlen an Sonderkonto Portugal, Michael Schwelien, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Nr. 17455702. Spendenaufrufe mit Zahlkartenvordruck können beim SB angefordert werden.

Manifest des SUV

1. Der SUV ist eine antikapitalistische und antiimperialistische Einheitsfront. Er entsteht im Moment, wo die faschistische Reaktion sich erneut organisiert und die Spaltung und das Zögern der Arbeiter ausnützt. Sie macht sich auch die Regierungspolitik zunutze, die die gerechten Forderungen, die in den Arbeiter- und Bauernkämpfen erhoben wurden und an denen wir Soldaten teilnehmen, weder verteidigen konnte noch wollte.
2. Mehrere Male haben wir schon Zugeständnisse an das Bürgertum gemacht, insbesondere indem wir unseren Kampf dem Bündnis mit dem MFA unterordneten, einer Offiziersbewegung, die wegen ihrer Widersprüche und ihres Zögerns in der Vergangenheit heute einer konterrevolutionären Politik dient. Dies brachte uns nicht nur den Verlust und sogar die Feindschaft von wichtigen Schichten der Bevölkerung (insbesondere unserer Bauern-Brüder), sondern auch die Entmutigung von unzähligen Kämpfern in unseren Reihen und ihre Ermüdung angesichts der Offensive der Reaktion in und außerhalb der Kasernen.
Der SUV gibt sich die Aufgabe, eine Offensive selbständig auf Klassenbasis auszulösen:
— für einen Kampf für ein demokratisches Leben in den Kasernen, indem wir die demokratische Wahl und das demokratische Funktionieren der ADU (Versammlung der Einheitsdelegierten), die freie Zirkulation der Volks- und Arbeiter-Presse und -Propaganda erkämpfen, und die Einberufung von Soldatenvollversammlungen, wann wir wollen;
— für einen Kampf für die Konstituierung von Soldatenkommissionen;
— Machtorgane der Arbeiter in Uniform in den Kasernen —, die gewählt und jederzeit abwählbar sind durch Vollversammlungen der Soldaten;
— um die Verbindung mit den Organen der Volksmacht zu fördern und zu vertiefen (Arbeiterkommissionen, Beschwerderäte, Quartierkommissionen), um so die Macht der Ausgebeuteten durch das Entstehen von Volksversammlungen zu stärken;
— für die Entlassung der reaktionären Offiziere;
— gegen alle Versuche, die fortschrittlichen Militärs zu säubern;
— für die Verbesserung der Bedingungen des Soldatenlebens (gegen den Elendssold, für Gratistransporte, für eine gemeinsame Ernährung und einen gemeinsamen Eßsaal, gegen die militärische Disziplin).
3. Der SUV kämpft zusammen mit allen Arbeitern für die Vorbereitung der Bedingungen, die die Zerstörung der bürgerlichen Armee und die Schaffung eines bewaffneten Armes der Arbeitermacht erlauben: die Revolutionäre Volksarmee.
— „Immer, immer an der Seite des Volkes", das ist unsere Devise; Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen, vereinigt werden wir siegen!

trauen in die gegenwärtige portugiesische Entwicklung hat. Also ist nichts endgültig entschieden, nichts endgültig hergestellt. Denn während bisher von der Annahme ausgegangen wurde, Kapital würde erst nach einer geglückten Konterrevolution zur Festigung bürgerlicher Macht und der Integration Portugals in die EG zur Verfügung gestellt werden, ist nach der Installierung der 6. provisorischen Regierung unter Azevedo der Thermidor auf Raten, d. h. die Annulierung bisher erreichter Errungenschaften der Linken, als Strategie der herrschenden Klasse verstärkt betrieben worden. Um diesen noch nicht abgeschlossenen Prozeß aber zu verstärken und abzusichern, sowie ihm die nötige ökonomische Legitimation zu verschaffen, hat sich die EG entschlossen, noch vor der endgültigen erhofften Festigung der Macht und deren institutionalisierter „demokratischer" Verfestigung, die Kredite zu gewähren. Der im Ruf eines EG-Dukatenesels stehende Melo Antunes durfte, für die portugiesische Öffentlichkeit demonstrativ, in Luxemburg die offizielle Zusage in Empfang nehmen. Der Kredit ist aber — und damit entspricht er dem gegenwärtigen Stand der Klassenkämpfe in Portugal: ihrer Unentschiedenheit — reversibel. Er kann dann, „im Falle einer ungünstigen Entwicklung der politischen Verhältnisse" zurückgezogen werden. Die Hilfe, so heißt es weiter, ist projektgebunden und kann zu jedem Zeitpunkt gestoppt werden. Die Kreditzusage ist also nicht Ausdruck bereits entschiedener Kämpfe, sondern Mittel des Kampfes selbst. Damit sichert sich die EG ein langfristiges ökonomisches Interventionsrecht, wie es sonst nur gegenüber kolonialen Protektoraten üblich war. Darüber hinaus kann die 6. Regierung mit den Krediten im Rücken es wagen, ja sie muß es geradezu wagen, solche politischen Bedingungen in Portugal herzustellen, die von den Kapitalgebern als Voraussetzung der Weitergabe verlangt werden.
Die Bedingungen, die an die EG-Kredite geknüpft sind, müssen also als Ausdruck der Unentschiedenheit der portugiesischen Revolution bewertet werden. Dieser Zustand drängt aber zu einer Entscheidung. Das Damoklesschwert von Hilfszusage und Entzug werden die Regierung veranlassen, mit noch größerer Intensität den Prozeß der „Stabilisierung, Normalisierung, Wiederherstellung der Disziplin und Autorität usw." voranzutreiben; denn ohne ihn ist die Umsetzung der Kredite in Produktion auf der Basis von der EG genehmen gesellschaftlichen Bedingungen nicht denkbar. D. h., die Gewährung des Kredits und die daraus fließenden Folgen werden nicht zu einer „Beruhigung" führen, sondern die staatliche Repression verschärfen müssen. Die Doppelstruktur von staatlicher Legalität (Armee, MFA, Konstituante etc.) und revolutionärer Legitimität steht also, in welche Richtung auch immer, zur Disposition.
Es kann nicht verborgen bleiben, daß es die führenden Kader der MFA selbst sind, die auf eine „Stabilisierung" in einem sozialdemokratisch-kapitalistischen Sinne „hinzuwirken" versuchen. Überhaupt scheint es an der Zeit zu sein, sich der sozialen Basis der MFA zu entsinnen und sich ihre damit zusammenhängenden politischen Grenzen zu vergegenwärtigen. Aus einer Kolonialarmee hervorgegangen, deren ursprüngliche Aufgabe es war, den portugiesischen Siedlungskolonialismus militärisch abzusichern und die gewalttätige „Landnahme" zu vollziehen, erfuhr ihre militärische Funktion einen einschneidenden Wandel: sie wurde mehr und mehr zur Polizeitruppe der Multis, die den Kolonien die Rohstoffe entzogen, jene aber nicht einmal im portugiesischen „Mutterland" verarbeiten ließen. Während die Mehrzahl derjenigen portugiesischen Kleinbauern, denen ihre Reproduktionsbasis entzogen wurde, sich nicht zu einem kolonialen Leben in Afrika entschließen konnten, sondern lieber ihre Arbeitskraft in den hochentwickelten Ländern Westeuropas verkauften, sahen sich die im wesentlichen aus den Mittelschichten stammenden Offiziere keiner längerfristigen Perspektive gegenüber. Der Krieg gegen die Befreiungsbewegungen war nicht zu gewinnen, ihr Sozialprestige als Militärs sank, und im Mutterland bestanden kaum Möglichkeiten für ihre postmilitärische Integration. Die wirtschaftliche Rückständigkeit Portugals (Klein- und Kleinstbetriebe), der unentwickelte administrative Apparat in Staat und Gesellschaft, hatte ihnen unter den herrschenden Bedingungen keine bürokratisch-leitenden Funktionen anzubieten. Es war der Zweck des Umsturzes, diese Strukturen zu legen. So ist die MFA als der Kern eines „neuen Staates" zu bewerten, den es ja erst zu setzen galt. Freilich konnte das in ihm zum Ausdruck kommende Durchschnittsinteresse nicht definiert werden, da der durch den Umsturz ins Rollen gekommene revolutionäre Prozeß diese Definition zu einem tagtäglich wiederkehrenden Akt machte: ein dauerndes Kräftemessen.
Die Dynamik des Wandels, der sich in Grenzen halten sollte, riß unbeabsichtigterweise den linken Flügel der Bewegung nach vorn; dieser Prozeß wurde durch den Putschversuch Spinolas noch verstärkt. So kam es, daß die Linke in der Hauptleutebewegung MFA die MFA nach außen zu repräsentieren schien. Dies galt auch für das Verhältnis MFA — Streitkräfte. Eine solche Tendenz zog zweierlei Folgen nach sich. Eine positive: durch eine Fraktion der Streitkräfte militärisch abgesichert, konnten die Basisbewegungen sich so weit entwickeln, wie es ihrem eigenen politischen Potential entsprach, ohne mit einer gegen sie intervenierenden Staatsgewalt rechnen zu müssen. Eine negative: Dieser Zustand verfestigte die berechtigte aber politisch konjunkturbedingte Euphorie hinsichtlich der MFA zur Strategie. Die Linke richtete ihre Forderungen fast ausschließlich an die MFA, bzw. an „ihre" Fraktion in der MFA. Die Akklamation durch Demonstrationen bis hin zur Tarnung eigener politischer Forderungen als „COPCON-Papier" war der Versuch, über die Linken in der MFA den revolutionären Prozeß voranzutreiben. Während sich an der Basis die autonome Entwicklung erweiterte, war die politische Organisierung nicht vorangekommen. Nicht zuletzt war dieser Weg durch die Hoffnung verstellt, die Linken in der MFA mit Carvalho an der Spitze würden diese Funktion übernehmen. Als jedoch die sozialdemokratische Fraktion der Streitkräftebewegung in die Offensive ging (Antunes-Papier), paßte sich der vermeintliche Exponent der Linken immer mehr diesem Kurs an: mal Bonaparte, mal Babeuf, am liebsten beides zugleich. Die ihm zuvor dargebrachte Legitimation qua Akklamation trug zum beträchtlichen Teil dazu bei, daß mit der FUR (Vereinigte Revolutionäre Linke) die Linke sich erst spät hat konstituieren können. Zu einem Zeitpunkt also, als am Zusammengehen Carvalhos mit Antunes und Fabiao nicht mehr zu zweifeln war. (Siehe SUV-Erklärung im Kasten).
Anfangs war die Strategie der revolutionären Linken wie auch der anderen linken Fraktionen also darauf gerichtet, sich durch Teile der MFA vertreten zu sehen. Es galt jene zu unterstützen, andere zu bekämpfen. Ein Vorgehen, das sich auf indirekte politische Einflußnahme beschränkte, also keine eigene, autonome Strategie entwickelte. Ob dies überhaupt vor dem Hintergrund der portugiesischen Verhältnisse, der mangelnden Tradition der Arbeiterklasse, der jahrzehntelangen faschistischen Herrschaft und der über die Ausübung kolonialer Herrschaft in Afrika deformierten Strukturen im Mutterland möglich gewesen wäre, muß dahingestellt bleiben.
Auf alle Fälle war damit zu rechnen, daß die Offiziere der MFA es nicht zulassen werden, daß die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Schichten den endgültigen Weg zu autonomen Klassenorganisationen wie Räte, Stadtteilkommissionen etc. findet. Schon die Politik Goncalves', die zwar von einem großen Teil der Arbeiterklasse unterstützt wurde, war bereits ins bürokratisch-volksdemokratische Fahrwasser geraten. Eine Welle des Antikommunismus machte sich breit. Sicher hat der Antikommunismus des Nordens seine Wurzeln in der sozialen Struktur der dortigen Verhältnisse. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die PCP mit ihrer rigorosen Politik der lokalen Machtübernahme (die keine war) in den Gemeinden, in denen sie nicht über eine wie auch immer geartete demokratische Legitimität verfügte, den Antikommunismus stimulierte und die politisch bewußtlosen Bevölkerungs-

teile vollends in die Arme der Reaktion getrieben hat. So hat z. B., die Vergabe von Krediten nur an Sympathisanten der Partei ihr die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten zum Feind gemacht. Der KP ging es hauptsächlich um die Übernahme, nicht um die Umwälzung der Produktionsverhältnisse selbst. So konnte die revolutionäre Linke von dieser Partei höchstens eine Koalition antifaschistischen Charakters erwarten. Als diese sich in der Schaffung der FUR ankündigte, enttäuschte die KP wieder durch einen wohlinszenierten Austritt, um sich der PS anzubieten; derjenigen Partei, die für die antikommunistischen Pogrome im Norden mitverantwortlich ist.

Das Ergebnis ist die heutige 6. Regierung, die über eine geschickte Salamitaktik den Abbau der Errungenschaften des portugiesischen Revolutionsprozesses betreibt. Dieser Abbau läßt sich jedoch nicht so widerstandslos vollziehen, wie es den Wünschen der Reaktion entsprechen mag. Im Wege stehen einer solchen Politik insbesondere die Räte. Um sie zerschlagen zu können — die wichtigste Voraussetzung des projektierten sozialdemokratischen Wegs über Parlamentarismus und Parteienpluralismus (kann es diesen in Portugal überhaupt geben?) — müssen zuvor die Massenmedien der Linken entrissen werden; über die Massenmedien wäre nämlich das militärische Eingreifen des Staates zu legitimieren. Wiederum diesem Schritt voraus muß die Auflösung der Soldatenräte (SUV) gehen, die das für alle weiteren Schritte notwendige Gewaltmonopol in den Händen der MFA bedrohen und zersetzen. Dieser politische „roll back" hat also bei den Soldaten zu beginnen. Ziel ist das Wiederherstellen der alten Befehlsstrukturen, die den Soldaten zum willenlosen Werkzeug in der Hand der Offiziere macht. Solange diese Gegenmacht nicht gebrochen ist, kann der Prozeß, wie er sich an der Basis bisher entwickelt und verfestigt hat, nicht einfach zurückgenommen werden. Die Möglichkeit der Kredite kann aber erst dann Wirklichkeit werden, wenn die so oft berufene Disziplin allgemein wird, Entscheidungsabfäufe sich von oben nach unten und nicht von unten nach oben durchsetzen. Die 6. Regierung und ihr Chefdenker Antunes werden sich also weiterhin bemühen, ihre Salamitaktik konsequent zu verfolgen.

Nachdem einige Versuche von Disziplinierung gescheitert sind, sind Bemühungen im Gange, politisch zuverlässige Einheiten und militärische Sonderkommandos zu schaffen, was auf eine völlige Spaltung der kämpfenden Einheiten hinausläuft. Dies ist eine Politik, die den Bürgerkrieg bereits programmiert hat. Zuvor wird die 6. Regierung versuchen, die Linke mehr und mehr einzuschränken, zu isolieren, um das militärische Vorgehen dann auf eine „kleine, radikale Minderheit" zu richten. Damit wäre auch dem letzten deutlich geworden, daß Kredite nicht einfach „neutrale" Kapitalvergabe sind, sondern den Import eines ganzen politischen Systems beinhalten.

Uns steht es nicht an, der portugiesischen Linken Verhaltensweisen anzuempfehlen. Es muß außer Zweifel stehen, daß wir den revolutionären Prozeß und die ihn tragenden Arbeiter- und Soldatenorganisationen solidarisch unterstützen werden, welche Entscheidungen am Ort unter den Bedingungen des Kampfes auch getroffen werden mögen. Dies ist ein grundsätzlicher Standpunkt. Darüber hinaus aber erfordert internationale

Solidarität auch aktives Verhalten, das sich auf selbständige Einschätzungen gründet.

Die 6. Regierung oder die ihr nachfolgenden Modifikationen werden zur offenen Gewaltanwendung greifen müssen, wollen sie dem revolutionären Prozeß Einhalt gebieten. Parlament und Räte sind in ihren Konsequenzen miteinander eben nicht vereinbar, sind sie doch unterschiedliche Organisationsformen antagonistischer Klassen. Will die Regierung also zur Gewalt greifen, ist für dieses Vorhaben ein funktionierender Militärapparat notwendig, der unter den Bedingungen der gegenwärtigen Entwicklung in den Streitkräften mehr und mehr schwindet. Ein militärisches System, wie es der bürgerlichen Kriegsführung entspricht, beruht auf der konzertierten Aktion der verschiedenen Waffengattungen und deren Teilverbänden, die, der Logik der technischen Arbeitsteilung gehorchend, dezentral organisiert sind und nur durch eine Befehlsstruktur, wie sie von oben nach unten verläuft, in einen Zusammenhang gestellt werden können. Nur dann ist ein gemeinsames Funktionieren möglich. Eine Armee ist aber dann paralysiert, wenn einzelne, für ihr Agieren notwendige Glieder aus ihr herausgebrochen werden. Wenn z. B. Transporteinheiten und Artillerie auf der einen, Fallschirmjäger und gepanzerte Einheiten etc. auf der anderen Seite stehen. Eine Armee ist dann als solche nicht mehr einsatzfähig.

Es läßt sich von außen nicht ergründen, wie weit der Zerfallsprozeß des bürgerlichen Militärapparats bereits fortgeschritten ist; er muß jedoch so weit vorangetrieben werden, daß im Falle eines Bürgerkriegs das einzig weitgehend verwendungsfähige Instrument die Handfeuerwaffe bleibt. Und auf keinen Fall soll es sich rächen dürfen, daß ein gegen die Massen gerichtetes militärisches Instrument, das von einer Minderheit allein gegen eine bewaffnete Mehrheit verwandt werden kann, nicht zuvor vernichtet wurde: die Luftwaffe. Gerade die portugiesische Luftwaffe ist mit solchen Maschinen ausgerüstet (Erdkampfjäger), die in einem Kolonialkrieg von besonderer operativer Bedeutung sind. Die Kampfformen des Kolonialkrieges aber, in die Metropolen versetzt, sind die des Bürgerkriegs.

Trotz der militärischen Überlegun-

Appell des SUV an die Genossen Arbeiter und Soldaten von ganz Europa

Wir, portugiesische Proletarier, leben heute in einem Moment, der außerordentlich schwierig für unseren revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie, den Kapitalismus und den Imperialismus ist.

Eineinhalb Jahre nach dem Sturz der faschistischen Diktatur verdoppelt die kapitalistische Reaktion ihre Angriffe in den Betrieben, auf dem Lande, in den Quartieren und in den Kasernen. Dazu braucht sie entweder eine verführerische Demagogie oder offene terroristische Gewalt; beides aber mit dem gleichen Ziel: den Fortschritt der Bauern-, Arbeiter-, Soldaten- und Matroseneinheit zu stoppen, die zur Errichtung der Arbeitermacht führt; um jeden Preis die Abschaffung der Klassenprivilegien, die durch die Ausbeutung und Unterdrückung erreicht wurden, zu verhindern; verhindern, daß die herrschende Klasse untergeht.

Mächtige Waffen sind noch im Besitz der Bourgeoisie und der Kapitalisten. Zwei sind besonders gefährlich, wenn wir sie nicht zur Zeit zu zerstören vermögen. Die erste ist unsere eigene Uneinigkeit, unsere eigene Unfähigkeit, eine selbständige Offensive auf einer wirklichen Klassenbasis zu führen. Verschiedene Male haben wir dieses Zugeständnis gegenüber dem Klassenfeind gemacht, insbesondere wenn wir unseren Kampf der Einheit mit dem MFA unterworfen haben. Das MFA ist eine Offiziersbewegung, deren Widersprüche und Zögern uns den Verlust und die Feindschaft von wichtigen Teilen der Bevölkerung, insbesondere der ländlichen, einbrachten, wie sie auch die Entmutigung von unzähligen Kämpfern in unseren Reihen, deren Erstarrung vor der reaktionären Offensive inner- und außerhalb der Kasernen zur Folge hatte.

Wir müssen dieser Gefahr mit unserer Klassenorganisation begegnen, indem wir die militaristische Hierarchie brechen und allgemein die Macht des bürgerlichen Staatsapparates, an dem die Armee teilnimmt, brechen. Die Schaffung des SUV und die Manifestation, die er in Porto am 10. September einberufen hat, sind schon ein wichtiger Schritt in diesem Sinn. Insbesondere, wenn man bedenkt, daß diese großartige Antwort von fünfzigtausend Arbeitern (darunter fünfzehnhundert Soldaten und Matrosen in Uniform, trotz der Ausweitung der Manöver und der Repression der Militaristen) sich in einer Region entwickelte, die das Zentrum der terroristischen Offisive und der reaktinären Demagogie war.

Die zweite mächtige Waffe in den Händen unseres Klassenfeindes ist offensichtlich die internationale Unterstützung, die er genießt. Das ist die Frucht der Gemeinsamkeit der Interessen, die die Ausbeuter der ganzen Welt eint. Wie mächtig und schrecklich diese Waffe des Imperialismus, die konterrevolutionäre Möglichkeit ist, zeigte uns die neuste Geschichte. Wir allein, Proletarier Europas, müssen die Form unseres Kampfes bestimmen, der nur aus unserer Klassensolidarität entstehen kann, aus der Entwicklung unserer nationalen Kämpfe schlußendlich in einem Kampf auf internationaler Ebene ausmünden kann, um dem Imperialismus und seinen Angriffen die Antwort zu geben, die ihm zukommt: Die unzerstörbare Kraft der Gesamtheit der internationalen Arbeiter- und Volksbewegung.

Heute Portugal, morgen Spanien, Frankreich, Italien usw., schwierige Kämpfe kommen auf uns zu. Gegen den gemeinsamen Feind ist unsere gegenseitige Solidarität dringend und notwendig. Wir wenden uns darum an Euch.

Es lebe der militante und kämpferische proletarische Internationalismus.

Portugal wird nicht das Chile Europas sein.

Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen, vereint werden wir siegen.

SUV (Soldados Unidos Vencerao — Soldaten vereinigt werden siegen)

gen gilt es, die bewaffnete Konfrontation durch politische Mobilisierung zu verhindern. Teil dieser politischen Mobilisierung zur Verhinderung bewaffneter Auseinandersetzungen ist freilich die organisierte Vorbereitung der Selbstverteidigung. Das Potential, das sich zur Abschreckung oder Verhinderung einer reaktionären Gewaltanwendung mobilisiert, hat jedoch nur dann eine Chance, wenn die Basisbewegung in der Bevölkerung fortschreitet (wie jetzt mit den erneuten Landbesetzungen) und ihre Organe (Räte, Kommissionen) sich stabilisieren und über den jeweils engeren Basisansatz hinaus koordinieren. In der jetzigen Phase des portugiesischen Prozesses wird es darum gehen, den „Widerspruch" zwischen direkter Interessenvertretung an der Basis und den allgemeinen gemeinsamen politischen Interessen durch eine einheitliche Vorwärtsstrategie der revolutionären Kräfte aufzuheben. Dabei könnte einerseits eine Delegation auf Parteien schon deshalb ein Scheitern heraufbeschwören, weil das Vorgehen als zentrales auch zentral durch die „Staatsgewalt" wirksamer bekämpft werden kann. Andererseits bedarf die Basisbewegung unter den Bedingungen von Klassenkampf, der hier einen politischen oder gar militärischen Ausdruck annimmt, einer organisatorischen Zusammenführung. Diese Notwendigkeit schafft die Grundlage für eine organisatorische Verflechtung der FUR mit den autonomen Kommissionen. Dabei kann es nicht darum gehen, den Kommissionen die FUR als deren politischen Ausdruck aufzudrängen, sondern solche gemeinsamen Organisationsformen zu schaffen, in denen ein Mindestmaß von Zusammenhang auf der Grundlage einer weitestgehenden Selbstorganisation nationale politische Aktionen (z. B. Generalstreik oder politische und militärische Vorgehensweisen) ermöglichen kann.

Einer solchen Strategie der weitestgehenden politischen Mobilisierung und Dynamisierung des Prozesses, wie sie auch von den tragenden Kräften der Basisbewegung und den revolutionären Organisationen — trotz mancher Widersprüchlichkeiten — in Portugal selbst verfolgt werden, bietet sich kaum eine Alternative. Es ist z. B. müßig darüber zu räsonnieren, welche Möglichkeiten der revolutionären Linken offenstehen, um etwa durch eine Bündnispolitik nach rechts hin einen mehr oder weniger weitgehenden konterrevolutionären Ruck zu verhindern, der ihre Vernichtung zur Folge hätte. Eine solche Politik, bezöge sie sich auf die Parteien, wäre freilich illusionär, da revolutionäre Prozesse als schiefe Ebene aufgefaßt werden müssen. D. h., ein Stehenbleiben in einem solchen Prozeß ist gleichzeitig mit der politischen und oft auch physischen Selbstaufgabe verbunden. Nur die Aufrechterhaltung der revolutionären Dynamik ist gleichzeitiger Garant für das eigene Überleben im oben bezeichneten Sinne. Stehenbleiben hieße, das Anschwellen der Konterrevolution einzuleiten, hieße, daß auch diejenigen Parteien, die durch die revolutionäre Dynamik ihrer eigenen „linken" Legitimität wegen sich nach links lehnten, von diesem Druck befreit wären und die besagte schiefe Ebene nun in die andere Richtung kippen würden. Die ökonomischen Anforderungen, der Druck der westeuropäischen Kreditzusage, macht aber ein langandauerndes Schwanken für die Regierenden unmöglich. Die Reaktion wird mit allen Mitteln versuchen, den Prozeß schnell auf eine kapitalistische Entwicklung hin zu wenden. Das Voranschreiten im Sinne der Revolution aber schiebt diesen Entscheidungsprozeß hinaus, akkumuliert mehr und mehr Massen und macht so die konterrevolutionäre Gewaltanwendung, weil wenig erfolgversprechend, weniger wahrscheinlich.

Die politische Abwehr eines autoritären oder gar faschistischen Umschlags in Portugal läßt sich sicher nicht über ein Bündnis mit der PS sicherstellen. Bedingt durch Unterentwicklung und Geschichte hat Portugal keine traditionelle Sozialdemokratie hervorgebracht. Die Sozialdemokratie, diejenige Partei also, die den Kompromiß von Arbeit und Kapital in sich selbst verkörpert, hat in einem solchen Land der europäischen Peripherie keine reale soziale Basis. Sie ist den Verhältnissen aufgesetzt und kann nicht wie die Sozialdemokratie in den entwickelten Ländern Westeuropas gegebenenfalls einen bedeutenden Teil einer antifaschistischen Einheitsfront darstellen. So sind die demagogischen Erklärungen im PS-Programm nicht einmal als reformistisch zu bewerten. Eine sozialdemokratische Lösung in Portugal kann also weder sozial noch demokratisch sein. Ließe man sich also darauf ein, auf der Stufe der realen Möglichkeiten der PS stehenzubleiben, dann gäbe es für den Zug in Richtung Konterrevolution kein Halt mehr. Eine sozialdemokratische Lösung an sich kann es in Portugal nicht geben.

Die Möglichkeit militärischer Auseinandersetzungen und das Voranschreiten des revolutionären Prozesses macht, insbesondere nachdem es auch dem letzten klar sein dürfte, daß die MFA heute kein „Schutzschild" mehr sein kann, einen Organisierungsprozeß notwendig, der auch breite Teile der KP einbeziehen muß. Während die Führung der PCP weiter taktiert, entfremdet sich ihre Basis weiter von der Spitze. Dies erfordert außer der Erweiterung und Stärkung der Basisorganisierung auch eine Verstärkung des organisatorischen Zusammenhalts in der FUR, um für die weitere Phase der Kämpfe eine politische Perspektive anbieten zu können, an der auch weite Teile der KP werden teilnehmen müssen.

Der Portugal-Besuch des wohl reaktionärsten Vertreters der augenblicklich herrschenden Exekutive kapitalistischer Politik in der BRD, des „Verteidigungsminister" Leber, wirft noch einmal ein Schlaglicht auf die Rolle, die die europäische Sozialdemokratie im allgemeinen und die westdeutsche im besonderen hinsichtlich Portugal spielt.

Die Durchsetzung des hegemonialen Anspruchs der BRD in Europa in Anbetracht der Möglichkeit einer sozialistischen Perspektive über die „schwächsten Glieder" (Portugal, Spanien), macht für uns in der BRD internationale Solidarität nicht zu einer bloß abstrakten Forderung. An Portugal wird versucht werden, eine exemplarische Entwicklung zu verhindern, denn für das Kapital steht in Portugal mehr auf dem Spiel als Portugal allein.

DANY DINER

Jusos sollen für Soares sammeln

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten, die Redaktion des „sozialdemokrat-magazin" und der Heidelberger Graphiker Klaus Staeck haben zu einer Solidaritätsaktion mit der Sozialistischen Partei Portugals aufgerufen. Ziel dieser Aktion ist es, bis zum Parteitag DM 100 000 zu sammeln. Klaus Staeck hat für diesen Zweck ein Plakat entworfen, das zum Preis von DM 10 verkauft werden soll. Die Träger der Solidaritätsaktion rufen dazu auf, Spenden zu überweisen und damit „aktive Solidarität mit der Bruderpartei in Portugal zu demonstrieren. Sie gehen nach der erfolgten Regierungsneubildung in Portugal davon aus, daß die portugiesischen Sozialisten gerade jetzt verstärkt unterstützt werden müssen, um diese gegenüber den konkurrierenden Parteien auch finanziell zu stärken und ihr vor allem beim organisatorischen Ausbau nachhaltig zu helfen."

Wir haben in „links" wiederholt (zuletzt mit dem Kommentar in dieser Ausgabe) die objektiv konterrevolutionäre Rolle der westeuropäischen Sozialdemokratie und der PS im portugiesischen Prozeß aufgezeigt. Mit dieser „Solidaritätsaktion" unterstützt nun auch die Bundesführung der Jusos offen diese Politik. Im Widerspruch zum Juso-Bundesvorstand stehen allerdings eine Vielzahl von Aktionen und Geldsammlungen von Juso-Gruppen, die zugunsten der revolutionären sozialistischen Basisbewegung in Portugal veranstaltet werden. Ein erheblicher Anteil des Spendenaufkommens des Portugal-Solidaritäts-Fonds des SB (und zwar nachweisbar über 20 % von 45 000,— DM) kommt aus Juso-Gruppen bzw. Juso-Aktivitäten. Wer tatsächlich portugiesische Sozialisten und damit die Basisbewegung und ihre Organe und politische Organisationen unterstützen will, überweist seinen Portugal-Beitrag nach wie vor an Sonderkonto Portugal, Michael Schwelien, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Nr. 17455702. Vielleicht schaffen wir (da für uns ein „Parteitag" nicht in Sicht ist bis zu einem selbst gesetzten Stichtag, sagen wir 21. Dezember) auch ein Spendenaufkommen von 100 000,— DM.

REDAKTION „links"

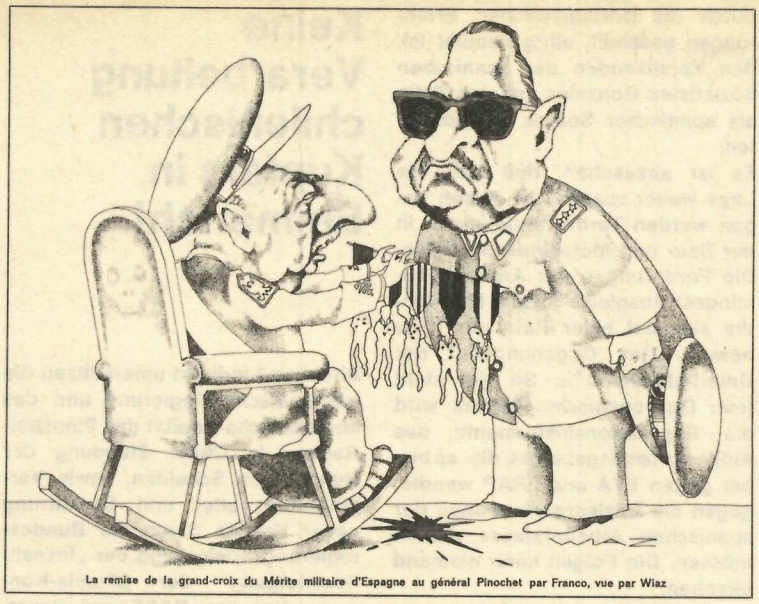
Ausnahmezustand in Spanien

Am 27. September ließ das Franco-Regime nach Verfahren, die jeder Beschreibung spotten, 5 seiner Gegner ungeachtet weltweiter Proteste hinrichten.

Die konservative spanische Zeitung „Ya" kommentierte: „Wir stehen vor einer Etappe wachsender innerer Schwierigkeiten, die das politische Konzept fast blockiert haben. Dieses Konzept gründete sich auf die Nutzung der gemäßigten Kräfte im Regime. Aber die Welle sinnloser Attentate und Ultrareaktionen auf sie haben bewirkt, daß sich ein Panorama wie vor 20 Jahren bietet. Infolgedessen erscheint eine Neuanlage der politischen Strategie als logische Folge, denn die entscheidenden Daten erscheinen beträchtlich anders als vor anderthalb Jahren."

Vor anderthalb Jahren kündigte Ministerpräsident Arias Navarro eine Politik der Liberalisierung an, der „Öffnung" („aperturismo"), wie er sie selbst verschwommen nannte. Der „aperturismo" sollte überholte Herrschaftsformen allmählich abbauen und so den kontrollierten Übergang in ein kapitalistisches Spanien nach Franco erleichtern. Arias versprach die Lockerung der Pressezensur, die Zulassung von politischen Gruppierungen unter bestimmten Bedingungen und eine Neuregelung der Arbeitsbeziehungen. Anfang 1974 war die Zeit für eine Modernisierung von Herrschaftsstrukturen in Spanien mehr als reif:

Jahrzehntelang hatte der Mangel an gewerkschaftlichen und politischen Vertretungsrechten dem in- und ausländischen Kapital beträchtliche Extraprofite gesichert. Seit aber Streiks der spanischen Arbeiterbewegung (und an Streiks ist in Spanien kein Mangel; immerhin liegt man trotz brutalster Repression unter den drei europäischen Spitzenreitern bei der Streikstatistik) zunehmend mit dem Ziel geführt werden, freie gewerkschaftliche Betätigungen zu erkämpfen, Solidarität mit anderen Streikenden und politischen Gefangenen zu demonstrieren, begann die Unterdrückung gewerkschaftlicher Ver-



La remise de la grand-croix du Mérite militaire d'Espagne au général Pinochet par Franco, vue par Wiaz

tretungsrechte für große Teile des Kapitals zu einem – wie man meinte – profitschmalernden, unnötigen Ärgernis zu werden.

Aber nicht nur bei der Regelung der Arbeitsbeziehungen, auch in der Frage der Annäherung an die EG, bei der Kreditpolitik, dem Ausbau der Infrastruktur, der industriellen Standortplanung, war das Regime nicht mehr in der Lage, die unterschiedlichen Interessen der einzelnen in- und ausländischen Kapitalfraktionen wirkungsvoll zu integrieren. Die Möglichkeiten, im stark zentralisierten politischen System sowohl auf gesamtstaatlicher, wie auch regionaler oder kommunaler Ebene im eigenen Interesse wirksam einzugreifen, waren für einen erheblichen Teil der spanischen Bourgeoisie mehr als begrenzt. Der Ruf nach einem parlamentarischen System wurde in der spanischen Bourgeoisie immer lauter. Der Mangel an legalen Möglichkeiten, berufliche Interessen zu vertreten, hatte Anwälte, Ärzte, Journalisten, Lehrer und Kleinbauern zunehmend in die Opposition und teilweise an die Seite der Arbeiterbewegung getrieben.

Das Programm des Arias Navarro, das Abhilfe versprach und den bürgerlichen Block in Spanien wieder zusammenschmieden sollte, blieb jedoch Papier. Der „aperturismo" scheiterte, noch ehe er begonnen hatte. Seit 1974 kam es zum erstenmal zu einem Knick im spanischen Boom, zu zahlreichen Firmenzusammenbrüchen. Die Deviseneinnahmen schrumpften infolge der verteuerten Rohstoffe, des leichten Rückgangs im Tourismus und des allmählich einsetzenden Rückstroms der Arbeitsemigranten. Es kam zu wachsender Teuerung und Arbeitslosigkeit, sinkenden Staatseinnahmen mit entsprechenden Folgen für die Infrastruktur. Der ohnehin enge spanische Markt schrumpfte weiter. Die internationalen Konzerne in Spanien, die bisher vor allem den inländischen und lateinamerikanischen Markt beliefert hatten, zögerten deutlich mit weiteren Investitionen.

1974/75 kam es in Spanien zu den härtesten Klassenkämpfen seit dem Bürgerkrieg (mit einem Höhepunkt im vorigen Winter), zu einer fortschreitenden Radikalisierung immer größerer Teile der spanischen Intellektuellen und einem um sich greifenden Zerfall der Loyalität bei den ehemaligen Stützen des Regimes.

Das Regime reagierte darauf nicht mit „Liberalisierung", sondern mit zunehmender Härte. Über das Baskenland wurde der Ausnahmezustand verhängt, im Sommer mit dem „Gesetz gegen den Terrorismus" auf das ganze Land ausgedehnt. Das Streikgesetz vom Frühjahr, mit dem der Streik unter bestimmten Umständen legalisiert wurde, stellte eher eine Provokation der Arbeiterklasse dar, als daß es zu ihrer Pazifizierung und Entpolitisierung beizutragen vermochte. Mit der Härte der Auseinandersetzungen wuchs der Einfluß jener Kräfte im Regime, die 1974 bereits zurückgedrängt schienen.

Dazu gehören die Altfalangisten, denen Franco einst die Verwaltung der faschistischen Syndikate übertragen hatte und die in dem Maß an Einfluß verloren hatte wie die spanische Arbeiterklasse trotz aller Unterdrückung autonome Interessenvertretung durchsetzte. Ihnen zur Seite standen jene Folterer und Scharfmacher im Repressionsapparat, die ohnehin von einer Aufweichung des Regimes nichts Gutes für sich erwarten konnten; denn nicht nur die gezielten Attentate der ETA auf Folterer und ihre Hintermänner, sondern auch die uneingeschränkte Solidarität fast der gesamten Opposition mit jenen, die solcher Taten beschuldigt wurden, hatten klargemacht, daß sie als die verhaßten Figuren des alten Regimes mit diesem verschwinden mußten, auch wenn sich die Veränderung durchaus in bürgerlichem Rahmen vollziehen sollte.

Durch die Entwicklung in Portugal erhielten aber auch all jene Auftrieb, die sich wie der alte Großgrundbesitz von einer Liberalisierung ohnehin nichts versprachen, die fest an den Schalthebeln staatlicher Wirtschaftspolitik saßen und schließlich die, die immer geglaubt hatten, daß eine Zerschlagung insbesondere der Arbeiteropposition eher durch die Peitsche als das Zuckerbrot zu erreichen wäre.

In der letzten Septemberwoche wurde es klar, daß sich diese Rechte im Regime vorläufig durchgesetzt hatte. In Madrid ließen sie ihre Massenbasis aufmarschieren, die sich in der letzten Zeit zwar nicht verbreitert, dafür aber besser organisiert hatte. Der Liberalisierungsspuk war endgültig verflogen. Im Ausland kam es zu teilweise heftigen Reaktionen gegen die Hinrichtung der 5 Franco-Gegner. Alfred Grosser kommentierte spitz, daß die Aufregung über den sowjetischen Einmarsch in die CSSR geringer gewesen sei.

Die internationalen Reaktionen verrieten die Ratlosigkeit über die neue, deutlich gewordene politische Konstellation in Spanien. Bei aller Verwunderung über die beinahe einhellige Ablehnung der Hinrichtungen, hinter der insgesamt mehr die Angst steckte, ein Vormarsch der Rechten in Spanien könne dazu führen, daß es nach Franco nur noch den Sozialismus als Alternative zum Regime gäbe, als moralische Entrüstung, darf man die Differenzen in der internationalen Reaktionen nicht außer acht lassen.

Die Regierung der BRD, der die Sorge über beträchtliche deutsche Kapitalinvestitionen in Spanien anvertraut ist, reagierte, anders etwa als die Regierung der Niederlande, die solche Sorgen in dem Ausmaß nicht hat, bereits vor der Verhängung der Todesurteile eher zurückhaltend. Schon lange über die bevorstehenden Urteile informiert, beließ sie es bei der Versicherung gegenüber denen, die auf ihre Möglichkeit aufmerksam machten, so z. B. Böll, Albertz, Gollwitzer u. a. in einem offenen Brief im August, man werde sein Möglichstes tun.

Die französische Regierung, in einer ähnlichen Lage wie die der BRD, reagierte überhaupt erst, als sich in der französischen Bevölkerung starke Unruhe über das Schweigen der Regierung breit machte.

Die amerikanische Regierung hielt die erfolgreiche Verhandlung über die spanischen Stützpunkte offenbar für wichtiger, als die Sorge um den Niedergang des „aperturismo"-Konzepts und für einen sichereren Wechsel auf eine kapitalistische Zukunft Spaniens als alle möglichen politischen Anstrengungen der spanischen Bourgeoisie.

Bei der Frage weitergehender Maßnahmen gegen das Regime war

Rotbücher, Abtl. Politik★:

E. Preobrashenskij UdSSR 1975
Ein Rückblick in die Zukunft
B. Rabehl: Realpolitische Korrekturen
Rotbuch Verlag Berlin

Rotbuch 129: Dieses 1922 entstandene Buch beschreibt die Grundlagen der Industrialisierung der UdSSR und ihre Entwicklung als Utopie bis 1975. Mit zwei Beiträgen von Rabehl zur aktuellen Diskussion über die UdSSR.
160 Seiten. DM 8.– (Abo: 7.–)

Kurt Brandis
Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie
Die SPD bis zum Fall des Sozialistengesetzes
Rotbuch Verlag Berlin

Rotbuch 133: Brandis, ein Schüler Korschs, untersucht die Wurzeln der heute 100jährigen SPD. Seit ihren Anfängen waren die Sozialdemokraten eine demokratische Volkspartei. D.h.: Die Parteitaktik beschränkte sich auf Parlament und Reformen, der Marxismus war aufgesetzt. Arbeiter hatten kaum Einfluß.
112 Seiten. DM 7.– (Abo: 6.–)

Ulf Wolter
Grundlagen des Stalinismus
Die Entwicklung des Marxismus von einer Wissenschaft zur Ideologie
Rotbuch Verlag Berlin

Rotbuch 137: Wolter erklärt, welche materiellen Ursachen die Verflachung des Marxismus hatte, welche soziale Funktion Ideologien erfüllen und warum Elitetheorien in der revolutionären Bewegung ihren Platz finden können.
144 Seiten. DM 8.– (Abo: 7.–)

Henning Kuhlmann
Klassengemeinschaft
Über Hauptschüler und Hauptschullehrer und den Versuch herauszufinden, wann Schule Spaß machen könnte
Rotbuch Verlag Berlin

Rotbuch 131: Wie finden Hauptschüler zu Selbstvertrauen, zum Bewußtsein von ihrer gemeinsamen Lage als Arbeiterkinder? Ein Lehrer beschreibt seine Erfahrungen: selbstkritisch, polemisch und ermutigend. Die Theorie von der Motivationslosigkeit der Hauptschüler wird in Frage gestellt, falsche Ansätze linker »Aufklärung« kritisiert.
120 Seiten. DM 7.– (Abo: 6.–)

S. Weissman (Hg.)
Das Trojanische Pferd
Die »Auslandshilfe« der USA
Rotbuch Verlag Berlin

Rotbuch 135: Die vorliegende Studie ist eine wichtige und lehrreiche Lektüre für alle, die wissen wollen, wie der US-Imperialismus konkret funktioniert. Der Band enthält u. a. Aufsätze über die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds, die Militärhilfe der USA, den CIA.
192 Seiten. DM 9.– (Abo: 8.–)

Arno Münster
Portugal
Jahr 1 der Revolution
Eine analytische Reportage
Rotbuch Verlag Berlin

Rotbuch 139: Dieses Rotbuch liefert die Grundlagen zum Verständnis der politischen Entwicklungen in Portugal. Es berichtet von der Vorgeschichte der Revolution, der Rolle der Armee, von den Parteien und den ökonomischen und politischen Widersprüchen in Portugal.
144 Seiten. DM 8.– (Abo: 7.–)

★★ Schreiben Sie uns auch, wenn Sie die Rotbücher in einer Buchhandlung nicht erhalten – wir nennen Ihnen eine andere.

★ Über das gesamte Verlagsprogramm informiert Sie ›Das kleine Rotbuch‹. Schreiben Sie uns eine Karte, Sie erhalten es kostenlos!

Rotbuch Verlag, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 98.

man sich dann wieder einig. Die EG-Botschafter kehrten nach Spanien zurück, zu einem Wirtschaftsboykott wird es nicht kommen. Stattdessen beruhigte man eine aufgeregte Öffentlichkeit mit der Versicherung, man werde es zu keiner engeren Bindung Spaniens an die EG kommen lassen. Die Verhandlungen zwischen Spanien und der EG lagen ohnehin seit November 1974 auf Eis. Ein dringendes Interesse an einem EG-Beitritt Spaniens haben in Spanien ohnehin vorläufig nur die weniger einflußreichen Teile des Kapitals, so z. B. der kommerzielle exportierende Grundbesitz oder Teile der Textilindustrie.

Für den größten Teil des ausländischen Kapitals in Spanien ist ein EG- Beitritt erst dann interessant, wenn bei weiter schrumpfendem inneren spanischen Markt die Produktion in Spanien verstärkt auf den europäischen Markt ausgerichtet werden sollte. Diese Tendenzen gibt es in der Automobilindustrie — so will Ford seine Motoren für ganz Europa in Spanien fertigen lassen, verhandelt FIAT mit SEAT über einen Zusammenschluß, um gemeinsam auf dem Weltmarkt besser bestehen zu können. Zur vorherrschenden Tendenz aber ist diese Entwicklung noch nicht geworden.

Die Absicht der EG-Regierungen ist deutlich: alle Reaktionen zielten darauf, nichts zuzuschütten, auf jeden Fall aber eine weitere Stärkung der Rechten zu vermeiden. Die ersten Boykottmaßnahmen gegen spanische Schiffe und Flugzeuge wurden vom Regime seinerseits mit Boykott beantwortet, damit fand es durchaus bei vielen unpolitischen Spaniern Zustimmung.

Wie geht es weiter in Spanien?

Immer schon gab es seitens der bürgerlichen Opposition in Spanien zum „aperturismo" ein Gegenkonzept für eine kapitalistische Zukunft Spaniens: eine Koalition zwischen Teilen des Bürgertums und politischen Parteien der Arbeiterklasse, die einflußreich genug wären, die Arbeiterklasse erfolgreich in ein kapitalistisches Spanien nach Franco zu integrieren. Das Konzept ist aber voll unbekannter Größen.

Die eine: Alle Versuche zur Bildung einer größeren bürgerlichen Partei in Spanien, die Aussichten auf Massenwirksamkeit hätte, sind bisher gescheitert. Die andere: Keine der bestehenden linken Oppositionsparteien kann mit Sicherheit von sich behaupten, sie besäße das volle Vertrauen der in den letzten Kämpfen ungeheuer selbstbewußt gewordenen Arbeiter, die sich zudem noch ihre eigenen Vertretungsorgane geschaffen haben. Und die Dritte: Noch scheint der größte Teil der Armee loyal zur alten Ordnung zu stehen. Sollte sie aber doch einer Veränderung des alten Regimes zustimmen, dann wäre sie gezwungen angesichts der starken, militärisch ausgerüsteten Polizeikräfte diese Veränderung aktiv gegen die Polizei zu unterstützen.

Die Lage ist ungewiß, auch wenn die spanische KP aufdringlich ihre Bereitschaft erklärt, sie wolle mit dem Bürgertum zusammenarbeiten, und den „historischen Kompromiß" der italienischen KP ins Spanische zu übersetzen versucht, auch wenn die europäische Sozialdemokratie, durch die portugiesischen Erfahrungen geschult, eifrig bemüht ist, den Vorsitzenden der spanischen Sozialisten Gonzales auf eine Rolle als spanischer Soares vorzubereiten.

Es ist abzusehen, daß sich die Lage weiter zuspitzt. In diesen Tagen werden Tarifverhandlungen in der Bau- und Metallindustrie fällig. Die Forderungen der Arbeiter: zumindest Ausgleich für die Inflation, die sich bei einer Rate um 15 % bewegt. Das Gegenangebot der Unternehmer: 0 %. So viel steht fest: Das spanische Regime wird die Repressionsinstrumente des Antiterrorismusgesetzes, die es bisher gegen ETA und FRAP wandte, gegen die Basisorganisationen der spanischen Arbeiterklasse richten müssen. Die Folgen kann niemand absehen.

JENS HUHN

Spanien-Demo

Am 15. November 1975 findet in Frankfurt (Treffpunkt 12 Uhr Opernplatz) eine nationale Demonstration gegen den Faschismus in Spanien statt, zu der die spanischen Komitees gegen die Todesstrafe in der Bundesrepublik aufrufen. Kontaktadresse: Walter Schwertl, 6 Frankfurt, Morgensternstraße 10, Telefon 61 55 59.

Projekt einer zentralen Dritte-Welt-Zeitschrift

Seit Anfang dieses Jahres diskutieren verschiedene Redaktionsgruppen entwicklungspolitischer Zeitschriften darüber, eine gemeinsame Publikation mit monatlicher Erscheinungsweise zu entwickeln. An diesen Gesprächen sind beteiligt: AKAFRIK-report (Bielefeld), blätter des iz3w (Freiburg), Entwicklungspolitische Korrespondenz (Hamburg).

Dabei ergaben sich bisher folgende inhaltliche Zielvorstellungen:

1. Antiimperialistische Aufklärung und „Gegeninformation" für politisch Interessierte am Beispiel der Beziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern;
2. aktuelle und verarbeitete Information für entwicklungspolitisch wie innenpolitisch bereits Engagierte über die Vorgänge in Südeuropa, Asien und Lateinamerika;
3. Mobilisierung Engagierbarer für Dritte-Welt-Aktionen, insbesondere für direkte Solidarität mit Befreiungsbewegungen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Die beteiligten Redaktionen erwarten von einer gemeinsamen Zeitschrift u. a. folgende Vorteile:

Eine gemeinsame, größere Zeitschrift, die die vorangehenden ersetzt, soll durch eine höhere Auflage innerhalb der öffentlichen Meinungsbildung in der BRD eine größere Wirksamkeit erzielen, als es die verschiedenen kleineren Zeitschriften wegen ihrer Zersplitterung bisher vermochten.

Ein breiterer Mitarbeiterkreis gewährleistet, daß mehr Zeit als bisher für die Erarbeitung einzelner Beiträge aufgewandt und eine Doppelung der Arbeit verhindert werden kann.

Eine Kooperation im beabsichtigten Sinne kann die einzelnen Redaktionsgruppen insbesondere von zeitraubender technischer Arbeit entlasten zugunsten ihrer stärkeren Beteiligung an entwicklungspolitischen Aktionen in ihrer Region.

Auf dem Wege zu einem gemeinsamen Projekt sehen die Redaktionen u. a. folgende zu überwindende Schwierigkeiten:

Das Engagement der Redaktionsmitglieder, das sich bisher aus der Identifikation mit einer Gruppe und der eigenen Zeitschrift ergibt, muß auf die neue Zeitschrift übertragen werden.

Die Vielfalt innerhalb der politischen Analyse und Aktion, die die bisherigen Zeitschriften widerspiegeln, kann durch inhaltliche Diskussion ausgeglichen werden, darf aber nicht zu einer u. U. negativen Vereinheitlichung führen.

Die beteiligten Redaktionen haben die Phase unverbindlicher Gespräche verlassen und wollen ein Jahr lang erproben, ob ihnen die angestrebte enge Zusammenarbeit möglich ist.

Während der Testphase werden die bisherigen Zeitschriften wie gewohnt erscheinen; erst nach dieser Zeit soll eine Nullnummer des neuen Projektes an ihre Stelle treten. In dieser Probephase sollen in regelmäßigen Treffen einzelne Artikel, die Konzeption der einzelnen Hefte besprochen und eine Mitarbeit in jeweils fremden Redaktionen an Schwerpunktthemen gefördert werden. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei der herausgebenden Redaktion. Meinungsunterschiede über einzelne Artikel fordern dazu heraus, unterschiedliche Standpunkte zwischen den Beteiligten abzuklären.

Die beabsichtigte gemeinsame Zeitschrift soll nach bisherigen Vorstellungen von allen Gruppen geplant und verantwortet werden, wobei an die Vergabe von größeren Themenkomplexen gedacht ist. Neben wechselnden, umfangreicheren Themenblöcken soll die Zeitschrift regelmäßig aktuelle Analysen (Länderkurzberichte, Gegenpresse, Serie) und Mitteilungen über Aktionen und Seminare sowie Rezensionen enthalten. ■

Keine Verarbeitung chilenischen Kupfers in Emmerich!

Direkt und indirekt unterstützen die westdeutsche Regierung und das westdeutsche Kapital das Pinochet-Regime in Chile: Stundung der chilenischen Schulden, sowie Verlängerung alter und Gewährung neuer Kredite durch die Bundesregierung; Steigerung der „Investitionsneigung" der Chemie-Konzerne Hoechst, BASF und Bayer; Erstellung neuer Erdöl- und Kupferförderungs- und Aufbereitungsanlagen durch die Metallgesellschaft Lurgi; Investitionspläne von Daimler-Benz für ein neues LKW-Werk in Chile usw.

In Emmerich, nahe der holländischen Grenze, wird seit Monaten ein Werk zur Herstellung von Kupfergießwalzdraht mit 40 %iger Beteiligung der chilenischen staatlichen Kupfergesellschaft CODELCO und 60 %iger Beteiligung deutscher Konzerne errichtet. Das Kupferwerk soll vorerst 120 Arbeitsplätze in dem strukturschwachen Gebiet, in dem Emmerich liegt, schaffen. So ist es nicht überraschend, daß der Gemeinderat die zum Werksgelände führende Deichstraße dankbar in Kupferstraße umbenennen will. Der Bauherr, die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen, wird wahrscheinlich die Bundesgelder zur Förderung strukturschwacher Gebiete in den 40 %igen Grundkapital-Anteil der CODELCO zu verwandeln wissen. Der Bauunternehmer, Heidkamp und Trapp, baut nicht nur das Werk, das im Herbst 1976 eingeweiht werden soll, sondern auch die von städtischen Geldern finanzierten werkseigenen Kaianlagen.

Der Absatz der in Emmerich hergestellten Kupferprodukte soll gesichert werden durch die Beteiligung einer Reihe weiterer deutscher Konzerne, so z. B. des Hüttenwerkes Kayser in Lünen und der Norddeutschen Affinerie in Hamburg, die insbesondere Degussa und Lurgi gehört. Der Bau des Kupferwerkes wird damit zu einem Symbol der Komplizenschaft deutscher Konzerne und deutscher Regierungsstellen mit der Militärjunta in Chile. Vorbereitet wurde dieser Skandal bereits während des Besuchs des Junta-Wirtschaftsministers Saez im Dezember 1974 in der BRD, als Vertreter westdeutscher Banken und Konzerne mit ihm in Frankfurt konferierten.

Gegen diesen Bau des Kupferwerkes gilt es, als Zeichen internationaler Solidarität zum Widerstand aufzurufen und zu fordern, daß kein chilenisches Kupfer in deutschen oder holländischen Häfen

Pierburg: Ihr Kampf ist unser Kampf

Pierburg: ihr Kampf ist unser Kampf
Schwarz-weiß, 16mm, 45 Minuten Magnetton,

Ein Film über einen erfolgreichen Streik und seine Folgen; Pfingststreik und Augustreik 1973, Polizeieinsätze, Versuch von Produktionsverlagerung, Rache der Geschäftsleitung, Arbeitsgerichtsprozesse gegen Betriebsräte. Was heißt da "vertrauensvolle Zusammenarbeit" und "Partnerschaft"?
Kolleginnen und Kollegen von Pierburg, Neuß kommen zur Vorführung und Diskussion.

Interessenten für Veranstaltungen bitte schreiben an:
Mai-Film, Fürstenbergerstr.177, 6 Frankfurt.
Plakate sind vorhanden.

Politologie

Neu

Robert K. Furtak
Jugoslawien
Politik, Gesellschaft, Wirtschaft.
Reihe »Kritische Wissenschaft«.
242 Seiten, DM 32,—.

Wolfgang Manz
Schule und Legitimation
Zur curricularen Entscheidungsproblematik.
Reihe »Kritische Wissenschaft«.
160 Seiten, DM 22,—.

Horst Holzer
Theorie des Fernsehens
Fernsehkommunikation in der Bundesrepublik Deutschland.
Reihe »Kritische Wissenschaft«.
194 Seiten, DM 24,—.

Hans-Georg Wehling (Hrsg.)
Kommunalpolitik
Reihe »Kritische Wissenschaft«.
312 Seiten, DM 29,50

Peter Lübbe
Der staatlich etablierte Sozialismus
Reihe »Kritische Wissenschaft«.
185 Seiten, DM 14,80.

Hoffmann und Campe

verladen, der Kupfertransport nach Emmerich sabotiert und dort zukünftig auch kein chilenisches Kupfer verarbeitet wird.

HEINZ HAUSER

Streik bei Mailänder

In der Zeit vom 10. bis 16. September haben 150 Arbeiter der Druckmaschinenfabrik Mailänder in Bietigheim-Bissingen (Kreis Ludwigsburg) erfolgreich gegen die völlige Streichung aller freiwilligen und übertariflichen Leistungen einen „wilden" Streik durchgeführt. Der Streik war der Höhepunkt einer seit langem schwebenden Auseinandersetzung zwischen Belegschaft und Geschäftsführung.
Mailänders erster Streich: Am 18. März 1975 eröffnete er der Belegschaft, daß er die zum 1. 4. fällige tarifliche Lohnerhöhung von 6,8 Prozent nicht zahlen werde und sie statt dessen auf die freiwilligen Leistungen anrechnen werde. Seine Begründung: Es mangele zwar nicht an Aufträgen, doch die Ertragslage habe sich verschlechtert, weil der gefallene Dollarkurs die Absatzchancen des Unternehmers in den Vereinigten Staaten beschneide und damit Kostensenkungen notwendig seien. Die Antwort der Belegschaft darauf war eine Arbeitsniederlegung, die allerdings nach Drohung mit fristloser Kündigung nach drei Tagen beendet wurde.
Nach diesem ersten erfolgreichen Angriff auf die Löhne der Arbeiter setzte Mailänder seine Anstrengungen fort, die Lohnkostensummen zu senken, d. h. seine Ertragslage auf Kosten der Löhne und Gehälter zu verbessern. Im Sommer forderte er die Belegschaft auf zum Verzicht auf Urlaub und Urlaubsgeld für die nächsten zwei Jahre. Nachdem diese Forderung entschieden abgelehnt wurde, wurde am 27. Juni den Arbeitnehmern mitgeteilt, „. . . daß wir Ihre freiwilligen übertariflichen Lohn- bzw. Gehaltszulagen hiermit zum 1. August 1975 kündigen."
Dies bedeutete für die Kollegen, daß sie, nachdem ihnen bereits von der tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,8 Prozent nichts ausbezahlt wurde, noch zusätzlich eine Lohneinbuße von mindestens 20 Prozent hätten hinnehmen müssen, was für einzelne Kollegen eine Lohneinbuße von monatlich bis über 490 Mark brutto ausmachte.
Die erste Antwort darauf war eine von der IG Metall organisierte Demonstration. Bereits morgens um 6 Uhr zogen über 450 Kollegen durch das Industriegelände Laiern vor die Tore der Firma Mailänder. Aber Demonstration, Protestveranstaltung und über 4500 Solidaritätsunterschriften ließen Herrn Mailänder kalt. Durch seinen „Erfolg" im Frühjahr fühlte er sich stark. Nach der Demonstration vor den Toren seiner Firma kommentierte er höhnisch: „Die IG-Metall ist ja feige. Ich hätte erwartet, daß jetzt jeden Tag Tausende vor dem Betrieb demonstrieren. Wo bleiben sie, denn mir macht die Sache jetzt langsam Spaß." Zu den zahlreichen Solidaritätsgrüßen und -unterschriften wußte er zu sagen: „Ihr werdet allein stehen. Keiner der unterschrieben hat wird Euch helfen. In zwei Tagen werden sie Euch vergessen haben."
Und dann wurde er ganz groß: „Ich will den Krieg, den Kampf. Diesen Krieg werde ich durchführen. Und ob sich jetzt da die IG Metall oder der Betriebsrat oder die Belegschaft mir in den Weg stellt, ich walze sie alle nieder."
Die Versuche der IG Metall und des Betriebsrats, mit der Geschäftsführung zu verhandeln, scheiterten an einer Zusagen-machen-und-wieder-zurücknehmen-Taktik.
Im August wurde in einer IGM-Mitgliederversammlung beschlossen, eine Befragung der Belegschaft durchzuführen, in der die Beschäftigten ihre Meinung zur völligen Streichung der übertariflichen Lohn- bzw. Gehaltszulage offenlegen sollten. Das Ergebnis der Befragung, an der sich 90,5 % der Arbeiter beteiligt haben, war: 99,1 % der Befragten waren mit der Kürzung nicht einverstanden, 98,3 % hielten es nicht für richtig, daß die Kürzung der Löhne und Gehälter ohne energischen Widerstand der Belegschaft hingenommen wird.
Herrn Mailänder ließ dies kalt. Er war zu weiteren Verhandlungen nicht bereit. Am 10. September wurde nach der Mittagspause die Arbeit niedergelegt. Mailänder griff zur bewährten Methode: zur Kündigungsdrohung. Aber diesmal erfolglos. Nach 5½ Tagen Streik gab der sich stark und wild gebärdende Firmenchef Udo Mailänder kleinlaut nach. Das erkämpfte Ergebnis lautet:
1. Die übertariflichen Zulagen werden weiter gezahlt wie bisher. Auch die kommende Lohn- und Gehaltserhöhung darf nicht auf die bestehenden übertariflichen Zulagen angerechnet werden.
2. Von der im Februar einbehaltenen tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,8 Prozent muß Mailänder ab 1. August 1975 wenigstens 3 Prozent bezahlen.

ULRICH ZUPER

(Das SB hat den streikenden Kollegen bei Mailänder zur Unterstützung DM 500,— aus dem Arbeiter-Solidaritäts-Fonds überwiesen. Der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des SB muß auch zukünftig immer, wenn Not am Mann ist, schnell und konkret helfen können. Spenden können überwiesen werden an Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach Girokonto bei Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach 17413263-11.)

Die Sozialdemokratie in der Krise

Regierungspolitik und Programmdiskussion in der SPD

Roland Roth

FORTSETZUNG VON SEITE 1

gen bekommen. Der Möglichkeit, „daß noch weitere stärkere Krisenerscheinungen auf uns zukommen", sollen die Parteitagsdelegierten durch einen Wechsel auf die künftige Regierungspolitik entsprechen, für die die geplanten, Steuergeschenke an die Unternehmer, Verlustrückträge und Druck auf die Reallöhne erst ein Vorspiel sind. Auf die trübe Aussicht, „daß uns in den kommenden Jahren im Interesse der Sicherung unseres Volkes Lösungen abverlangt werden, die heute aus guten Gründen nicht in betracht kommen" (alle Zitate aus einem Beitrag von Willy Brandt in der jüngsten Ausgabe der „Neuen Gesellschaft"), gilt es sich einzustellen.

Da auf Parteitagen lediglich Entwicklungstendenzen der innerparteilichen Auseinandersetzungen zum Ausdruck kommen und ratifiziert werden, besteht kein Zweifel daran, daß es gelingen wird, die Partei auf die Linie der gegenwärtigen Regierungspolitik – mit entsprechend abgestecktem Diskussionspielraum für die SPD-Linke – zu bringen. Aus dieser Sicht haben sich die hoffnungsvollen Ansätze zu einer „Linksentwicklung" in der SPD (so Helmut Kortes Frage in „links" Juni 1973) als äußerst konjunkturabhängig erwiesen. Die quantitativ nicht unbedeutende SPD-Linke hatte dieser politischen Entwicklung nichts entgegenzusetzen. Der innerparteiliche Widerstand gegen die kapitalkonformen Krisensanierungsversuche der Bundesregierung (die im Falle der 7,5 % Investitionszulage nur dabei half, die Arbeitsplätze wegzurationalisieren) wie auch gegen die staatliche Repressionspolitik, ideologisch umwölkt in den Debatten über die „innere Sicherheit", wo nicht zuletzt in Kanzler Schmidts Reden der autoritäre Obrigkeitsstaat Urständ feierte, blieb entweder unter der Wahrnehmungsschwelle oder zahnlos. Mit der Verschärfung der ökonomischen Krise nahm auch die innerparteiliche Disziplinierung zu. Einschüchterung und Schwäche der SPD-Linken ist nicht in erster Linie durch den Abtritt prominenter Alt-Linker von der bundespolitischen Szene (z. B. Steffen und Eppler) markiert, sondern spiegelt sich im Vorfeld des Parteitags in den Kontroversen über das zentrale Thema, den „Zweiten Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985" (OR' 85).

Die Kurzlebigkeit des Langzeitprogramms

1970 auf dem Saarbrücker Parteitag angeleiert, sind die Diskussionen an der Parteibasis spätestens seit 1972 wesentlich durch Auseinandersetzungen über längerfristige programmatische Aussagen geprägt. Während das Godesberger Programm von 1959 mit einer Abkehr von sozialistischen Zielsetzungen die Regierungsfähigkeit der SPD durch das Bekenntnis zur Marktwirtschaft herstellen sollte, kommt den Programmdiskussionen der siebziger Jahre in erster Linie die Funktion zu, das Wahlchancen mindernde Auseinanderklaffen von parteipolitischen Konzeptionen und den Bedingungen und Möglichkeiten der Regierungspolitik zu verhindern. „Es wird jedoch sehr darauf ankommen, daß die Beratungen über die Regierungspolitik und über die weiterreichenden Ziele gut miteinander verzahnt werden. Sozialdemokratische Regierungspolitik kann der Perspektiven nicht entbehren, sozialdemokratische Programmatik kann nicht im luftleeren Raum gedeihen." (W. Brandt a. a. O.)

Beim ersten Anlauf war eine Mißgeburt entstanden. Der Mitte 1972 in die Parteidiskussion eingebrachte erste Orientierungsrahmen, das sogenannte „Langzeitprogramm" (LZP), beruhte im wesentlichen auf Prognosen der Planungsbürokratie in den Ministerien und gab sich als Trendverlängerung der Regierungspraxis. Seine ökonomische Grundlage war „ein Wachstumspakt mit dem Großkapital, um Finanzierungsspielräume für staatliche Reformen zu gewinnen, die selbst wieder vorrangig einer Steigerung der Arbeitsproduktivität dienen, also dem ‚Wachstum'" (H. Korte a. a. O.). Das Setzen auf ökonomisches Wachstum erwies sich jedoch nach Vorschußlorbeeren von der Regierungsbank recht bald als politische und ökonomische Milchmädchenrechnung. Weder war die für eine gezielte Wachstumspolitik notwendige Ausdehnung des Staatsanteils an den Investitionen gelungen (der Anteil sank gerade in der Ära der „inneren Reformen" 1970 bis 1972 von 20,5 auf 19,5 %), noch waren die Versuche erfolgreich, die öffentlichen Haushalte zugunsten wachstumsfördernder Ausgaben umzuschichten (Meißner, Investitionslenkung, S. 11). Steigende Inflationsraten taten ein übriges. Noch Ende 1972, kaum war die Programmdiskussion angelaufen, wurden die Planungsbürokraten gefeuert.

Für die SPD-Linke war das LZP als kapitalfreundliches Regierungsprogramm auf neokeynesianischer Grundlage eine Zumutung, für die SPD-Basis als technokratisches Zahlenwerk unattraktiv, für die Partei- und Regierungsspitze ein unter den veränderten ökonomischen Bedingungen mit seiner Wachstums- und Reformeuphorie höchst unbequemes Stück Papier. Folglich wurde es erst gar nicht auf dem Parteitag in Hannover Mitte 1973 eingebracht, sondern eine neue repräsentative Kommission aus den Parteigliederungen und der SPD-Spitze geschaffen.

Von der Reform- zur Krisenpolitik

Mit großem wissenschaftlichen Aufwand und mit breiter Beteiligung der SPD-Linken wurde bis Anfang dieses Jahres ein „Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975 bis 1985" (OR '85) vorgelegt. Er steckt zum einen die aktuelle innerparteiliche Diskussionsrichtung und -breite ab und markiert zum anderen als Regierungskonzept den Übergang von reformtechnokratischen Hoffnungen und Ansätzen zu einer sozialdemokratischen Krisenpolitik. An der wirtschaftspolitischen Grundlage der Reformkonzeptionen wurde jedoch festgehalten.

Schien eine Politik, in deren Mittelpunkt die „Modernisierung der Wirtschaft" und die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte zugunsten von Vor- und Folgeleistungen für das Kapital steht, Anfang der siebziger Jahre noch mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung vereinbar (politische Formeln: Lebensqualität, Humanisierung der Arbeit), so ist in der gegenwärtigen ökonomischen Krise mit der Aussicht auf eine längere Stagnationsphase ein weitgehendes Abschminken des sozialen Anstrichs nötig.

Der Widerspruch zwischen sozialdemokratischem Anspruch und realer politischer und ökonomischer Entwicklung darf nicht zu groß werden. Dies, obwohl die Aufgabe der Reformansprüche und das Scheitern zentraler Reformvorhaben der sozialliberalen Koalition weder bei den Parteimitgliedern noch bei der Bevölkerung auf starken Widerstand gestoßen ist. Eine Mischung aus ökonomischer Krisenerfahrung und -angst und zunehmender politischer Repression ist an die ideologische Leerstelle der Reformversprechen getreten. Sieht man einmal von Einbrüchen in der Stammwählerschaft der SPD (besonders in den Arbeitervierteln der Großstädte) bei den Landtagswahlen von 1974/75 ab, so hat die nach den Wählerinitiativen von 1972 erwartete Radikalisierung der Reformansprüche in der Krise nur punktuell in einzelnen Arbeitskämpfen und Basisinitiativen stattgefunden. Die Instabilität der Reformerwartungen dürfte zum einen, wie weiter unten zu zeigen ist, an der Art liegen, in der diese Reformpolitik der ersten sozialliberalen Koalition betrieben wurde. Zum anderen war die Reformpolitik, da sie von ökonomischen Zuwachsraten finanziert und diesen gleichzeitig auch wieder dienen sollte, nur scheinbar klassenneutral. So wurde z. B. „Chancengleichheit" im Bildungswesen versprochen. Niemand konnte etwas dagegen haben, bis sich der durch den Numerus Clausus in seinen Bildungsprivilegien bedrohte Mittelstand gegen die Bildungsreform wandte und sie weitgehend zum Scheitern brachte.

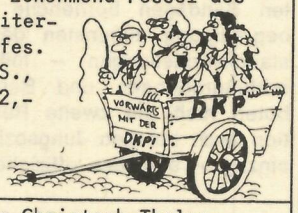
Das breite Desinteresse der Linken außerhalb der SPD am OR '85 ist unverständlich, denn es geht nicht um eine in ihren allgemeinen Grundsatzaussagen (den sog. „Werten") aktuellere Variante des Godesberger Programms, sondern auch ein Stück weit um eine ernstzunehmende Regierungskonzeption, in die Erfahrungen und Erwartungen der Regierungspraxis eingegangen sind. Belege hierfür sind

- die realistische Einschätzung der ökonomischen Entwicklung (längerfristige Rezessions- und Stagnationsphase);
- die Nähe zur gegenwärtigen Regierungspolitik, etwa in den Forderungen nach Disziplinierung gewerkschaftlicher Tarifpolitik, Abbau sozialstaatlicher Ansprüche (mehr Selbsthilfe und Eigenverantwortlichkeit) und dem politischen und ökonomischen Druck auf den öffentlichen Dienst, als zentralem Sanierungsgebiet für die Staatsfinanzen;
- die Inhalte des Krisenprogramms: Beschränkung des privaten Konsums auf das wirtschaftlich jeweils angemessene Niveau

focus verlag
Argumentationen

C.Bolbrinker: KLASSENANALYSE ALS ORGANISATIONSFRAGE.
Eine politische Kritik der Stamokap-Theorie.

Traditionelle KP -abgekoppelt von den Interessen der Arbeiter, zunehmend Fessel des Arbeiterkampfes.
168 S.,
DM 12,-



Georg Christoph Tholen:
TECHNISCHER FORTSCHRITT ALS GEWALT UND IDEOLOGIE
Kritik systemtheoretischer Bildungsplanung.
(Vorw. H.D.BAHR)136 S.,DM 9.-
Industrielle Produktionsweise - immer effektiver, mobiler, flexibler, technisch vernünftiger - und immer mehr leerer Selbstzweck. Entsprechend das Bildungssystem - funktional entleert, dient es banaler Selbsterhaltung.
Legitimität ist nichts, Stabilität des status quo alles.

PORTUGAL

(zusammengestellt, eingeleitet und aus dem Portugiesischen übersetzt von Günter Schröder)
ca. 100 Seiten, ca. DM 5.-

Das Buch liefert im 1.Teil einen dokumentarischen Überblick zur politischen Entwicklung von März bis September '75. Der 2.Teil beinhaltet Informationen zur Politik der Organisationen zwischen Revisionisten und Marxisten-Leninisten (PRP-BR, FSP, MES, LUAR, etc.).

ÜBERBAU

Frau - Familie - § 218

P. Schenk, Frau und Familie in der DDR; O. Rühle, Ehe-Sexualität-Familie in der bürgerlichen Gesellschaft; H. Niederstadt/K. Vollmer/G. M. Werth, Dokumentation zum § 218. Das Urteil des BVG zu § 218 StGB; J. Schülein, Familialismus und Anti-Familialismus. Bibliographische Hinweise zur Thematik des Heftes.
Doppelheft 2/3,160S.,DM 10.-

PROLIT
Buchversand
63 Gießen,Dammstr.11
Postfach 2969

Konzentration der staatlichen Mittel für die Erneuerung des Konstanten Kapitals, um die starke wirtschaftliche Stellung des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt zu sichern.

Zentrale Aussagen des OR '85

Da im zweiten Entwurf nur sehr wenig zur Rolle der BRD auf dem Weltmarkt zu finden ist, soll hier darauf verzichtet werden, auf die Zusammenhänge zwischen dem Ausbau der politischen und ökonomischen Vormachtstellung der BRD in Westeuropa und den Formen der Krisensanierung in der BRD auf der einen Seite (s. hierzu den Beitrag von Altvater/Neusüß in „links", Okt. 75), und den Formen staatlicher und innerparteilicher Repression auf der anderen Seite einzugehen. Wie sich dieser Zusammenhang allerdings sehr konkret herstellt, läßt sich an der Unterdrükkung jeglicher innerparteilicher Kritik am Zusammenspiel von SPD und Sozialistischer Partei Portugals aufweisen. Nach der Brandt-Soares-Jubelfeier vor SPD-Funktionären in Frankfurt-Nied wurde Kritik an den Ausführungen von Soares artikuliert, die vom Parteivorstand „aufs Schärfste" zurückgewiesen wurde. Da die inzwischen gewachsene Zahl kritischer Parteimitglieder nicht mehr einfach ausgeschlossen werden kann, wurden innerparteiliche Anhörungsverfahren nach gängiger Berufsverbotspraxis eingeleitet (1). Ehemals prominente Jungsozialisten wie Karsten Voigt, der in Hannover noch zu den profilierten Linken zählte, drohen den Kritikern mit Parteiausschlüssen (2). Ohne ausdrücklich auf den Bezug der aktuellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit der im OR '85 formulierten zentralen ökonomischen Aufgabenstellung „Modernisierung der Wirtschaft" abzuheben, sollen im folgenden zwei zentrale Punkte des zweiten Entwurfes näher behandelt werden: 1. die gegenwärtig weniger beachtete Diskussion über das Verhältnis von (gescheiterten) Reformen und Repression und 2. das publizistisch hochgespielte Thema „Investitionslenkung".

Reform und Repression

Zu Beginn der siebziger Jahre war es im wesentlichen die radikale Linke, die im Versuch, die spärlichen Ansätze sozialliberaler Reformpolitik weiterzutreiben, ihre Erfahrungen mit staatlicher Repression — meist in Form von Polizeiknüppeln — machte. Am Ende der Reformperiode starrt uns ein ausgebautes Repressionssystem entgegen, das seine ideologische Rechtfertigung durch „Debatten über die innere Sicherheit" bezogen hat. Wie Unterordnung und Duckmäusertum schon im Vorfeld handfester politischer und ökonomischer Repression erzeugt werden, läßt sich an der Politik der offiziellen Sprechreglementierungen verdeutlichen. „Berufsverbote" und „soziale Demontage" sind aus dem offiziösen Sprachschatz getilgt, statt „Unternehmer" muß es „Unternehmen", statt „Profit" muß es „Unternehmensgewinn" heißen. Das Verbot bestimmter Begriffe auch in der innerparteilichen Diskussion der SPD bedeutet Denkverbote; Kritik soll sprachlos gemacht werden.
Heute ist tendenziell jeder Ansatz konkreter Interessenpolitik politischer Repression ausgesetzt. Versuche zur Kriminalisierung von Bürgerinitiativen, wie in Wyhl und anderswo, bilden nur die Spitze eines Eisbergs. Wie hat sich diese „Tendenzwende" im OR '85 niedergeschlagen? (3)
Ähnlich dem LZP weist auch der zweite Entwurf unter Abschnitt 2.3 „Bedingungen und Aufgaben der Reformpolitik in der Bundesrepublik" eine zirkuläre Argumentationsstruktur auf: Bedingungen werden zu Aufgaben der Politik, Aufgaben zu Bedingungen. Im OR '85 werden Vollbeschäftigung und „stetiges, qualitativ sinnvolles Wirtschaftswachstum" als Voraussetzungen der angestrebten Reformpolitik angeführt. Für die aktuelle Situation läßt sich also schließen, daß Reformpolitik nicht möglich ist; eine Schlußfolgerung, die allerdings im Programmentwurf vermieden wird. „Das eigentliche Problem einer Politik schrittweiser Reformen für eine demokratische und sozial gerechtere Gesellschaftsordnung besteht darin, das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit zu erhalten, Vollbeschäftigung und stabile Wirtschaftsentwicklung zu sichern und gleichzeitig Reformen zügig voranzutreiben" (OR '85, Zif. 2.4.5). Nun bleibt der zweite Entwurf nicht bei dieser blauäugigen Bestimmung nicht vorhandener Reformbedingungen stehen. Reformgegner und die weltweite Wirtschaftskrise werden als Reformhindernisse ebenso nachdrücklich benannt, wie die Klärung des konkreten Verlaufs vergangener Reformbemühungen und der Ursachen ihres Scheiterns vermieden wird. Trotzdem finden sich sehr wohl Elemente einer auf die aktuelle Situation bezogenen Neuformulierung der Möglichkeiten staatlicher Reformpolitik.

Die zwei Gesichter des sozialdemokratischen Staates

„Der Staat schafft und erhält die wirtschaftlichen, die sozialen und die politischen Existenzbedingungen der privaten Unternehmungen. Er sorgt für die produktionsbezogenen und allgemeinen sozialen Infrastruktureinrichtungen. Er trägt die Kosten für die soziale Versorgung und für die externen Folgen der privaten Produktion. Schließlich mildert er durch Steuerungsmaßnahmen die konjunkturellen Schwankungen und ordnungspolitische Eingriffe die sozialen Spannungen". (OR '85, 2.2.4) In diesem Versuch, gegen marxistische Staastheorien die relative Unabhängigkeit des Staates zu behaupten, haben die Autoren als „Gelegenheitsmaterialisten" das „Geheimnis" der relativen Unabhängigkeit selbst gelüftet. Sie besteht im wesentlichen in den Funktionen des Staates zur Sicherung der Akkumulationsbedingungen des Kapitals.
In der Krise tut sich der Staat schwer, diese Aufgaben für die „privaten Unternehmungen" zu erfüllen. Gruppenegoismus und Einzelinteressen, mangelnde Verantwortlichkeit und Interessengegensätze behindern ihn. „Die Notwendigkeit, daß der Staat durch autoritative Eingriffe und Regulierungen die gesellschaftlichen Konflikte befrieden muß, nimmt zu." (OR '85, 2.3.2) Jenen gesellschaftlichen Gruppen, die einmal auf Reformen bauten, wird eine neue Perspektive angeboten: „gesellschaftliche Strukturreformen, die die Fähigkeit und Bereitschaft der Gesellschaft zur Selbstregulierung und zur Selbsthilfe stärken" (ebd.). Das „Versorgungsdenken" der sozialstaatlichen Sicherungen soll durch die „solidarische Selbsthilfe" abgelöst werden. Konservative Kritik am Sozialstaat, die die soziale Demontage vorbereitet, um die staatlichen Aufgaben gegenüber den „privaten Unternehmungen" erfüllen zu können.
Was heißt „Selbsthilfe" für die Arbeitslosen, wenn durch den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit Fortbildung, Umschulung, Arbeitsbeschaffung drastisch eingeschränkt werden und damit die strukturelle Arbeitslosigkeit zementiert wird? Eltern sollen sich zusammenschließen, um einen Lehrer zu bezahlen, der ihren Kindern die notwendigen Schulstunden gibt, nachdem dieser

MITTE NOVEMBER 1975 ERSCHEINT DAS NEUE IRLAND - INFO Nr. 10

aus dem Inhalt: DIE BEDEUTUNG DER NATIONALREVOLUTIONÄREN UND REVOLUTIONÄREN BEFREIUNGSKÄMPFE IN DEN PERIPHERIEN EUROPAS FÜR DIE WESTEUROPÄISCHE LINKE!
- Apell für einen unbürokratischen und unbornierten Internationalismus. -
Außerdem: Aktuelle Berichte aus Irland kurz vor dem faschistisch-loyalistischen Komplott.
Analysen und politisch-militärische Strategien der irischen Befreiungsorganisationen

IRLAND - Info 9: Die irische Revolution und die Solidarität der Internationale.
Zur Struktur und Politik der protestantischen Bewegung in Nord-Irland
Die Politik der Peoples Democracy.
Die "neue" IRSP und Interview mit Bernadette McAliskey-Devlin
Nachruf auf die offizielle Sinn Fein
Der Waffenstillstand der Provisional I.R.A.

IRLAND - Info 8: Die wirkliche Politik der offiziellen Sinn Fein
Die Provisional Sinn Fein und I.R.A.
Interview mit Seamus Twomey, Stabschef der Provisional I.R.A.

WICHTIG! NEU ÜBERARBEITET UND AUFGELEGT!
1. "The Struggle in the North of Ireland", Materialien für den Englischunterricht.
2. "Irish Rebell Songs", 5o irische Lieder, chronologisch geordneten mit Noten und deutschen Kommentaren.

Des weiteren: Bücher, Schallplatten, irische Zeitungen und Periodika.

Bestellungen und Anfragen: Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, 637 Oberursel 5, PF 35

keine Planstelle mehr bekommen konnte. So sieht das wenig soziale Gesicht des Wachstumspaktes zwischen Staat und „privaten Unternehmungen" in der Krise aus; in der Hochkonjunktur verhieß er noch Reformen. Die Folgen dieser Politik sollen dem OR' 85 entsprechend im „Geist solidarischer Verpflichtung" getragen werden.

Nationalistische, autoritäre und obrigkeitsstaatliche Phrasen gehören allerdings auch noch zum Krisengepäck sozialdemokratischer Regierungspolitik; der Wechsel von Brandt zu Schmidt ist kein zufälliger Wandel des politischen Stils. Für die Rechtfertigung der Berufsverbotspraxis und des politischen und ökonomischen Drucks auf den öffentlichen Dienst mußte das obrigkeitsstaatliche Arsenal entstaubt werden. Denn noch ist jene „Vertrauensgrundlage" nicht hergestellt, die der Regierung die „Autorität" verleiht, „gruppenegoistischen Erpressungsversuchen kraftvoll zu begegnen und ohne Einbuße an moralischer Glaubwürdigkeit – Sicherheit statt Härte zeigend – auch im Detail harte Maßnahmen zu ergreifen" (OR' 85, 2.4.8) Als Beispiel werden im zweiten Entwurf die Fluglotsen-Aktionen erwähnt. Daß in der Krise jede kämpferische Interessenvertretung staatliche Härte zu spüren bekommen wird, verbürgt dieser Entwurf für ein Parteiprogramm der SPD.

Stärkung staatlicher Autorität und politische Repression sind die notwendigen Absicherungen für eine Krisensanierung auf dem Rücken der Lohnabhängigen. Hinter dem scheinbar neutralen staatlichen, notfalls repressiven Interessenausgleich (eine der im OR' 85 beschriebenen Aufgaben des Staates) stehen kaum verhüllt die staatlichen Funktionen für die „privaten Unternehmungen". Die sozialdemokratische Programmdiskussion wird zum alternativlosen Abklatsch der aktuellen Regierungspolitik und dient deren Rechtfertigung.

Die Auseinandersetzungen um die Investitionslenkung

Während die bislang benannten Punkte des OR '85 kaum in die veröffentlichte Meinung drangen oder parteiintern Wogen schlugen, konzentrieren sich die Auseinandersetzungen vor Beginn des Parteitags auf das Stichwort „Investitionslenkung". Schon die Kommission, die den zweiten Orientierungsrahmen formuliert hat, konnte diesen Themenbereich, im Gegensatz zu allen anderen Teilen des OR '85, nach kontroverser Debatte nur durch Mehrheitsentscheid verabschieden.

Die Brisanz der Auseinandersetzungen über die „Investitionslenkung" ergibt sich aus dem Zusammentreffen mehrerer Diskussionsstränge, die zugleich verschiedene, in sich äußerst differenzierte politische Positionen markieren (4).

1. Nach dem offensichtlichen Scheitern der keynesianischen Wirtschaftspolitik geht es einem Großteil der Befürworter um eine Verbesserung des staatlichen Instrumentariums zur Stabilisierung des ökonomischen Wachstums, also um neue Mittel für die alten reformpolitischen Ziele. Zentrale Aufgabe ist auch dieser Konzeption zufolge die „Modernierung unserer Wirtschaft", d. h. die Erneuerung und Verbesserung von Produktionsanlagen durch staatliche Finanzierung z. B. für die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien. Aktueller Ausdruck dieser Politik ist der weitgehend staatlich getragene Aufschwung der westdeutschen Kernkraftwerksindustrie. Gleichzeitig werden an Beispielen wie Wyhl, Brasilien und Südafrika die politischen Konsequenzen dieser ökonomischen Expansionsstrategie sichtbar.

„Zielorientierte Wirtschaftspolitik" (Ehmke) und „vorausschauende Industriepolitik" (Brandt) sind die politischen Kompromißformeln, mit denen die „Marktwirtschaftler" innerhalb und außerhalb der Partei und die Befürworter eines verbesserten wirtschaftspolitischen Instrumentariums versöhnt werden sollen, freilich ohne Festlegungen für die Regierungspolitik.

Mittel der „reformkapitalistischen" Version der „Investitionslenkung" sind u. a. Koordinationsgremien für gemeinsame private und staatliche Planungen und staatliche Orientierungsdaten für die Wirtschaft, die durch Investitionsmeldestellen künftig größeren Prognosewert bekommen sollen. Es kann hier nicht darum gehen, die Realisierungschancen und praktischen Auswirkungen der einzelnen „Instrumente" zu diskutieren. Allerdings läßt sich offensichtlich auch mit schon wesentlich entwickelteren Ansätzen einer geplanten staatlichen Wirtschaftspolitik etwa in Frankreich, Schweden, aber auch den USA keine krisenfreie, stetigere ökonomische Entwicklung sichern. Die Instrumente der Investitionslenkung können jedoch sehr wohl ökonomische Auswirkungen haben. In der französischen Variante der „planification" z. B. schufen sie Modernisierungskartelle, die die Zentralisation und Konzentration des Kapitals in bestimmten Branchen auf Kosten der kleinen Kapitalien begünstigen. In diesen Perspektiven liegt auch der ökonomische Kern des Widerstands von Mittelschichten und kleinem Kapital, wie er besonders von der FDP zum Ausdruck gebracht wird.

2. Über die Zielsetzungen dieser „reformkapitalistischen", „indirekten" Variante gehen die Vorstellungen einer „reformistischen", „direkten" Investitionslenkung hinaus. Sie gibt dem neuen wirtschaftspolitischen Instrumentarium eine Chance, wenn es schrittweise durch die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der Banken zu Einschränkungen der privaten Verfügungsgewalt des Kapitals kommt. Da jedoch sowohl die reformkapitalistische wie auch die reformistische Form von „Investitionslenkung" gesellschaftliche Machtverschiebungen erfordert, gegen die sich schon erbitterter Widerstand formiert, sollen weiter unten ihre strategischen Vorstellungen (Stichwort: „Vertrauensarbeit") auf ihre Tauglichkeit überprüft werden.

3. Für einen nicht unerheblichen Teil der SPD-Linken ist die Diskussion über staatliche Investitionslenkung lediglich eines der letzten Ventile, dem Unbehagen an der Regierungspolitik Ausdruck zu geben. Diese Einengung des oppositionellen Diskussionsspektrums ist in erster Linie Ergebnis der Politik des „reformistischen Zentrums", das in den letzten Jahren die Führung der Jungsozialisten stellt. Auf dem Münchener Kongreß von 1974 und noch konsequenter auf dem diesjährigen Bundeskongreß in Wiesbaden hat das „reformistische Zentrum", obwohl es keine eindeutigen Mehrheiten erzielen konnte, die stamokap und Hannoveraner Richtung im Bundesverband an den Rand gedrängt. Die mit harten Bandagen betriebene Frontbegradigung zugunsten der Vorstandsvorstellungen – mit Ausschlußdrohungen und Berufsverboten hielt die zweite Restauration auch bei den Jungsozialisten einzug –, engt den offiziellen Dis-

päd.extra
Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik

Die 14tägige Zeitschrift mit den vielen Diensten: ● Resümees von Zeitschriftenaufsätzen ● ca. 15 Kurzbesprechungen frisch ausgelieferter Bücher ● Karteikarten mit Hinweisen auf Unterrichtseinheiten ● päd. extra-Lexikon auf Karteikarten ● Sonderdruckseiten ● kostenloser Anzeigenmarkt ● verbilligter Einkauf von Büromaterial ● kostenloses Probeheft: päd. extra, 6 Frankfurt 2, Postfach 119086

FORUM EUROPA
ZEITSCHRIFT FÜR TRANSNATIONALE POLITIK

FORUM EUROPA will:

- Informationen über soziale und politische Entwicklungen in anderen Ländern verbreiten
- Analysen zur internationalen Verflechtung des Kapitals und der Politik – insbes. der Europäischen Gemeinschaft – liefern
- zu neuen Ansätzen für eine europäische Strategie der gesellschaftlichen Kräfte beitragen
- internationale Kontakte zwischen politisch engagierten Gruppen und Einzelpersonen herstellen

FORUM EUROPA • 53 BONN • Arndtstr. 25 T.224518

☐ Senden Sie mir zwei weitere Ausgaben gratis
☐ Wie kann ich bei Forum Europa mitarbeiten?
☐ Ich bestelle ein Jahresabonnement: Preis DM 15.– (ca. 10 Exemplare)

Name .....
Ort .....
Straße .....

kussionsspielraum der SPD-Linken insgesamt ein. Über die im Rahmen der „Investitionslenkung" diskutierbaren Vorstellungen hinaus, haben die Linken in der SPD gegenwärtig keine Artikulationsmöglichkeiten. Der zweite Entwurf eines Orientierungsrahmens ratifiziert diese Entwicklung, indem er — selbstverständlich auf marktwirtschaftlicher Grundlage — das Thema „Investitionslenkung" in der Programmdiskussion zugelassen, traditionelle Juso-Vorstellungen von „antikapitalistischen Strukturreformen" und „Doppelstrategie" aufgesaugt und entschärft hat. Nachdem in mitgliederstarken Bezirken und Landesverbänden Beschlüsse für eine Investitionslenkung gefallen waren (Hessen-Süd, Westliches Westfalen, Schleswig-Holstein etc.), hat die Antragskommission des Bundesparteitags einen dritten Entwurf für einen Orientierungsrahmen vorgelegt (5), in dem Zugeständnisse an die reformkapitalistische Variante der Investitionslenkung gemacht werden. Neu aufgenommen wurde die Einführung einer Meldepflicht für private Investitionen von einer bestimmten Größe an. Diese Forderung bewegt sich auch im Rahmen der Vorstellungen der DGB-Spitze (Handelsblatt vom 24. 3. 75). Außerdem sollen zwei Minderheitsvoten zur Diskussion gestellt werden, die eine „umfassende wirtschaftliche Rahmenplanung", die Möglichkeit von Investitionsverboten und die Überführung privater Banken und Versicherungskonzerne, wie auch von marktbeherrschenden Unternehmen in Formen öffentlichen Eigentums demokratischer Kontrolle und die „öffentliche Verfügung über Förderung, Einfuhr und Verteilung knapper Rohstoffe" vorsehen (FAZ vom 17. 10. 75). Somit können auch die reformistischen Forderungen auf dem Parteitag diskutiert und, so das realistische Kalkül der SPD-Führung, zurückgewiesen werden.

Politische Perspektiven der SPD-Linken

Welche politischen Kosten hat die programmatische Integration der reformistischen SPD-Linken zur Folge? Dazu nur einige Punkte:

1. Auch die reformistische Variante der Investitionslenkung basiert auf einer Politik kleiner Reformschritte (Reformgradualismus), ohne die Reformhindernisse auch nur der kleinsten Schritte zu verdeutlichen. Die „Solidarität" gegenüber der aktuellen Regierungspolitik und die Verdrängung der Erfahrungen aus der Reformphase der ersten sozialliberalen Regierung verhindern klare strategische Vorstellungen.

2. Die Hoffnungen auf eine reformistische Krisennutzung stehen im Widerspruch zur aktuellen Krisenpolitik der eigenen Partei. Ein Widerspruch, der sicherlich nicht programmatisch geschlichtet werden kann. Mit dem Zurückdrängen von nichtreformistischen, sozialistischen Positionen in der SPD wurde, unter dem Eindruck der Krise, die kritische Reflexion auf die Funktionen staatlicher Politik und der politischen Parteien kaltgestellt. Zweifel an der „relativen Autonomie des Staates" und der Möglichkeit von „schrittweisen Reformen" und damit eines stetigen Hinüberwachsens zum Sozialismus wurden schon in Wiesbaden mit der „Systemgrenze" und „Handlungsgrenzen des Staates" zurückgewiesen, Vertrauen zur Mitgliedschaftsbedingung erhoben.

3. Die Reformperspektiven des Orientierungsrahmens, auf die sich die reformistischen Forderungen beziehen, sind in ihren politischen Auswirkungen zweischneidig. Den reformistischen Linken erscheint Krisenpolitik als Chance zum Abbau privater ökonomischer Verfügungsgewalt; die gleiche Politik gerät bei regierungsnahen Strategen zu einer sozialdemokratischen Variante der „formierten Gesellschaft". So hofft Scharpf, daß „das offen angesprochene Krisenrisiko und die antizipierende Krisenplanung eine solidarische Situation begründen, in der der Staat die Regierung und die Regierungsparteien zu notwendigen und verläßlichen Partnern in der gemeinsamen Problembewältigung für die öffentliche Meinung, die Arbeitnehmer und die Unternehmen werden." (Krisenpolitik, S. 26) Es gehört wenig Phantasie dazu, zu sehen, in welche Richtung der Zug abgefahren ist.

4. Für die Kontroversen über die Praxis der Sozialisten in der SPD hat der Vormarsch der reformistischen Linken negative Folgen. Basismobilisierung, einst gemeinsamer, umstrittener Bezugspunkt von Juso-Bewegung und der neuen Linken, ist der „Vertrauensarbeit" geopfert worden. Sie erhebt jene Strategie zum Parteidogma, die Offe „paradoxe Mobilisierung" genannt hat. An die Stelle der Mobilisierung für konkrete Veränderungen tritt die Mobilisierung zugunsten staatlicher Politik, die diese Veränderungen in Aussicht stellt und die Betroffenen auffordert, ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten stillzulegen und an die Regierung abzutreten. Um „Enttäuschungsreaktionen" bei den Wählern zu vermeiden, muß die sozialdemokratische Krisenpolitik mit einer „breit und langfristig angelegten Vertrauensarbeit unserer Partei einhergehen" (OR'85, 3. 1. 2). In Krisenzeiten genügt die sonst übliche „Schweigepflicht" für die SPD-Linken zu Wahlzeiten nicht mehr. Aufgabe der Partei ist es, durch diese Vertrauensarbeit die „Leistungsfähigkeit des Staates" zu sichern. Dies sieht im Detail u. a. folgendermaßen aus:

1. „Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung" sollen „unverzerrt in die politische Diskussion und Entscheidung" eingebracht werden, um das „Gefühl der Einflußlosigkeit" abzubauen. Wohlgemerkt nur das „Gefühl", denn Vertrauensarbeit hat nichts mit dem „blinden Glauben an spontaner ‚Basisforderungen'" (3. 2. 2) zu tun.

2. „Darüber hinaus hat die Vertrauensarbeit die Aufgabe, politische Entscheidungen beim Bürger sachlich und psychologisch vorzubereiten."(3. 2. 1)

3. Es soll „eine längerfristige politische Orientierung" vermittelt werden, „die auch bei Enttäuschung kurzfristiger Erwartungen ihren Stellen- und Richtungswert behält." (ebd.) Eine Aufgabe, die der OR'85 gegenüber den Parteimitgliedern erfüllen soll.

Nur zu durchsichtig ist diese Konzeption parteilicher „Vertrauensarbeit" auf die Enttäuschungen und Vertrauensverluste bei den Opfern der staatlichen Krisensanierung abgestellt. Die Investionslenker tragen dazu noch ihr Schärflein bei: zu solchen Krisen solls nicht wieder kommen. Entgegen allen realen Erfahrungen soll an der Möglichkeit staatlich betriebener gesellschaftlicher Veränderungen in Richtung „demokratischen Sozialismus" festgehalten werden, obwohl, wie zu zeigen war, die Autoren des Orientierungsrahmens es doch besser wissen. Die Entwicklung der Programmdiskussion spricht gegen die Möglichkeit, sozialistische Politik in einer „staatstragenden" Partei mit Bekenntnis zur Marktwirtschaft zu entfalten. Eine SPD-Linke, die sich programmatisch und praktisch dem Konzept der „Vertrauensarbeit" und damit der Schmidtschen Regierungspolitik unterordnen muß, kann die, wenn auch spärlichen, Ansätze zu einer sozialistischen Politik in der BRD nicht wirklich unterstützen.

Kapverden-Hilfe

Medico International ruft zu Spenden auf, die der neuen Regierung der Kapverdischen Inseln medizinische Hilfestellung geben sollen. Die 300 000 Bewohner der Inseln werden noch längere Zeit auf Unterstützung von außen angewiesen sein; ihre Lage ist aufgrund einer 8jährigen Dürre und der Folgen der portugiesischen Kolonialverwaltung sehr schwierig.

Sonderkonto Nr. 1800 bei der Stadtsparkasse Frankfurt/M. unter dem Stichwort „Kapverden-Hilfe".

Anmerkungen:

(1) Indem sich innerhalb der Partei die Repressionspraxis des öffentlichen Dienstes wiederholt, wird sie tendenziell Teil des Staatsapparates. Die Wandlung der SPD in eine Partei, deren Mitglieder zunehmend aus dem Staatsapparat kommen (vgl. Schmollinger), kann nicht ohne Rückwirkungen auf Formen und Inhalte innerparteilicher Willensbildung bleiben. Generell zeichnet sich ab, daß auch dadurch die Fixierung der Parteidiskussion auf die Regierungspolitik verstärkt wird.

(2) Daß dies kein Einzelfall ist, sondern den Integrationsmechanismen der Partei geschuldet ist, belegt die Studie von Joachim Raschke, der am Beispiel der Berliner SPD einen alle 6 bis 8 Jahre stattfindenden Generationswechsel auf der Parteilinken aufzeigt. Offensichtlich beschleunigen Regierungsverantwortung und ökonomische Krise die Umschlagsgeschwindigkeit.

(3) Die folgenden Zitate aus dem Text des Orientierungsrahmens sind bewußt selektiv. Rückgriffe auf den ersten Entwurf, parteigeschichtliche Überbleibsel, wirtschaftsdemokratische Einsprengse und die „Grundwerte" wurden nicht berücksichtigt, weil es um den Zusammenhang von Programmdiskussion und Regierungspolitik geht. Die Verdrängung dieses Zusammenhangs bei der SPD-Linken, die sich im Aufpicken von linken Formulierungen oder in Versuchen, das Programm links zu stricken, zeigt, gehört zu den Auffälligkeiten in der Diskussion über den Orientierungsrahmen.

(4) Hier geht es nicht um eine ausführliche Darstellung der Positionen, Erfahrungen und Modelle zum Thema „Investitionslenkung". Eine detailliertere Darstellung aus der Perspektive sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gibt das Redaktionskollektiv Gewerkschaften der „Probleme des Klassenkampfes" in der November-Ausgabe des „express".

(5) Bei der Abfassung dieses Beitrags lag nur der Abschnitt „Markt und Lenkung" vor. Es wird in einem Bericht über die Parteitagsdiskussionen zu überprüfen sein, wieweit gegenüber Parteimitgliedern und im Hinblick auf Wahlchancen die teilweise recht unverblümte Sprache des zweiten Entwurfs im dritten übertüncht wird.

Materialien

Langzeitprogramm 1–5, Bonn-Bad Godesberg, 1972/73.

„Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985" hrsg. Vorstand der SPD.

IMSF, Der SPD Orientierungsrahmen '85, Ffm 1974.

R. Hickel/G. Schmieg, Zum Orientierungsrahmen '85 der SPD, und W.-D. Narr, Warum sich eigentlich mit der SPD beschäftigen? beide in „Leviathan", 2/1975.

Ermrich u. a., Berichte über die Arbeit der Kommission OR '85 der SPD, „aus politik und zeitgeschichte" 36/75.

Scharpf, Krisenpolitik in „Thema: Wirtschaftspolitik", Bonn-Bad Godesberg 1974.

W. Meißner, Investitionslenkung, Ffm 1974.

J. Raschke, Innerparteiliche Opposition, Hamburg 1974.

B. Blanke u. a., Systemgrenze des Staates — Grenze der Theoriediskussion? Neue Gesellschaft, 8/75.

H. Schmollinger, Abhängig Beschäftigte in Parteien der Bundesrepublik, Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1/74.

FRAUEN KALENDER '76

Der Frauenkalender ist der erste feministische Taschenkalender in Deutschland. Er erschien erstmals 1975 — und das mit durchschlagendem Erfolg. Der Kalender hat Handbuchcharakter. Er will informieren, praktisch sein und Spaß machen. Er gibt Tips, Informationen, Adressen, Daten und Hinweise auf aktuelle Frauenprobleme und -aktionen. Der Plastikumschlag ist wie im vergangenen Jahr violett, die Seiten sind diesmal rosa. Der Kalender hat DIN A 6-Format und wird dicker als beim erstenmal. Eines bleibt wie es war: Der Preis von DM 6,—.

Der Frauenkalender '76 ist vor allem im linken Buchhandel erhältlich. Er kann aber auch direkt vom Verlag bezogen werden gegen Vorauszahlung von DM 7,— (incl. Versandkosten). Am besten ist es, der Bestellung den Gegenwert in Briefmarken oder als V-Scheck beizulegen.

Frauenkalender Selbstverlag, c/o Alice Schwarzer, 1 Berlin 33, Breitenbachplatz 17

strategie

Zweierlei Autonomie

Antwort auf H. E. Brand

Ernst Wedekind

Vorbemerkung

In „links" Nr. 69 habe ich versucht, der Diskussion im SB um den Schwerpunkt Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit eine neue Wendung zu geben. Ziel war dabei, eine bei bereits vorliegenden betrieblichen und gewerkschaftlichen Erfahrungen ansetzende strategische Einschätzung dieses Bereichs voranzutreiben. Zugleich wollte ich auf die Gefahr voluntaristischer Tendenzen im SB aufmerksam machen, die sich zum Betriebs- und Gewerkschaftsbereich nur postulativ und auf eine abstrakte politische Notwendigkeit gegründet hinwenden, damit aber eine erfahrungsbezogene Strategieentwicklung eher blokkieren als fördern. Kritisiert habe ich in diesem Zusammenhang das Fehlen einer – angesichts der gegenwärtigen Zusammensetzung des SB sehr notwendigen – gründlichen Bestimmung des Verhältnisses zwischen Genossen aus dem Bereich von Hochschule und öffentlichem Dienst – im weitesten Sinne aus dem Reproduktionsbereich – zum betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich.

Der Beitrag führte Diskussionen fort, die im „links"-Redaktionskreis und unter gewerkschaftlich arbeitenden Genossen begonnen worden waren. Er stellte vor diesem Hintergrund einige strategisch wichtige Fragen – wie das Verhältnis Arbeiter–Intellektuelle oder die Möglichkeit der Absicherung sozialistischer Politik in den Gewerkschaften unter den gegenwärtigen Bedingungen – heraus. Manche Genossen haben diesen Artikel als fertigen Strategieentwurf mißverstanden und Positionen herausgelesen, die in dem Artikel nicht enthalten, jedenfalls mit ihm nicht beabsichtigt sind. Deshalb ist es notwendig, vor der inhaltlichen Fortsetzung des Beitrages eine klärende Auseinandersetzung mit der Kritik zu versuchen. Daß der Schwerpunkt Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beiseitegeschoben werden solle, steht in dem Artikel ebensowenig, wie daß sich Intellektuelle in Selbstbetrachtung und Selbstorganisation üben sollen. Die gesamte Entgegnung von H. E. Brand in „links" Nr. 70 beruht auf diesem Mißverständnis und verliert damit weithin ihre Grundlage.

Der Artikel hob ausdrücklich hervor, daß er auf Erfahrungen hauptsächlich aus gewerkschaftlicher Bildungsarbeit beruht. Dies geschah, um den Vergleich verschiedenartiger Erfahrungsbereiche möglich zu machen, keineswegs aber, um nun etwa die spezifischen Arbeitsbedingungen von Bildungsarbeitern zur allgemeinen Strategie zu erheben. Sicher ist im Artikel die Frage der Absicherung sozialistischer Politik etwas überbetont, aber sie ist keineswegs zur alleinigen Strategie erhoben worden. In einem hat H. E. Brand wohl recht: betrieblich arbeitende Genossen können für ihre Politik durch Einbeziehung und Mobilisierung der Kollegen wirksameren Rückhalt gewinnen als Bildungsarbeiter. Dennoch sind auch ihrem Handlungsspielraum im gegenwärtigen Schwächezustand der westdeutschen Arbeiterbewegung engere Grenzen gesetzt, als Brand sie annimmt, weil sie – dies ist meine These – ihren betrieblichen Rückhalt überwiegend ihrer der Sache nach gewerkschaftlichen Arbeit, nicht aber einer nach außen erkennbaren politischen Organisierung verdanken.

Das Problem der Erfahrung

Die Elle der Kritik, an der Brand meinen Beitrag mißt, ist das Konzept „autonomer sozialistischer Organisierung" im Arbeitsfeld Betrieb und Gewerkschaften. So wenig Brand dieses Konzept konkretisiert, so sehr macht er deutlich, daß er sich darunter eine „autonome Klassenorganisation" unabhängig von den Gewerkschaften – wenn nicht sogar alternativ zu ihnen – vorstellt. Dieses Konzept ist – um das Ergebnis dieses Beitrages vorwegzunehmen – so wenig auf Erfahrung hin reflektiert und so borniert gegen die politischen Folgen im Falle seiner Durchsetzung innerhalb des SB, daß es nicht unwidersprochen bleiben kann.

Wenn hier auf der Notwendigkeit der Sammlung und Aufarbeitung von Erfahrung aus dem betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich für die Strategiediskussion insistiert wird, so deshalb, weil allein auf diese Weise die Gefahr abstrakter und postulativer Konzepte sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit vermieden werden kann. Gerade angesichts der Krisensituation liegt die Versuchung nahe, aus ökonomischer Analyse und strategischer Zielbestimmung unvermittelte Rückschlüsse auf wirkliche Bewegungen und Aktionspotentiale zu ziehen und darauf seine Strategie zu gründen. Ohne das Korrektiv der Erfahrung muß solche Politik notwendig voluntaristisch bleiben.

Dieses Problem wird von E. Altvater und Chr. Neusüß („links" Nr. 70) unterschätzt. Sie werfen den von ihnen kritisierten Beiträgen aus „links" Nr. 69 „Pseudokonkretheit" und Bezug auf „reine Unmittelbarkeit von Erfahrung" vor. Wenn sie sich damit gegen eine strategische Verallgemeinerung eines begrenzten Erfahrungsbereichs wenden wollen, dann wäre das zwar grundsätzlich richtig. Aber sie müßten zugleich angeben, welcher Bezugpunkt von Strategie aus ihrer ökonomischen Analyse folgt, der nicht den Ungewißheiten historischer Konkretion und unmittelbarer Erfahrung ausgesetzt wäre. Ohne eine solche Angabe bleibt die Gefahr trotz anderslautender Beteuerung bestehen, daß bereits aus der Analyse ökonomischer und politischer Repression auf das Vorhandensein von Widerstandskräften geschlossen wird.

Bei H. E. Brand zeigt sich dieses Problem bereits im ersten Satz: „Die Krise erzwingt, und sei es auch erst ansatzweise, die Vereinigung der im Produktions- und Reproduktionssektor bislang zumeist getrennt geführten Abwehrkämpfe gegen die sich verschärfende ökonomische und politische Repression". Er erklärt für faktisch zwangsläufig, was ihm strategisch notwendig erscheint.

Wenn aus der ökonomischen Analyse nicht erklärt werden kann, wann aus der Krisenerfahrung Klassenbewußtsein und Kollektivität, wann Vereinzelung, Resignation, reaktionäre Tendenzen entspringen, dann wird die ökonomische Analyse notwendigerweise immer von Erfahrung ergänzt werden müssen, um strategische Folgerungen zuzulassen. Daß Erfahrung sich nicht in einer platten „Momentaufnahme" erschöpft, daß sie von ökonomischer Analyse, historischem Wissen und strategischen Möglichkeiten her strukturiert wird, steht außer Zweifel. Aber an dem mühsamen Prozeß, historisch Konkretes und scheinbar „unmittelbar" Gegebenes auf Verallgemeinerbarkeit und Entwicklungsperspektiven hin abzuklopfen, führt offenbar kein Weg vorbei.

Schwächezustand mit Bruchstellen

Unumstritten ist wohl die gegenwärtige Schwäche der Arbeiterbewegung in der BRD. Es scheint vor allem die Einschätzung der Ansätze sozialistischer Politik in Betrieben und Gewerkschaften zu sein, worin sich die strategischen Positionen unterscheiden. Daß es die von H. E. Brand aufgezählten Ansätze gibt, ist fraglos, nur muß man deren Tragweite und Größenordnung meist anders und genauer einschätzen als er.

H. E. Brand hat seine Entgegnung in einem Stil abgefaßt, der bisweilen geradezu gehässig wird: wenn er dem Autor unterstellt, irgendetwas zu „verschweigen", von diesem und jenem doch sicher auch schon „zumindest gehört" zu haben, wenn er den Autor praktisch unter die „politisch und beruflich isolierten und gefährdeten Individuen" einreiht, denen es nur um den „Status quo politischer Arbeit" und die „existentiell-materielle Absicherung" geht. Dieser für das SB zweifellos neuartige Stil nötigt zu einer Zwischenbemerkung. Wenn ein Genosse die Tragweite sozialistischer Ansätze kritisch unter die Lupe nimmt und nicht umstandslos stromlinienförmige Interpretationen der „Rekonstruktion einer autonomen Arbeiterbewegung" oder der „autonomen Klassenbewegung" übernimmt, dann hat das nichts mit Abwiegelei und individueller Furcht zu tun: entscheidend ist, ob die Interpretation stimmt oder nicht; die kräftemäßige Überschätzung gegenwärtiger sozialistischer Ansätze in den Betrieben ist sicherlich ebenso schädlich wie deren Unterschätzung; keine Seite kann sich also der Beweislast für die Richtigkeit ihrer Einschätzung entledigen; und in dem Maße, wie vorsichtige und differenzierende Einschätzungen mit einem politisch-moralischen Makel versehen wer-

Herbst '75

Eckhard Brockhaus

Kapitalistische Entwicklung und Arbeiterkampf

(Vor dem ersten Weltkrieg)

Krise und Funktionswandel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – Umwälzung der Produktionsstruktur – Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse – Massenkampf, Militanz, direkte Aktion, Arbeitsunlust als Merkmale der entstehenden „anderen" Arbeiterbewegung.

ca. 220 Seiten ca. 14 DM

Toni Negri

Partei gegen die Arbeit

Ausgangspunkt dieses Beitrags zur Theorie der Organisation ist die politische Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Die gesellschaftliche Arbeitskraft als universelle Individualität blockiert objektiv die weitere kapitalistische Entwicklung, bestimmt sich subjektiv durch die Verweigerung der Arbeit und das Verlangen nach Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums. Die leninistische Partei der Bündnisse, Übergangsprogramme, der Insurrektion ist in der Klasse selbst aufgegangen.

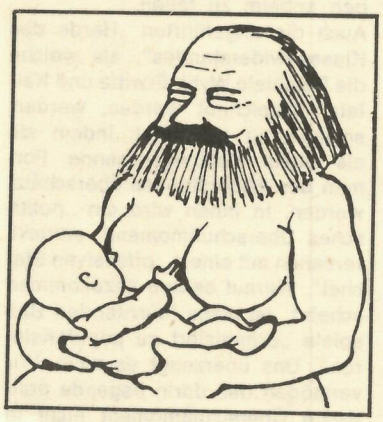
ca. 80 Seiten ca. 8 DM

TRIKONT

8 München 80 Josephsburgstr.16

den, wird die Möglichkeit zu einem offenen Austausch von Erfahrungen schwinden.

Um die Einschätzung an einigen konkreten Ansätzen vorzunehmen und derjenigen von H. E. Brand gegenüberzustellen, sei hier bei den Betriebsratswahlen dieses Jahres begonnen. Daß es in einigen wichtigen Betrieben der Metallindustrie die Tendenz zu fortschrittlicheren Betriebsräten gegeben hat, ist in „links" Nr. 68 berichtet worden. Sicher drückt sich darin eine wachsende Unzufriedenheit der Beschäftigten aus. Wieweit sich darin Ansätze einer autonomen Klassenbewegung zeigen, ist hingegen schwer einzuschätzen. Denn die Tendenz hat sich in sehr unterschiedlicher Form vollzogen: teilweise oppositionell zur örtlichen Metall-Ortsverwaltung (etwa bei Ford Köln); bei Opel Rüsselsheim im Rahmen der IG Metall-Linie mit starker Unterstützung der örtlichen SPD; bei Daimler-Benz Untertürkheim fiel die oppositionelle Liste der Genossen Hoss, Mühleisen und D'Andrea wenigstens zahlenmäßig leicht zurück, wohingegen die offizielle IGM-Liste hinzugewann. Aus der Tendenz zur Wahl fortschrittlicher Betriebsräte (die an anderen Beispielen genauer zu untersuchen wäre) lassen sich allein noch keine Ablösungsansätze von der SPD oder gar von den Gewerkschaften in den Betrieben oder Ansätze einer autonomen Klassenbewegung herauslesen.



Zu berücksichtigen bleibt eine weitere Erfahrung. Wenn links von der SPD organisierte Betriebsräte von den Belegschaften gewählt werden, dann werden sie fast durchweg nicht als Mitglieder dieser politischen Organisationen, sondern als bessere und energischere Kollegen gewählt. Häufig ist den Belegschaften die politische Organisierung der Kandidaten gar nicht bekannt, sie wählen sie, um im Betrieb und in der Gewerkschaft eine bessere Politik durchzusetzen. Verläßt der Betriebsrat in seiner Politik diesen Rahmen — indem er offen seine politische Organisation im Betrieb zu verbreitern versucht —, wird er häufig die Grenzen seines betrieblichen Rückhalts erfahren. Deshalb bleibt oft der betriebliche Widerstand gegen Kündigungs- und gewerkschaftliche Ausschlußverfahren aus: nicht der Kollege, sondern das Mitglied der politischen Organisation scheint getroffen und wird so häufig wirksam seines betrieblichen Rückhalts beraubt. Hierin zeigen sich deutlich auch die Grenzen einer autonomen sozialistischen Politik.

Ein weiteres von Brand angeführtes Beispiel ist die Fabrikbesetzung von Erwitte. Dieser Kampf hatte große Bedeutung für die beteiligten Kollegen selbst — ihre Kampferfahrung, ihre Initiativfähigkeit, ihre Kontakterweiterung — wie auch für nicht direkt Beteiligte, die zeitweise die Sache der Erwitter Kollegen durch Spenden und Propaganda zu ihrer eigenen machten. Dennoch sollte man sich nicht dazu verführen lassen, das Erwitter Beispiel fehlzuinterpretieren. In jeder Phase des Kampfes — in der Vorgeschichte, der Durchführung, der Beendigung — hatte die offizielle gewerkschaftliche Organisation (auf örtlicher, bezirklicher und zentraler Ebene) wesentlichen Einfluß auf die Aktion selbst. Natürlich erklärt sich daraus noch nicht die Initiativbereitschaft der Erwitter Kollegen. Aber ohne den gewerkschaftlichen Rückhalt hätte sich die Aktion kaum entwickeln und verbreitern können. Und daß sie sich kaum autonom dazu entwickelt hat, läßt sich jetzt beobachten, wo die Gewerkschaft diesen Rückhalt weithin entzogen bzw. auf juristische Rückzugsgefechte kanalisiert hat: damit ist auch der Aktion ein wesentliches Stück ihrer Perspektive entzogen worden. Nicht nur die objektive Größenordnung des Erwitter Konflikts, auch sein konkreter Verlauf nötigen also zur Vorsicht gegenüber seiner raschen Einordnung in das Spektrum von Ansätzen autonomer Klassenbewegung. Es wäre sicher notwendig, unter solchen Gesichtspunkten andere Widerstandsaktionen gegen kapitalistische Krisenauswirkungen einzuschätzen.

Zum Nachweis von Ansätzen autonomer Organisierung nennt H. E. Brand den Stand der organisatorischen Entwicklung des SB auf Arbeitsfeld- wie auf Regionalebene sowie das Interesse an den „express"-Redaktionskonferenzen. Daß diese Ausweitung positiv einzuschätzen und nach Kräften auszudehnen ist, wird niemand bestreiten. Aber man kommt auch hier nicht um die Frage herum, welche reale Größenordnung diese Ansätze haben, wie sie kräftemäßig einzuschätzen sind. Dieser Frage sollte gerade in künftigen Strategiediskussionen weiter nachgegangen werden. — Einmal wäre zu ermitteln, wie sich in den örtlichen Arbeitskreisen wie auch den Redaktionskonferenzen das Verhältnis zwischen betrieblich und nicht-betrieblich arbeitenden Genossen gestaltet. Vermutlich ist der Anteil Intellektueller auch hier relativ groß. Das schließt nicht eine sinnvolle politische Zusammenarbeit — etwa wie Brand sie umreißt — aus, läßt aber eben auch nicht den Schluß auf sich verbreiternde autonome Organisierung in den Betrieben zu. — Dann müßte eingeschätzt werden, ob die betrieblichen Genossen überwiegend Einzelkämpfer sind oder ob sie einen Gruppenzusammenhalt entwickelt haben. Sicher ist die Zahl von Einzelkämpfern hoch, und deren Aktivität kann vom SB-Zusammenhang her nur begrenzt beeinflußt werden. — Bei betrieblichen Gruppen schließlich wäre einzuschätzen, ob sie im Betrieb als politische Gruppen in Erscheinung treten und als solche Rückhalt bei den Beschäftigten haben oder ob sie in Zusammenarbeit mit Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten der Sache nach gewerkschaftliche Arbeit tun und in diesem Rahmen von den Beschäftigen auch akzeptiert und unterstützt werden. Das letztere wird der Regelfall sein. „Gewerkschaftlich" meint hier nicht unbedingt den institutionellen Rahmen, sondern die Funktion von Gewerkschaften: mobilisierende und aufklärende, auf praktische Solidarität zielende betriebliche Interessenpolitik. Daß Sozialisten heute solche Aufgaben wahrnehmen, ist unbedingt notwendig, weil diese Aufgaben von den Gewerkschaften als Organisationen nicht mehr zulänglich wahrgenommen werden, ja ihre energische Wahrnehmung schon unter Sanktions- und Ausschlußdruck gesetzt wird. Dennoch wäre es verfehlt, in dieser betrieblichen Politik Ansätze autonomer sozialistischer Organisierung zu sehen.

Alle diese Gesichtspunkte wären bei der Einschätzung der Möglichkeit autonomer Basisentwicklungen und der Anknüpfungspunkte sozialistischer Betriebsarbeit genau zu überdenken. Und die Art und Weise, wie H. E. Brand über diese Probleme hinweggeht, muß zur Skepsis auch gegenüber seiner strategischen Konsequenz führen.

Zweierlei Autonomie

„Autonomie" ist bei Brand deutlich akzentuiert gegenüber den bestehenden Gewerkschaften. Die Entwicklung einer klassenkämpferischen Basis werde sich „weitgehend außerhalb der Gewerkschaften, zum Teil aber auch an ihrer Basis vollziehen", das Verhältnis zu den Gewerkschaften werde sich „vom Ziel der politischen Autonomie her" bestimmen. In ungewöhnlich gehäufter Form tauchen bei ihm die Vorstellungen des „Aufbaus einer autonomen sozialistischen Organisation", einer „autonomen Klassenorganisation", einer „autonomen Klassenbewegung" auf. Eine Materialisierung dieser schemenhaften Vorstellung autonomer Organisierung nimmt er an keiner Stelle vor. Das verstärkt den Eindruck — und das ist das Ärgerliche an dem Artikel von Brand —, daß im Gewande autonomer sozialistischer Organisierung sich doch wieder nur Umrisse des „Aufbaus einer eigenständigen Organisation" abzeichnen. Ärgerlich ist dieser Eindruck deshalb, weil diese strategische Andeutung eben in überhaupt keinem Verhältnis zu den von Brand umrissenen Ansätzen sozialistischer Politik steht: wieder stellt sich der Wunsch, die Zeit möge reif sein für autonome sozialistische Organisierung, als Vater des Gedankens an eine autonome Klassenorganisation dar.

Daß die Vorstellung einer autonomen sozialistischen Organisierung gegenwärtig auftaucht, ist nicht ohne Logik. Denn noch nie stand es um die Chance innergewerkschaftlicher autonomer Entwicklungen schwieriger als heute. Schon lange sind die Gewerkschaften — ihrem Anspruch als „Einheitsgewerkschaft" zuwider — weithin Richtungsgewerkschaften der SPD; und in dem Maße wie sich die SPD in der Krise als systemtragend zu bewähren sucht, schlägt in den Gewerkschaften selber der Druck gegen abweichende Positionen massiver durch. Aus diesem Umstand die politisch richtige Folgerung zu ziehen, dürfte das strategische Kernproblem gegenwärtiger Betriebs- und Gewerkschaftspolitik im Rahmen des SB sein. Aber abweisen sollte man gegenwärtig solche Tendenzen, die der Entwicklung mit kaum etwas anderem als Organisations-Fetischisierungen entgegenzutreten versuchen.

Ansätze klassenorientierter Politik ausfindig zu machen und zu verbreitern, kann eben nicht auf der Basis des Konstrukts einer autonomen Organisation geschehen, sondern muß beim Bewußtsein und den Erfahrungen der Lohnabhängigen ansetzen. In diesem Sinne ist auch die oben umrissene gewerkschaftliche Arbeit unverzichtbar, denn für die meisten Lohnabhängigen stellen sich die Bewußtseins-, Solidaritäts- und Kampferfahrungen — an der sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit anzusetzen hätte — allein auf dieser Ebene her. Hier hätte auch die Diskussion darüber anzusetzen, was es heißt, eine autonome Politik zu verfolgen, eine Politik, die der Logik der Arbeiterklasse und nicht derjenigen des Kapitals, des Staates, der SPD oder auch der bestehenden Gewerkschaften folgt. Daß eine solche Politik in den bestehenden Gewerkschaften und auf sie bezogen heute vor großen Schwierigkeiten steht, darf nicht vernieblicht werden; aber den Versuch deshalb aufzugeben oder das Problem gewissermaßen auf die Organisationsfrage zu reduzieren, wäre gerade jetzt verheerend.

Berichtigung

Bei der Vorbemerkung der „links"-Redaktion zu dem Brief von Alfred Moos an Willy Brandt in Sachen Portugal („links"-Oktober-Nummer) ist leider ein unbeabsichtigter Druckfehler unterlaufen, den der Genosse Moos zu recht berichtigen möchte. Wir schrieben, der Genosse Moos wäre Mitglied der Ausländer-Organsation der SAP gewesen. Richtig muß es jedoch heißen: Auslandsorganisation. Die Bezeichnung „Ausländer-Organisation" könnte als eine Abqualifizierung empfunden werden, der sich beispielsweise seinerzeit auch die Nazis bedienten. In Wirklichkeit waren die Genossen in der Emigration natürlich Deutsche, die sich im Ausland als deutsche Emigranten in politischen Gruppen organisierten.

»Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück«

Onno Poppinga
Ulrich Zuper

Bemerkungen zu „Autonomie und Widerstand"

Die folgenden Bemerkungen basieren auf Diskussionen einiger Genossen des Stuttgarter SZ über den Beitrag der Aachener Genossen zur Strategiefindung (abgedruckt in „links" Nr. 69, September 1975). Unsere Wortmeldung beabsichtigt dabei weniger, durch eine streng analytische Aufarbeitung der angesprochenen Probleme und angezeigter Positionen zu einer Entgegensetzung eines „besseren" oder „richtigeren" strategischen Weges zu gelangen, vielmehr versuchen wir, den Aachener Beitrag mit unseren Erfahrungen im lokalen und regionalen Bereich wie auch unserem eigenen Diskussionsstand zu konfrontieren.

Das Ergebnis unserer Diskussion läßt sich kurz zusammenfassen: Wenn mit dem Aachener Aufsatz dazu beigetragen werden sollte, „von einer abgehobenen theoretischen Politikdiskussion weg" zu einer „praxisrelevanten gemeinsamen Entwicklungs- und Richtungsfindung" zu gelangen, dann ist dies unserer Meinung nach nicht gelungen, weil zentrale Fragen nicht oder falsch behandelt worden sind.

In diesem Zusammenhang muß auch angemerkt werden, daß die Aachener Genossen zwar mit wendigen Sätzen und geschliffenen Formulierungen aufwarten, der Aufsatz aber trotzdem außerordentlich umständlich und kompliziert geschrieben ist. Die Sätze sind überladen; vor lauter zusätzlichen Hinweisen und Andeutungen ist oft nicht mehr klar, was eigentlich ausgesagt werden soll. Einer „praxisrelevanten gemeinsamen Entscheidungs- und Richtungsfindung" ist diese Form nicht dienlich.

Ist das SB noch keine sozialistische Organisation?

1. Eine der Hauptfragen der Aachener Genossen lautet: „Kann sich das SB weiterentwickeln zu einer sozialistischen Organisation oder muß es sich rückbilden zu einem Verband linker Intellektueller?". Die Frage selbst ist bereits voller Ungereimtheiten.

Zunächst sagt sie aus, daß das SB noch keine „sozialistische Organisation ist", sondern es soll sich erst dazu „weiterentwickeln". Was aber ist das SB dann, wenn es keine sozialistische Organisation ist? Welches Verständnis von sozialistischer Organisation wird hier überhaupt vorausgesetzt? Wodurch wird man zu einer sozialistischen Organisation? Welche Schwelle muß übertreten sein, um davon sprechen zu können?

Antworten auf diese Fragen werden nicht gegeben. Es finden sich stattdessen im Text verstreut Hinweise darauf, was die Genossen darunter vielleicht verstehen mögen („neue Stufe, in der die politische Intervention, getragen durch die sich gegenwärtig herausbildenden neuen organisatorischen Strukturen des mit mittelfristiger Perspektive...", „Maß von Einheit und Effizienz, von Folgerichtigkeit und Klarheit"). Derartige Bestimmungen bleiben jedoch nur allgemeine und unverbindliche Andeutungen ohne jeden Bezug auf die politische Situation und die Wirklichkeit der sozialistischen Organisation SB.

Übrigens: Wenn aus dem SB ein „Verband linker Intellektueller" würde, so wäre das keine Rückbildung (im Sinne von zurück zu einer überwundenen Stufe), sondern eine Mißbildung.

Anzumerken bleibt dabei, daß einer der Vorzüge des SB ein – im Verhältnis zu anderen linken Organisationen – relativ großer Anteil von Betriebs- und Gewerkschaftskollegen war und ist. Nach der DKP dürfte das SB von den sozialistischen Gruppen der BRD hier die bedeutendsten Kontakte bzw. Anteile an Mitgliedern haben.

Arbeitsansätze und Prioritätensetzung

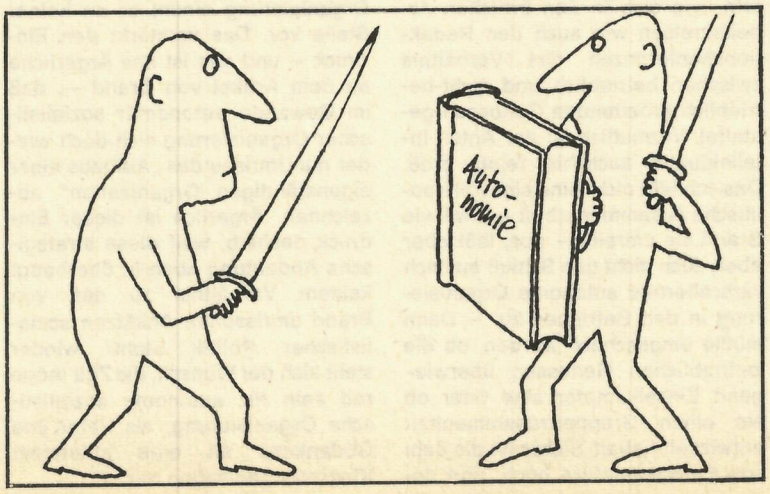
2. Ein wichtiger Punkt im Aufsatz der Aachener Genossen ist die Auseinandersetzung mit den politischen Möglichkeiten der Intellektuellen. Es wird dabei richtig festgestellt, daß die politische Arbeit von sozialistischen Professoren, Lehrern, Ärzten usw. sich nicht ausschließlich bestimmen kann nach ihrer sozialen Herkunft und beruflichen Tätigkeit. Sie können tatsächlich mehr als nur „wissenschaftliche Berater" von Arbeiter- und Gewerkschaftsgruppen sein; soweit stimmen wir zu. Im Aufsatz aber wird, nachdem eine „ausschließlich an der eigenen intellektuellen Herkunft und beruflichen Qualifikation orientierte Fragestellung nach Struktur und Aufgaben des SB" als falsch und einseitig erklärt wird und auch noch die Frage nach den „Arbeitsbedingungen des Lehrers oder Hochschulangehörigen auch in der Gewerkschaft" zugestanden wird, von den Genossen nur noch die Frage behandelt, ob es sich beim „Kollegen Professor" um einen Sozialisten handelt.

Der Tendenz nach verläuft die Argumentation dann so, daß die soziale Zusammensetzung einer Organisation gleichgültig wird; entscheidend für diese wird nur, daß sie aus Sozialisten besteht, egal, wo sie klassenmäßig herkommen!

So richtig es ist, daß die Genossen Negt und Altvater nicht nur als Soziologen und Ökonomen im Arbeitsausschuß sitzen, sondern daß das „Maß ihrer praktisch-politischen Erfahrung" zählt, so falsch ist es zu meinen, sie säßen nicht auch als Soziologen und Ökonomen im Arbeitsausschuß und das Maß ihrer praktisch-politischen Erfahrung werde nicht auch durch ihre Klassenlage und berufliche Tätigkeit mitbestimmt.

Wenn im Aufsatz häufig vom „organischen Klassenbezug" etc. die Rede ist, kann es sich unserer Auffassung nach eben nicht bloß um einen bewußtseinsmäßig hergestellten Klassenbezug handeln, sondern dieser Bezug muß real sein bzw. werden.

Und es ist nicht so, daß wir hier am Punkt Null stünden! Um es an der Frage der „Priorität von Gewerkschaftsarbeit" festzumachen: Wir verstehen diese Priorität so, daß das SB besondere Anstrengungen macht, die politische Arbeit im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich zu fördern – und das heißt nicht zuletzt, die Genossen zu fördern, die dort direkt und unmittelbar arbeiten. Arbeitskreis Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heißt in erster Linie Arbeitskreis von Betriebs- und Gewerkschaftskollegen!



Wie stark ist das SB?

3. Ein Aufsatz, der zu einer „praxisrelevanten gemeinsamen Entscheidung" beitragen will, muß wohl von einer Einschätzung der politischen Lage und der Wirklichkeit des SB ausgehen. Bei der Frage des „Frontverlaufs der Polarisierung" wird sehr hoch die Bedeutung der 68er Bewegung eingestuft. Natürlich haben sich aus der Existenz einer neuen Linken (die alte war recht „erfolgreich" durch Faschismus und Adenauerismus erledigt worden) für den Staat Probleme ergeben. Wir sollten jedoch die neue Linke und unsere Möglichkeiten als SB aber auch nicht überschätzen. Die Mühelosigkeit, mit der der Staat Genossen aus dem öffentlichen Dienst rausschmeißt, die Unverschämtheit, mit der ein Abbau der Reallöhne gefordert und durchgesetzt wird u.a.m. sind eher geeignet, die Schwäche der neuen Linken darzulegen, nicht aber dafür, allzu optimistischen Einschätzungen anheim zu fallen.

Auch die angeführten „Herde des Klassenwiderstandes", als welche die Beispiele Wyhl, Erwitte und Kalletal bezeichnet werden, werden schlagseitig gewichtet, indem sie als allein richtungweisende Formen des Widerstandes überschätzt werden. In ihnen wird ein „politisches Überschußmoment" erblickt, versehen mit einem „offensiven Stachel". Worauf es nun anzukommen scheint, ist, diese leuchtenden Beispiele „organisiert zu popularisieren". Uns überzeugt es nicht. Wir vermögen das darin liegende politische Überschußmoment nicht in andere Beispiele einfließen zu lassen. Uns ist auch nicht bekannt, daß andere, „straffe" Organisationen dies vermochten.

Für das SB wird festgestellt, daß es eine „neue Stufe" erreicht habe, daß die kritisierten Genossen Conert, Brand das erst „einbeinig" erkannt haben. Es besteht kein Anlaß, zu behaupten, es habe sich im SB nichts verändert: Mitgliederzunahmen (wenn auch bescheiden), Arbeitsausschuß, Delegiertenrat u.a.m. Es besteht aber sehr wohl Anlaß, vor Illusionen zu warnen. So wird z. B. davon ausgegangen, daß die Stufe verlassen scheint, „auf der nur bereichsspezifische und lokale Handlungstaktiken auf der einen, publizistische Arbeit eines übergreifenden Büros auf der anderen Seite existieren."

Hat es sich bei der Bestandsaufnahme auf der 1. Delegiertenratskonferenz nicht gezeigt, wie heterogen und unterschiedlich die lokalen Verankerungen sind? Ist es nicht so, daß die Diskussion der „The-

sen des SB" nur sehr mühsam von der Stelle kommt? Ist es nicht so, daß die Initiativen zur Bildung von „Arbeitskreisen Betrieb und Gewerkschaften„ sehr unterschiedliche Ergebnisse zeigen?
Unserer Einschätzung nach hat das SB zweifellos eine Weiterentwicklung erfahren. Ein Ansatz für ein Größerwerden und Zusammenwachsen ist geschaffen. Wenn aber die Praxis des SB kritisierend beschrieben wird mit „bereichsspezifische und lokale Handlungstaktiken auf der einen, publizistische Arbeit eines übergreifenden Büros auf der anderen Seite" und dies als eine eigentlich schon überwundene Stufe angesehen wird, so ist zu fragen: ist es denn etwa nicht so, daß zu den Betriebsratswahlen wohl „eine beständige Kommunikation unter Sozialisten" (was heftig angegriffen wird!) stattfand, aber nicht wesentlich mehr? Und wie stand es um das „Maß von Einheit und Effizienz, von Folgerichtigkeit und Klarheit" bei der Beteiligung von SB-Genossen am Roten-Punkt in Hannover, bei der Nicht-Beteiligung in Köln? Wo bei der Unterstützung von SPD-Wählerinitiativen durch SB-Genossen, der eigenständigen Kandidatur bei den Gemeinderatswahlen in Stuttgart? Zu fragen bleibt auch, ob nicht die „Demokratische Initiative Aachen" ein weiteres Beispiel für die Fortexistenz von „nur lokalen Handlungstaktiken" darstellt?

Demokratisches Bündnis oder sozialistische Organisation?

4. Für die „neue Stufe des SB" wird als Strategie der demokratische Kampf vorgeschlagen. Begründet wird er damit „weil die politische Scheidelinie zwischen den Verfechtern der Restauration und denen, die dagegen Widerstand leisten bzw. leisten werden, nicht entlang der Klassengrenzen verläuft." Uns kommt es etwas merkwürdig vor: vorher wurde von der großen Bedeutung der 68er Bewegung, von der „fortgeschrittenen Infragestellung" des Kapitalismus gesprochen, jetzt soll plötzlich der Kampf gegen die Repression (als umfassender Ausdruck für alle repressiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der Krise, von Entlassungen bis zu Berufsverboten) seine Basis quer zu den Klassen finden. Jetzt sollen, bei „fortgeschrittener Infragestellung des Kapitalismus" plötzlich Liberale unsere Reihen stärken wollen? Bilderbuch-Liberale, wo gibt es die denn überhaupt? Die handvoll Ausnahmen ändern daran nichts!
Weiter wird begründet: „Weil dieser Kampf die inhaltlich und nicht nur taktisch-formale Verteidigung demokratischer Rechte notwendig einbegreifen muß". Das wundert uns nun doch sehr: die Verteidigung demokratischer Rechte war für uns nie und wird es für uns nie sein: ein „formal-taktischer" Vorgang. Sie hat stets eine inhaltliche Forderung zu sein – inhaltliche Forderung sozialistischer Politik!
Weiter heißt es: „Das entscheidende gemeinsame Moment in den spontanen Formen der Gegenwehr der Bevölkerung in den verschiedenen Bereichen besteht sicherlich nicht darin, daß hier ‚der Staat' und noch weniger der Staat als bürgerlicher Staat angegriffen wird. Es besteht vielmehr in der In-Frage-Stellung der herrschenden formellen Vertretungsdemokratie." Damit können die Illusionen über das Beispiel Wyhl weitergegeben werden. Daß Wyhl gerade bei den Kernkraftwerksgeschichten eine große Ausnahme darstellt, wird nicht gesehen. Überall sonst geht der KKW-Bau munter weiter.
Andererseits müssen wir fragen: Sollen wir plötzlich von Bewegungen, an denen im großen Umfang Mittelständler teilnehmen, die „politischen Überschußmomente" beziehen und sie wegen ihrer vordergründig größeren Militanz den „gegenwärtig reformistisch-sozialistisch dominierten anderen Aktionen" (darunter sind wohl die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Stadtteilarbeit, Arbeit mit Randgruppen usw. gemeint!) vorziehen?
5. Für die Begründung ihres Ansatzes wird ausgeführt: „In dieser Periode werden hier weder die Gewerkschaften einem Druck von unten nachgebend sich gegen die repressive Entwicklung wenden, noch wird in ihnen eine distinkte proletarische Klassenbewegung ihre sozialpartnerschaftliche Führungsschichten einfach von sich abstreifen".
Wer hat denn schon so kühne Erwartungen? Außerhalb einer solch hochgeschraubten Erwartung bleibt, was real passiert. Hat sich etwa durch die Betriebsratswahlen nichts verändert? Ist denn nicht wenigstens in einigen Verwaltungsstellen Unruhe und Unsicherheit eingezogen? Überdies, wo ist – außer der komplizierten Formulierung – denn das Neue daran, „daß eine gegenwärtig verschwindend minoritäre politische Widerstandsfront und zunächst isolierte und politisch blockierte Herde des Klassenwiderstandes in einer bestimmten Weise aufeinander angewiesen sind"? Ist dies nicht seit Jahren das Problem unserer Arbeit, und gibt es denn nicht auch seit Jahren Erfolge, Beispiele, Erfahrungen und Mißerfolge? Gibt es denn nicht auch seit Jahren Erfahrungen mit Versuchen, „konsequente Liberale und Demokraten", „linke Christen oder Hochschullehrer" mit in die politische Arbeit einzubeziehen?
Wird anfangs noch die bange Frage gestellt: „Kann sich das SB weiterentwickeln zu einer sozialistischen Organisation?", so wird im Laufe des Aufsatzes ein „alter Hut" geboren, so etwas wie eine Neuauflage von Republikanischen Clubs. Wozu dafür eine straffe Organisation? Auch sollten sich die Genossen mal überlegen, wieso mit Nachdruck eine sozialistische Organisation gefordert wird und gleichzeitig auf den demokratischen Kampf insistiert wird. Die „neue Stufe" und der „nächste Schritt" verflüchtigen sich damit zu einem Rückschritt!

Kiepenheuer & Witsch, der Verlag der »Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek« und der »Studienbibliothek«, erweitert sein wissenschaftliches Programm.

pocket wissenschaft

ÖKONOMIE

Herausgeber:
Prof. Dr. Klaus Dirk Henke, Marburg
Prof. Dr. Alfred Kieser, Berlin

D. Brinkmann-Herz
Die Unternehmensmitbestimmung in der BRD
136 Seiten, DM 14,80

J. Gotthold
Macht und Wettbewerb in der Wirtschaft
144 Seiten, DM 14,80

G. Schanz
Einführung in die Methodologie der Betriebswirtschaftslehre
140 Seiten, DM 14,80

PÄDAGOGIK

Herausgeber:
Prof. Dr. Wolfgang Keim, Köln
Prof. Dr. Paul Röhrig, Köln

V. Broweleit/J. Eckhardt/H. Helmers/G. Meyer
Grundlagen der Reform des Deutschunterrichts
128 Seiten, DM 12,80

H. Feidel-Mertz
Erwachsenenbildung seit 1945
160 Seiten, DM 16,80

P. Gstettner/P. Seidl
Sozialwissenschaft und Bildungsreform
144 Seiten, DM 14,80

PSYCHOLOGIE

Herausgeber:
Heiko Deters, Köln
Prof. Dr. Klaus R. Scherer, Gießen

Ch. Lohmann/F. Prose
Organisation und Interaktion in der Schule
144 Seiten, DM 14,80

H. E. Lück
Prosoziales Verhalten
128 Seiten, DM 12,80

W. Seifert
Gruppendynamik – Veränderung durch Selbsterfahrung
144 Seiten, DM 14,80

SOZIOLOGIE/POLITOLOGIE

Herausgeber:
Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg
Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg

W. M. Breuer
Zur Politischen Ökonomie des Monopols
144 Seiten, DM 14,80

K. T. Schuon
Bürgerliche Gesellschaftstheorie der Gegenwart
144 Seiten, DM 14,80

H. See
Grundwissen einer kritischen Kommunalpolitik
144 Seiten, DM 14,80

Ausführliche Prospkte fordern Sie bitte an beim Verlag Kiepenheuer & Witsch, 5 Köln 51, Rondorfer Straße 5

kleinanzeigen

(11/1) **„Journal G"** Nr. 6 erschienen; Schwerpunktthema: Ausländerarbeit in Kirchengemeinden; ca. 60 Seiten, DM 3,50; Bezug: Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer, 7 Stuttgart 1, Schlosserstr. 36.

(11/2) **Dritte Welt Materialien:** Heft 3 „Guatemala" / Heft 4 „deutsch-peruanische Beziehungen"; jedes Heft DM 3,— bei ca. 40 Seiten; Bezug: Christliche Bildungsinitiative e.V., 3 Hannover, Lüneburger Damm 30.

(11/3) **Bolivia**-Sintesis de la actualidad Boliviana – Heft 1–6; DM 2,-; Bezug: Solidaritätskomitee mit dem bolivianischen Volk, c/o K.E.L.A., 1 Berlin 12, Limonenstr. 26 – **Solidaritätsplakate** (Motiv: Bergarbeiter), DM 2,—; Bezug: A.E.L.A., 80 München, Metzstr. 15.

(11/4) **Bundeswehr probt den Notstand** – Eine Zusammenstellung von Berichten über Notstandsübungen in der Bundeswehr —; 2. erw. Auflage, 40 Seiten, DM 2,— + Porto; Bezug Arbeitskreis Bundeswehr und KDV, 54 Koblenz, Schützenstr. 40.

(11/5) Katalyse Technikergruppe, Heft 5: **Kernenergie und ihre Alternative;** 58 Seiten, 35 Bilder, DM 2,— + -,50 Porto in Briefmarken; Bezug: „katalyse" c/o Karl Barth Haus, 43 Essen 1, Wittenberg Str. 14–16.

(11/6) **Tübinger Referendarbuch** ist am 15. Oktober in der zweiten überarbeiteten Auflage erschienen. Alle bisher noch nicht beantworteten Bestellungen werden jetzt umgehend beliefert. Neubestellungen: Angelika Walter, 74 Tübingen, Münzgasse 7.

(11/7) **Psychiatrie-Patienten-Zeitung** „Waldecho" – Patienten berichten von „drinnen" und suchen Kontakte nach „draußen"; Probenummer (1 DM in Briefmarken beilegen) durch: Redaktion „Waldecho" / Waldkrankenhaus Köppern, 6382 Friedrichsdorf/Ts. 2, Station M5.

(11/8) **Materialien der AG SPAK** „M 23" – Für die Einführung von Tariflohn und Sozialversicherung im Knast – eine Zusammenstellung verschiedener Beiträge; ca. 160 Seiten, DM 6,—; Bezug: AG SPAK – Publikationen –, 1 Berlin 61, Friesenstr. 13.

(11/9) **Thema: Strafvollzug** Nr. 7 enthält Berichte über Sozialtherapeutische Anstalten und Literatur im Knast; Bezug: AG Knast c/o AStA d. FHS, 61 Darmstadt, Schöferstr. 3.

(11/10) Der Funke – **Informationsdienst für Jugendpublikationen** Nr. 6 ist erschienen und enthält folgende Beiträge: Lehrling und Pennäler, Jugendarbeitslosigkeit, Berufliche Bildung; Bezug: Der Funke, 479 Paderborn, Postfach 1570.

(11/11) **Initiative Jugendzentrum in Selbstverwaltung** Garmisch-Partenkirchen, die Geschichte und Analyse einer Bürgerinitiative, ca. 120 Seiten; Selbstkostenpreis DM 5,— + Porto; Bezug: Michael S. Winter, 81 Garmisch-Partenkirchen, Gansangerweg 2.

(11/12) **Jugendzentrumszeitung** „Schinderhannes" Nr. 8 enthält Beiträge zu Problemen in Jugendzentren, zu Kernkraftwerken, Chile, Portugal u. a.; ca. 40 S., DM -,50 + Porto (in Briefmarken); Bezug: Redaktion „Schinderhannes", 638 Bad Homburg, Landgrafenstr. 26, Raum 12.

(11/13) **Stadtteilzeitungen:** Kreuzberger Stadtteilzeitung Heft 15/16, 28 Seiten DM 1,— + Porto (in Briefmarken); Bezug: G. Heinzelmann, 1 Berlin 61, Skalitzstr. 143; Perlach Aktuell Nr. 5, -,50 DM; Bezug: Redaktion Perlach Aktuell, 8 München 83, Karl-Marx-Ring 51.

(11/14) **Heim und Erzieher Zeitschrift** Nr. 9 enthält Berichte aus der Heimerziehung, Schülerladen, Berufsverbot und Jugendarbeit, § 218 etc. Bezug: HEZ, 1 Berlin 61, Urbanstr. 126 (Laden).

(11/15) Materialien zur Theorie und Praxis demokratischer Jugendarbeit: **Freizeitaktivitäten von Arbeiterjugendlichen,** ca. 120 Seiten, DM 7,—; Bericht über ein außerschulisches **Projekt mit türkischen Kindern,** 104 Seiten, DM 6,—; Prospekt anfordern bei Verlag Jugend und Politik, 6 Frankfurt 90, Emserstr. 29.

(11/16) **Rote Hefte** herausgegeben vom Verband Sozialistischer Studenten Österreichs, Sektion Graz: W. Sauer, Genese und Funktion des Faschismus und Interview mit Joachim Hirsch; Bezug: VSSTÖ, Bergmannsgasse 4, A 8010 Graz.

(11/17) Materialien zur Bildungsplanung und Ausbildung **„Die Ausbildung zum Gewerbelehrer",** ca. 70 Seiten; Bezug: VDS, 53 Bonn, Kaiserstr. 71.

(11/18) **Montags Notizen** Nr. 15 enthält: Das Modell der reisenden Hochschule, Fragebogenaktion, Berichte etc., 20 Seiten, DM -,70 + Porto; Bezug: Humanes Wohnen e.V., 2 Hamburg 1, Postf. 103121.

(11/19) **Nord-amerikanische Indianerzeitung** „akwesasne notes" und alle internationalen alternativen Zeitungen portofrei 2 DM per Ausgabe, mindestens 5 Ausgaben im Jahr; Bezug: Unlimited Intercommunicationsclub e.V., 2 Hamburg 13, Postfach 13 2367.

(11/20) **ESG-Material.** In der Reihe der ESG-Materialien sind zwei neue Nummern erschienen. Die Nummer 8 **Humanisierung der Arbeit** bringt Materialien und Stellungnahmen von Industrie und Gewerkschaften, von Managern und Ingenieuren, Soziologen und anderen Wissenschaftlern. U. a. wird das viel gepriesene Experiment „Volvo" dargestellt, die Hintergründe erhellt und kritisiert. 130 Seiten, 6,— DM. – Die Nr. 9 **Verschärfung der „inneren Sicherheit"** bringt Gesetzentwürfe, Stellungnahmen und Erklärungen sowie eine Zusammenstellung von Pressemeldungen. Außerdem eine Auswahl von Aufsätzen u. a. von Flechtheim, Gollwitzer, Heldmann und Ridder. 105 Seiten, 4,50 DM. Bezug ESG-Geschäftsstelle, 7 Stuttgart 1, Kniebisstr. 29.

(11/21) Wir brauchen dringend eine(n) **Sozialarbeiterpraktikanten(in)** für unser selbstverwaltetes Jugendhaus, möglichst mit Praxiserfahrung. Interessenten melden sich im Jugendhaus Dudenhofen, 6051 Dudenhofen, Fr.-v.-Stein-Str. 8, Telefon (06106) 2910.

(11/22) **Student der Sozialarbeit** (3 Sem.) sucht zur Ableistung des Hauptpraktikums (GWA) für drei Monate eine Stelle ab Januar 1976. Anfragen unter Chiffre 11/22 an das Sozialistische Büro.

(11/23) **Suche Zivildienstplatz** in der Jugendarbeit, ab Januar 1976; Hinweise an Michael R. Burger, 74 Tübingen, Fichtenweg 7/1413.

(11/24) Zwei weibliche **Diplom-Pädagogen** suchen zum Frühjahr 1976 gemeinsamen Arbeitsplatz im Bereich Jugendhilfe/Jugendarbeit (auch Heim). Wir wünschen uns Integration in ein arbeitsfähiges, aufgeschlossenes Team, möglichst Großstadtnähe. Zuschriften an: K. Quastenberg, 44 Münster, Postfach 6541.

(11/25) **Sozialpädagoge** sucht für Anfang 1976 zur Ableistung seines Berufspraktikums eine Stelle im Großraum Bonn/Köln; Angebote unter Chiffre 11/25 an das Sozialistische Büro.

(11/26) Ich (20) will in einer **Kindertagesstätte** o. ä. arbeiten, habe 1 Jahr Erfahrung in einem Kinderheim; Zuschriften an: Martha Theisen, 552 Eisenach/Bitburg, Irreler Str. 13.

(11/27) Gesucht werden zwei **Sozialpädagogen** für den Aufbau eines Jugendwohnkollektivs für strafentlassene Jugendliche; weiterhin bitten wir um Zusendung von Informationsmaterial, Erfahrungsberichte und Konzepte. Ulrich Gärtner, 45 Osnabrück, Nordalbingerweg 4, Telefon 78478.

(11/28) Undogmatische Gruppen, die sich schon genauere Überlegungen zur **VDS-Kampagne** gemacht haben, mögen uns diese bitte umgehend schicken, da unsere VDS-Informationen SEW gefiltert sind. Karl-Otto Porip, 1 Berlin 36, Mariannenplatz 16.

(11/29) Wir geben die Zeitung **„Gießener Lehrlingsblatt"** heraus und suchen Material und Kontakt von/zu anderen Zeitungen und Lehrlingsgruppen. Jürgen Derenek, 63 Gießen, Wiesecker Weg 41.

(11/31) **Gesucht werden Materialien und Erfahrungsberichte:**

- Unterrichtsentwürfe für Englisch (Sek. I), Unkosten werden erstattet; Petra S.-Johst, 2846 Neuenkirchen, Astrup 34.
- Material/Infos über Wohngemeinschaften für Diplom-Arbeit; Jos Meyer, 1 Berlin 61, Yorckstr. 43.
- Projektberichte von Mediziner und Sozialarbeiter, die Erfahrungen beim Aufbau von Gesundheitszentren haben; Unkosten werden erstattet; Cordula Schmidt, 34 Göttingen, Kurze Geismarstr. 38a.

zuschrift

Betrifft Artikel Altvater/Neusüß in „links" Okt. 75

Anläßlich des Sparprogramms der Regierung haben Altvater/Neusüß in der letzten „links" einen Artikel veröffentlicht, der neben einer ökonomischen Einschätzung auch strategische Überlegungen enthält. Über beides ist ausführlich, aber nicht an dieser Stelle zu diskutieren. (Zu meiner Einschätzung der Sparbeschlüsse vgl. „express" 9/75). Einzugehen ist auch nicht auf die alternativen Thesen zur Krisenanalyse wie etwa zur These von der Überakkumulation. Solange sich Altvater/Neusüß nicht auf die inzwischen reichlich erfolgten Gegenargumente beziehen, ist es nicht an mir, die Auseinandersetzung weiterzuführen. Worum es in diesem kurzen Leserbrief allein geht, ist die fatale Form der Kritik.

Beginnen wir mit dem Ende: „... obwohl der Himmel weiß, welche Logik historischer Ableitung hinter der These von den insulären Konflikten steht ... eine materialistische Analyse kann es jedenfalls nicht sein" – was so viel bedeutet, wie: wenn ich etwas nicht verstanden habe, dann weiß ich zumindest, daß es sich um keine marxistische Analyse handelt. A/N sind nicht etwa auf Lükken oder Ungereimtheiten meiner Ableitung der insulären Konflikte eingegangen. Sie scheinen kurzerhand der Ansicht, daß dann, wenn ihnen (als Marxisten) etwas nicht (auf den ersten Blick) plausibel erscheint, dieses „etwas" nicht „materialistisch" ist.

An anderer Stelle sagen sie: Von Entwicklung des Klassengegensatzes (sei bei mir, A. B.) „keine Rede". Tatsächlich habe ich mit der These von den insulären Konflikten zu entwickeln versucht, daß das Kapital die Klassenkonflikte auf Kosten der staatlichen Revenue (und damit der Infrastruktur, was zu Mängeln derselben führt) hinauszuschieben in der Lage sein könnte. D. h. der Versuch der Konkretisierung des Klassengegensatzes, der Versuch, seine Form in den nächsten Jahren zu bestimmen, wird als die Leugnung desselben hingestellt.

Der Beitrag von mir führe, wie es weiter heißt, die Vorstellung von der „politischen Manipulierbarkeit der ökonomischen Prozesse" vor Augen. Und das ist natürlich eine Todsünde. Gleich, ob das nun eine ist oder nicht, Tatsache ist, daß ich das Gegenteil geschrieben habe, daß nämlich die gegenwärtige Krise gegenüber früheren Krisen „klassischer", also weniger denn je durch staatliche Interventionen beeinflußbar ist. Obwohl das sogar aus den Überschriften hervorgeht, habe ich nach A/N das Gegenteil „deutlich" gezeigt. Und obwohl ich – wiederum sogar durch die Überschrift gekennzeichnet – schreibe, daß die Keynesschen Konzepte passé sind – das ist einer der Kernpunkte des ganzen Krisenvergleichs 1929 mit 1974 – wird mir das Gegenteil unterstellt, indem ich in einem Atemzug mit Ehrenberg genannt werde, einem Verfechter Keynesianischer Konzepte, was von jedem Leser als Konkretation meiner Vorstellung von der versagten „Manipulierbarkeit" verstanden werden muß.

Hier geht es nicht um den Nachweis von Polemik, die ich nicht akzeptieren will, es geht vielmehr um die Zurückweisung von Unterstellungen. Es ist ein Unterschied, ob ich jemandem einen Rechenfehler bei der Profitratenanalyse nachweise, oder ob ich ihm das Gegenteil von dem unterstelle, was er explizit gesagt hat. Ebenso, wie es auf verschiedenen Ebenen liegt, ob ich – mit Argumenten – die Überakkumulationsthese bestreite oder ob ich – dazu noch ohne Argumente – jemanden das Verdikt „pseudokonkret", „unwissenschaftlich", „unmaterialistisch" anhänge.

Nach meinem persönlichen Eindruck geht es hier um Folgendes: Blechschmidt muß für „unmarxistisch" posieren, damit Altvater für „marxistisch" stehen kann; der eine wird zum „Sozialdemokraten" gestempelt, damit der andere als „Sozialist" Profil gewinnt. Dies stützt sich nicht nur auf die schriftlichen Äußerungen von A/N, sondern auch auf Reden und Debatten, wo immer wieder von zwei SB-Lagern gesprochen wird, einem sozialdemokratischen und einem sozialistischen, wo drohend – eine Klärung dieser Kontroverse gefordert wird, die m. E. eine Scheinkontroverse ist; und wo ich zu meiner Überraschung immer auf zu eliminierende sozialdemokratische Seite hingeredet und -geschrieben werde. Wenn dieser Eindruck richtig ist, dann heißt das, daß relevante Teile des SB auf dem Weg sind, die Strategiedebatte auf eine Weise anzugehen, die bisher immer den K-Gruppen als deren größtes Manko zugerechnet wurde. Daß es bislang für die bezeichneten Probleme so gut wie keine eindeutigen Analysen gibt, ist ärgerlich; dieser Zustand wird sich aber wohl bis auf weiteres nicht wesentlich ändern. So sehr marxistische Analysen einen prinzipiell anderen Ausgangspunkt haben als Analysen die die herrschenden Verhältnisse zu ewigen erklären, so wenig ist mit dieser allgemeinen Eindeutigkeit die – zumindest vorläufige – Vieldeutigkeit marxistischer konkreter Analysen aus der Welt zu schaffen. A/N beschleunigen den Prozeß der Auseinandersetzung nicht, indem sie kontroverse Positionen in der aufgezeigten Form angehen. Ihre Vorgehensweise raubt uns allen nur Zeit.

AIKE BLECHSCHMID

modelle

Multinational für deutsche und ausländische Kinder

„Invasion von Kindergeld-Türkenkindern" oder „600000 Gastarbeiterkinder bis 1980" – mit diesen Schlagzeilen eröffnete die rechte Presse angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen eine publizistische Kampagne gegen die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien. Sie stellen eine publizistische Unterstützung einer insgesamt feindlichen Ausländerpolitik (Abschiebung in ihre Herkunftsländer, keine Gewährung von Arbeitslosenhilfe, Benachteiligung im Kindergeldgesetz, die Familienzusammenführungen werden reduziert etc.) dar, wobei den deutschen Kollegen weisgemacht werden soll, daß das Problem der Arbeitslosigkeit eher gelöst werden könne, wenn die „Ausländer" die BRD verlassen: „500 000 Arbeitsplätze könnten von deutschen Kollegen übernommen" (Bundesminister Bahr in der FR v. 15. 1. 75) und die sozialen Kosten könnten eingespart werden. Dabei waren die Arbeitsemigranten in Zeiten der Hochkonjunktur willkommenes „Arbeitsvieh", auf allen möglichen Wegen wurden sie ins Land geholt. Ihre mangelnden Sprachkenntnisse und fehlende Berufsausbildung prädestinierte sie für Arbeitsplätze, die von den deutschen Kollegen nicht mehr ausgeübt wurden, ihre Familien wurden abgedrängt in teure, menschenunwürdige Wohnungen, die soziale und schulische Versorgung ihrer Kinder ist weiterhin unzureichend. So warten z. B. im Westberliner Bezirk Kreuzberg allein über 500 Kinder auf einen Kindergartenplatz.

Die Reden der Politiker von der notwendigen Integration erwiesen sich als Sonntagsreden, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. D. h. nicht nur, daß die BRD die Arbeitslosigkeit in die Herkunftsländer exportiert (allein 90 000 Arbeiter werden 1975 in Andalusien zurückerwartet) und die Lebensbedingungen für die Menschen dort unerträglich werden läßt, hier in der BRD sitzen noch viele dem Vorurteil auf, „ohne die Ausländer gebe es keine Arbeitslosigkeit".

Dieses Vorurteil abzubauen, zu erkennen, daß die Trennungslinie nicht zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern verläuft, sondern zwischen Arbeitern und Kapital, daran zu arbeiten, daß eine soziale, politische und rechtliche Integration und Gleichberechtigung – ohne die nationalen Eigenheiten aufgeben zu müssen – in der BRD möglich wird, ist das Ziel vieler Initiativen auf Betriebs-, Stadtteil und regionaler Ebene.

Ein solches Beispiel eines gemeinsamen Kampfes gibt der Multinationale Betriebskindergarten in Westberlin. Darüberr hinaus ist er auch ein Beispiel für die Zusammenarbeit von Genossen im Produktions- und Reproduktionsbereich.

Mit einer Betriebskindergarteninitiative von ausländischen und deutschen Kollegen bei der Fa. Krone in der Industrieregion Zehlendorf-Steglitz fing 1971 alles an. Unter den Kollegen wurden Unterschriften gesammelt, und der Betriebsrat griff die Forderung nach einem Betriebskindergarten auf und bildete einen Kindergartenausschuß. Nach einem halben Jahr aber löste die rechte Betriebsratsmehrheit den Ausschuß auf, da angeblich kein Interesse unter den Arbeitern bestände, obwohl ca. 60 % der Belegschaft aus Frauen und Ausländern besteht. Nachdem offensichtlich wurde, daß über den Betriebsrat der Kindergarten nicht durchzusetzen war, gründeten mehrere ausländische und deutsche Kollegen aus den benachbarten Betrieben (Spinnstofffabrik, Zeiss-Ikon und Krone) eine Gruppe zum Aufbau eines Kindergartens. Studenten und Erzieher stießen hinzu, und im Herbst wurde der „Freundschaftsverein Deutscher und Ausländischer Arbeitnehmer e.V." gegründet. Mit dem Aufbau dieses Kindergartens sollte nicht nur den unmittelbaren Problemen der Versorgung der Kinder abgeholfen werden; es waren auch weitergehende Intentionen damit verbunden:

- Aufhebung der vielfältigen Spaltung und Isolierung sowohl in der Produktion, als auch in der Reproduktion als wichtige Voraussetzung für einen gemeinsamen Kampf;
- Kampf gegen die Ausbeutung der Frau als billige Arbeitskraft;
- Kampf gegen die Ausbeutung der Ausländer und die Spaltung von der deutschen Belegschaft;
- Kampf für menschliche Arbeitsbedingungen, gegen die Isolierung und Gettoisierung in den Wohngebieten.

Intensive Vorarbeiten waren notwendig: Entwicklung eines Konzepts für die multinationale Kinder- und Elternarbeit, Räume und Spielmaterial mußten besorgt und die Finanzierung sichergestellt werden. In einer beispielhaften Selbsthilfeaktion wurden die Räume eines ehemaligen Polizeireviers in einen Kindergarten umgewandelt: Zellen wurden entfernt, ein Waschraum gebaut, Küche, Schlafraum und Spielräume geschaffen.

Am 1. 8. 74 ist es dann endlich soweit, türkische, jugoslawische, deutsche, italienische, arabische und französische Kinder halten ihren Einzug. Betreut von einem multinationalen Erzieherteam (für die Kinder ist es ungeheuer wichtig, daß sie insbesondere in Konfliktsituationen sich mit jemanden in ihrer Heimatsprache unterhalten können), leben mittlerweile 30 Kinder im Muki.

Integration bei Beibehaltung nationaler Eigenheiten

Ausgangspunkt und Ziel stellt die echte Integration der ausländischen Kinder, bezogen auf ihre hiesigen Lebens-, Wohn- und späteren Arbeitszusammenhänge dar, ohne sie ihren eigenen familiären, sozialen, kulturellen und sprachlichen Erfahrungs- und Lebenszusammenhängen zu entfremden.

Erziehung zur Selbständigkeit, Selbstbewußtsein und Verantwortungsbewußtsein, Erziehung zu kollektivem Verhalten und einem materialistischen Weltbild, Erarbeitung eines proletarischen Vorschulprogramms, sind dabei Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit.

Erziehung zur Selbständigkeit heißt aktive Einbeziehung aller Kinder in den Tagesablauf (Aufräumen, Kochen, Tischdecken, Einkaufen, Erledigung der Postangelegenheiten u. ä.), größere Kinder helfen Kleineren, diskutieren mit beim Essensplan und bei Spiel- und Lernprojekten.

Im Vordergrund steht nicht, daß sie bestimmte Handreichungen und Fertigkeiten einüben, sondern, daß sie in die Lage versetzt werden, ihren Tagesablauf selbständig zu organisieren, daß ihnen bewußt wird, daß der Muki ein Teil ihrer Umwelt ist, den sie selbst bestimmen und verändern können.

Entwicklung von Selbstbewußtsein, Verantwortungsbewußtsein und Kollektivbewußtsein sind Voraussetzungen, die den Kindern soziales Verhalten ermöglichen. Unter sozialem Verhalten versteht die Gruppe die Solidarität der unterdrückten Klassen im Kampf gegen die Ursachen sozialer Mißstände. Soziale Verhaltensweisen werden im Kampf

Tagung Alternative Technik

Die „katalyse" – Technikergruppe lädt zu einer Veranstaltung ein, auf der über den Stand alternativer Techniken und die Möglichkeiten zu ihrer Einführung informiert und diskutiert werden soll. Die Tagung hat zum Ziel,

- **Techniker vor allem aus der Industrie auf die Dringlichkeit der anstehenden ökologischen und politischen Probleme und die Verantwortung bei ihrer Lösung hinzuweisen;**
- **herauszuarbeiten, wie alternative Technik Bestandteil eines politischen und wirtschaftlichen Änderungsprozesses sein kann und nicht nur kurzfristige Krisenmanagement-Strategie;**
- **Ansätze für eine engere Zusammenarbeit der Kräfte zu finden, die sich mit Fragen aus dem Bereich Technik und gesellschaftlicher Fortschritt befassen.**

Die Veranstaltung wird am Wochenende 29./30. November in Oberhausen stattfinden. Der Kostenbeitrag pro Person beträgt DM 10,–, darin ist ein Vorabdruck von Kurzfassungen vorgesehener Vorträge enthalten. Gruppen und einzelne Techniker, die im Sinne der vorstehend beschriebenen Zielsetzung arbeiten und an dieser Veranstaltung teilnehmen wollen, wenden sich bitte sofort an Gruppe „katalyse", 43 Essen 1, Wittenbergstr. 14–16, Karl-Barth-Haus.

der lange marsch
zeitung für eine neue linke
Nr. 18 Sept. 75

"Portugal-Die Wende?" v. Genosse aus der 'Port.-Span.-Gr.' in Bln.
"Angola-Der lange Kampf um die Befreiung"
"Brot oder Bolschewismus-Zur Sozialdemokratie in Port. und Dt."
"Die SPD in der Krise"
"Sozialistische Gewerkschaftspolitik?"GEW-Bln. v. Lehrern
"Die Unschuld der Naturwissenschaft"
"Der KBW und der §218" v. Gen. aus dem Bln. Frauenzentrum
"Zum Aktionskomitee gegen Berufsverbote"v. Sak-Jur/LM
Buchbesp.:B.Sarel "Arbeiter gegen den Kommunismus",Trikont und "Materialien zur Geschichte der Studentenbewegung",FU-Bln.
"Gereimtes" über Gedichte von P.P.Zahl und T.Proll v. R.K.

Redaktion: LM c/o Buchladen "Commune" 1 Berlin 45, Unter den Eichen 84 d
Einzelabo: über Redaktion
6 Ausgaben + Versandkosten = DM 1o.8o
Vorauszahlung auf Postscheckkonto Nr. 402094-104, D. Schütte, PSA Bln-W

Schwarze Protokolle

Nr.11(Mai75):Sozialistischer Alltag in der DDR+Buchland DDR+Analyse der FDJ-Zeitung FORUM+Unterdrückung des Mannes+ Satire + Nr.12 erscheint Okt.

Red.:P.Ober,1Berlin31 Johann-Georg-Str.3

Sonderangebot

marx-engels archiv band 1+2, hrsgb. von d. rjazanov; reprint politld. zus. 30,–

olaf ihlau, die roten kämpfer/ ein beitrag zur gesch. d. arb. bew. i. d. weim. rep. u. im 3. reich; politladen-reprint statt 7,–/5,–

polit. arbeit u. emanzip. frankf. seminar 1973, rlv statt 6,70/5,50

paul sering (d. i. r. löwenthal) kapitalismus führt zum fasch. statt 3,50/2,50

Provinzbuch, 7301 Scharnhausen, Postfach 73

Initiativkomitee ARBEITERHILFE

Ratgeber
ARBEITS RECHT
8o Seiten

3,5o DM+ Versandkosten

Der Ratgeber behandelt alle im Zusammenhang mit Kündigungen wichtigen Fragen. Besonderes Gewicht wird auf das Verfahren der Einstweiligen Verfügung (E.V.) gelegt, dessen Bedeutung in der letzten Zeit zugenommen hat, da es ein Mittel ist, in vielen Fällen schnell wieder in den Betrieb zu kommen. Zu allen Punkten finden sich Muster (von Briefen, Klagen, E.Ven etc) und Beispiele.

Bestellen bei:I.K.A.H.c/oH.Theis 2 Hamburg 19, Methfesselstr. 41

So stellen wir uns die Erziehung im MUKI vor

Wir meinen, daß Vorschulerziehung nicht nur heißen kann, den Kindern möglichst „viel Wissen mit auf den Weg zu geben" und den ausländischen Kindern das Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen. Es geht vor allem auch darum, daß sie lernen, sich mit der neuen Lebenssituation in der Schule und später z. B. im Betrieb auseinanderzusetzen. D. h., die Kinder sollen im MUKI angeleitet werden, ihre Umwelt kritisch zu beurteilen und auch zu verändern.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Entwicklung von Selbständigkeit und Selbstbewußtsein. Dies werden wir nicht durch Diskussionen erreichen, sondern indem wir den Kindern im normalen Tagesablauf Gelegenheit geben, alle notwendigen Tätigkeiten im MUKI zu erlernen und durchzuführen. So sollen die Jüngeren lernen, sich selbständig an- und auszuziehen bzw. zu waschen. Die Älteren können sich beim Kochen und Abwaschen beteiligen.

Als ebenso wichtig beurteilen wir die Förderung von solidarischem und gemeinsamem Handeln der Kinder. Wir wollen nicht verfahren nach dem Prinzip: „Der Stärkere hat Recht", was z. B. in der Schule sehr schnell durchbricht (der Fleißige ist immer der Beste). Wir finden besser, daß Kinder lernen: „nur gemeinsam sind wir stark". Gemeinsames und solidarisches Handeln wollen wir durch Spiele, Basteln und Werken üben.

Die Kinder werden bei uns auch die Möglichkeit haben, sich auszutoben und zu bewegen. Z. B. bei Spielen im Freien, bei Ausflügen und bei Lauf- und Versteckspielen. Da Kinder oft geringe Möglichkeiten haben, sich in der Wohngegend sportlich zu beschäftigen, finden wir, daß sie im MUKI dazu Gelegenheit haben sollen.

All diese Vorstellungen wollen wir mit Euch besprechen und gemeinsam weiterentwickeln, denn ihr kennt ja die bisherige Entwicklung Eurer Kinder am besten.

gegen bürgerliche, individualistische, konkurrenzlerische und rollenimmanente Verhaltensnormen durchgesetzt:

Nicht „Ich kann mich schon anziehen, Du noch nicht!", sondern „Ich kann mich schon selbst anziehen und darum helfe ich Dir und zeige Dir, wie man es macht!". Gemeinsames Malen heißt: Entwicklung der individuellen Fähigkeiten bei gemeinsamer Produktion. Verantwortungsbewußtsein (z. B. beim Zerstören von Spielzeug) heißt nicht „rechenschaftspflichtig" gegenüber dem Verein, dem Geldgeber oder den Erziehern, sondern gegenüber den anderen Kindern, später dem Kollektiv.

Gelernt und erarbeitet werden diese Fähigkeiten im freien, spontanen Spiel, wie in der programmäßigen Beschäftigung beim Malen, Basteln, Rollenspiel oder bei der Verkehrserziehung, beim Geschichtenerzählen und bei dem Kennenlernen der Umwelt (Stadtteil, Fabrik, Baustellen etc.).

Die Konfrontation mit der Realität, d. h. auch die Einbeziehung der Kinder in die Existenzprobleme des Muki, steht dabei im Vordergrund. Geschichten, Lieder, Rollenspiele, Basteln und Malen dienen der Verarbeitung und Verallgemeinerung der gemachten Erfahrung und – festgemacht an realitätsbezogenen Inhalten – bleiben damit auch nicht nur bei der Einübung bestimmter Fertigkeiten stehen.

Nach den üblichen Anfangsschwierigkeiten, wird die Entwicklung der Kindergruppe als insgesamt positiv bezeichnet, was sich insbesondere auch im gemeinsamen Auftreten auf der Straße, dem Spielplatz oder beim Einkaufen manifestiert. Zwei Hauptprobleme stehen im Moment besonders im Vordergrund: einmal die Schwierigkeiten mit den kleinen ausländischen Kindern, die noch kein Wort deutsch verstehen und sprechen und zum anderen das geschlechtsspezifische Rollenverhalten, was sich insbesondere in der Unterdrückung der Mädchen zeigt.

Soziales, kollektives Verhalten ist etwas, was nicht nur von den Kindern gelernt werden muß. Nach dem Selbstverständnis der Gruppe müssen sich Erzieher und Eltern in diesen Lernprozeß miteinbeziehen. Überhaupt kommt der Elternarbeit große Bedeutung zu, denn die Eltern sind für die Erzieher die Gruppe, die berechtigt und in der Lage ist, die Erziehungsarbeit zu kontrollieren. Dieser schwierige Prozeß, der die Eltern in die Lage versetzt, kollektive Entscheidungen zu treffen, sie ein anderes Verhältnis zum Kindergarten als zu einer Kinderbewahranstalt entwickeln läßt und in dem auch die Erzieher ihre Unsicherheiten gegenüber den Eltern abbauen, verlief in verschiedenen Phasen. Zunächst mußten sich die Eltern kennenlernen, die Vorurteile insbesondere zwischen den verschiedenen Nationalitäten abgebaut und gemeinsame Interessen, die über die Kindererziehung hinausgehen, entwickelt werden. Gemeinsame Feste, Kaffeetrinken oder Spielnachmittage, an denen sich die Eltern von Anfang an stark engagierten, führten dann dazu, daß Gespräche über die Erziehung, aber auch über die Arbeitsplatzprobleme geführt wurden und sich deutsche und ausländische Eltern in ihren unterschiedlichen kulturellen Lebensweisen kennenlernten. Elternversammlungen werden in regelmäßigen Abständen zweisprachig durchgeführt, wobei im Mittelpunkt Erziehungsinhalte und -praktiken, Erzieher–Eltern-Verhältnis und Finanzierungsprobleme stehen. Aber auch konkrete Hilfestellungen werden aus den Elternversammlungen heraus entwickelt: deutsche und türkische Eltern organisieren am Samstagnachmittag einen Deutschkurs für Türken, während die Kinder im Muki betreut werden. Eine andere Initiative dient der wirksameren Elternkontrolle; es hatte sich herausgestellt, daß die vierwöchigen Versammlungen zuwenig waren, um Eigeninitiative und Selbstverwaltung der Eltern zu fördern. Eine Einbeziehung und Entscheidung bei aktuellen Problemen war kollektiv nicht möglich, so daß nun jeden Dienstagnachmittag nach der Arbeit kurze Elternbesprechungen stattfinden, auf denen gemeinsam aktuelle Probleme, Initiativen und Entscheidungen besprochen und beschlossen werden.

Die Schwierigkeiten von betrieblicher Seite – Unternehmensleitungen und rechte Betriebsräte versuchen, mit Diffamierungen und Drohungen den Kindergarten von innen auszutrocknen – können hier nur angedeutet werden.

Trotz der schwierigen Situation gerade der ausländischen Kollegen im Betrieb nehmen die Anmeldungen für den Kindergarten zu, aber die Sparpläne des Westberliner Senats – trotz der Anerkennung der Förderungswürdigkeit erhält der Kindergarten nur ca. 50 Prozent seiner Unterhaltskosten (1975 ca. 200 000 DM) – könnten das Modell finanziell scheitern lassen, wenn nicht von außen solidarische Unterstützung geleistet wird. Das Sozialistische Büro hat aus seinem Arbeiter-Solidaritäts-Fonds eine Spende von DM 500,– an den Muki überwiesen. Wer weitere Informationen über das Projekt Muki haben und dem Muki direkt Spenden überweisen möchte, schreibe an den Freundschaftsverein deutscher und ausländischer Arbeiter e.V., 1 Berlin 37, Teltower Damm 266a.

GÜNTER PABST

AWO feuert 60 Sozialbetreuer

Mit „Mittelkürzungen" begründete die Arbeiterwohlfahrt die Kündigung von über 60 Betreuern ausländischer Arbeiter. Der Rausschmiß hat – obwohl der Betriebsrat zustimmte – ungeahnte Folgen: immer mehr deutsche AWO-Gruppen solidarisierten sich mit den Entlassenen – außerdem kommt das Problem zunehmend in die Öffentlichkeit – etwas, was die AWO recht gern verhindert hätte, weil sie sich nicht imstande zeigt, den Konflikt (Mittelkürzungen) mit „ihrer" Bundesregierung auszubaden, sondern diesen auf dem Rücken der Schwächsten austrägt. Durch die Entlassung müssen übrigens eine ganze Reihe von Freizeitzentren, die durch Steuergelder finanziert werden, wieder geschlossen werden. Es soll beabsichtigt sein, 35 Betreuungsstellen in der BRD zu schließen. Weitere Infomationen über diese Vorgänge bei der AWO enthält eine Resolution der ÖTV-Fachgruppe Sozialarbeit Stuttgart (ÖTV-Ortsverwaltung, 7 Stuttgart, Theodor-Heuss-Str. 2a).

Internationales Ausländer-Festival in Stuttgart

Nur rund 3000 Besucher hatte das internationale Festival des Kulturkomitees für ausländische Arbeitnehmer, das am 12. Oktober – einem Sonntag – auf dem Stuttgarter Marktplatz stattfand. Anlaß: die „Tage des ausländischen Mitbürgers", proklamiert „von allen christlichen Kirchen", dem Städte- und Landkreistag, dem DGB und und und ... In der Praxis – auch bundesweit, wo zu Initiativen aufgerufen wurde – sah es so aus, daß es beim „Wort zum Sonntag" blieb. Fast allenthalben übten sich der DGB und Einzelgewerkschaften in vornehmer Zurückhaltung, nicht zuletzt wohl deshalb, wie man aus Vorstandskreisen erfuhr, weil das Thema „Ausländer" gegenwärtig bei den deutschen Kollegen nicht recht „ankomme".

Stuttgarts Kulturkomitee rühmt sich seit langem guter Kontakte zu den Kirchen – nicht, weil man sich besonders liebt, sondern gegenseitig Potentiale vermutet, die einzubeziehen sind. Freilich: um die kirchlichen Kreise blieb's auch in und um Stuttgart recht still, auch dort fand das Thema, abgesehen von ein paar sehr lobenswerten Initiativen, bei den Gemeinden nicht den rechten Widerhall.

Dem Festival voraus eilte eine internationale Woche mit Zielgruppenveranstaltungen besonders für die deutsche Bevölkerung – so „Gesundheitsprobleme ausländischer Arbeiter", eine Lesung der Werkstatt „Literatur der Arbeitswelt" über Arbeitslosigkeit und Ausländer, ein Abend über „Selbstverwaltung in Jugoslawien", eine Veranstaltung über „Probleme ausländischer Jugendlicher", ein Abend über „Probleme ausländischer Schulkinder", eine spezielle Veranstaltung für italienische und deutsche Arbeiter und ein Sonderprogramm im Kommunalen Kino. Nach dem Festival fand eine Art „Abrechnung" statt – das Motto „Stuttgart – Partner der Welt?" sollte an der praktischen Politik und den konkreten Maßnahmen gemessen werden. Kennzeichnend für die meisten Veranstaltungen war der schlechte Besuch: die Internationalismus-Welle der kritischen Jugend hat noch nicht die Ufer der Herkunftsländer Türkei und Griechenland, Jugoslawien, Italien, Spanien und Portugal erreicht – vielleicht, weils zu wenig „exotisch" ist?

Das Festival auf dem Marktplatz selbst blieb, ehrlich gesagt, eine mehr oder weniger isolierte Veranstaltung. Sicherlich: die ausländischen Künstlergruppen, auch die politischen, die sich mit den folkloristischen etwa die Waage hielten, hatten „ihr" Publikum: die

Foto: Rose

Landsleute jubelten, wenn „ihre" Gruppe auftrat, aber sie blieben bestenfalls vornehm interessiert, wenn die andere Nation zu Worte kam. Der Besuch litt nicht nur unter den – aus finanziellen Gründen – beschränkten Werbemöglichkeiten und der Ignoranz der Stuttgarter Lokalpresse, sondern vor allem am Ostwind, den den Zuschauern im Freien bei 5 Grad über Null ins Gesicht blies. Da ist es auch für den standhaften Kollegen schwer, länger als ein–zwei Stunden auszuharren.

Rundum, neben Biertischen und nationalen Spezialitätenständen, die allesamt gemeinnützig organisiert waren, gabs aus dem einen oder anderen Land von den ausländischen Kollegen gefertigte Informationen auf übersichtlichen Schautafeln, desgleichen Büchertische und die Frauengruppe, die sich den Problemen der ausländischen Frauen durch die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 entzog.

Gelitten hat, so die Veranstalter, die Vorbereitung nicht nur am Desinteresse weiter Teile der deutschen Bevölkerung („Was, jetzt feiern die auch noch . . .?") sondern an der Schwierigkeit, mit den verschiedenen Nationalitäten und den noch mehr politischen Fraktionen einigermaßen zurechtzukommen. Viele wollten gleich den dritten vor dem ersten Schritt tun und taten dann, als das nicht ging, gar keinen.

Also nichts mit Solidarität? Doch. Es gab viele gute Kontakte am Rande des Festes, viele neue Informationen und Informanten, heftige Debatten auch. Mit der Aufgabe, so ein Fest zu meistern, waren ja nicht nur Deutsche betraut, sondern vor allem viele ausländische Kollegen; ihre Gruppen haben sich, einzelne jedenfalls, an dieser Aufgabe gefestigt, die Zusammenhänge, die Zusammenarbeit ist besser geworden.

Dieses – dritte – Festival war das erste im Freien: das hat neue Probleme gebracht und Fehler gezeigt, die beim nächsten Mal nicht mehr gemacht werden müssen. Es hatte vor allem aber – trotz des schwachen Besuchs – eine Ausstrahlung in die Öffentlichkeit, auch in die Betriebe und zu den Gewerkschaften hin, die des öfteren – auch öffentlich – gefragt wurden, wo sie denn an diesem von ihnen mit ins Leben gerufenen Tag waren. Vielleicht hilfts?

Was das Fest auch zeigte: Mit einem Fest ist es nicht getan. Und vielleicht ist etwas von dem sparsameren Echo, das die Veranstaltungen fanden, auch auf das veränderte Bewußtsein der Ausländer zurückzuführen, daß man jetzt, in der Krise, doch bitte nicht kommen sollte mit Festen, daß sie sich überflüssig, verschaukelt vorkamen, erstmals wieder nicht mehr liebenswerte Objekte für eine wie auch immer aussehende Integration, sondern Fremdkörper, Ware Arbeitskraft, jederzeit abschiebbar.

PETER GROHMANN

SB-Info-Rundbriefe

In den Informationsrundbriefen des Sozialistischen Büros Nr. 16 und 19 sind die Materialien und Berichte zur Sitzung des Delegiertenrats vom 4./5. Oktober 1975 zusammengefaßt. Der Info-Rundbrief 16 enthält die Berichte der Arbeitsfelder im SB. Der Info-Rundbrief 19 enthält die Problemskizze zur Publizistik des SB sowie das Protokoll der DR-Diskussion über das Thema Arbeitsfelder und das Thema Publizistik. Beide Info-Rundbriefe (die als Mitglieder-Rundbriefe bereits allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro zugänglich gemacht wurden) sind noch in begrenzter Zahl vorrätig und können gegen Vorauszahlung (Gegenwert bitte in Briefmarken beifügen) entweder einzeln (DM 1,50) oder zusammen (DM 2,50) vom Offenbacher Büro angefordert werden.

Ebenfalls sind die Materialien und Berichte zu den DR-Sitzungen im April, Mai und Juni 1975, die in den Informationsrundbriefen 13, 14 und 15 zusammengestellt wurden, beim SB noch erhältlich (gegen Voreinsendung von DM 3,– in Briefmarken).

sb-adressen

Im Zuge der Organisierung des SB wurden in den Regionen inzwischen eine Reihe örtlicher Kontaktadressen festgelegt, zu denen Interessenten aus der jeweiligen Region Verbindung aufnehmen können, ohne den Umweg über das Offenbacher Büro machen zu müssen. Da die Organisierung regionaler Arbeitsgruppen des SB erst im Anfangsstadium steht, sind die nachfolgenden Adressen nicht vollständig und zum Teil auch eher vorläufig. Es ist beabsichtigt, diese Adressenliste nach und nach zu ergänzen und zu einem späteren Zeitpunkt erneut eine vollständigere Zusammenstellung in „links" abzudrucken. Hier nun die Adressenzusammenstellung nach dem derzeitigen Stand:

Region West-Berlin: SB-Initiative, c/o das politische buch, 1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99.

Region Nord, ISZ Hamburg: Manfred Strohm, 2 Hamburg 54, Warnstedtstr. 75, Telefon 040/5403376.

Region Niedersachsen: SB-Gruppe Hannover c/o Soak, 3 Hannover, Am Taubenfelde 30 Tel. 0511/17618.

Region Ostwestfalen: SB-Gruppe Bielefeld, 48 Bielefeld, Siechenmarchstr. 23, Telefon 0521/68684; Peter-Ulrich Hein, 44 Münster, Ostmarkstr. 77; Gerhard Becker, 45 Osnabrück, Am Heidekotten 11.

Region Ruhrgebiet/Siegerland: Herbert Goßmann, 463 Bochum, Marktstr. 118 A, Zi. 808, Telefon 0234/72034; SZ-Duisburg, c/o Buchladen Kollektiv GmbH, 41 Duisburg 1, Oststr. 194, Telefon 02131/372123; Jürgen Heinze, 46 Dortmund, Nordstr. 37, Telefon 0231/812978; Herbert Querfurt, 43 Essen, Alexanderstr. 39, Telefon 0241/778484; Willi Scherer, 465 Gelsenkirchen, Overwegstr. 16, Telefon 02322/23806; SB-Gruppe Siegerland, c/o Manfred König, 591 Kreuztal 5, Mottenbachstr. 11, Telefon 0571/45135.

Region Rheinland: Hermann Koch, SB Köln, c/o Der Andere Buchladen, 5 Köln 41, Zülpicher Str. 197; SB-Köln: Dorothea Schulte, 5039 Höningen, Brühler Landstr. 5.

Region Nordhessen: Ulrich Restat, 35 Kassel, Kirchweg 68, Tel. 0561/18629; SB Marburg, c/o Karl Heinz Dieler, 355 Marburg, Haspelstr. 4, Telefon 06421/21738.

Region Rhein-Main: Buchladen Verlag 2000 GmbH, 6 Frankfurt, Jügelstr. 1, Studentenhaus, Telefon 0611/775082.

Region Baden/Pfalz: Initiative Sozialistisches Zentrum Heidelberg, 69 Heidelberg, Ingrimstr. 28; ISZ Mannheim, 68 Mannheim 1, Iffflandstr. 3.

Region Stuttgart/Württemberg: Sozialistisches Regionalbüro, 7 Stuttgart, Neckarstr. 178, Telefon 0711/264345; Sozialistisches Zentrum Tübingen/Kommunikationszentrum, 74 Tübingen, Münzgasse 7, 1. Stock.

Region Südbayern: Sozialistisches Zentrum München, 8 München 2, Lindwurmstr. 101 Rgb.

Verena Stefan

Häutungen

Der erste literarische Text, der unmittelbar aus den Erfahrungen der neuen Frauenbewegung entstanden ist, setzt sich aus autobiografischen Aufzeichnungen, Träumen, Gedichten und Analysen zusammen. Sexualität ist der rote Faden dieser Geschichte – bis die Autorin über die Arbeit in der Gruppe ‚brot + rosen', über Erfahrungen von Wohnformen, Einsamkeit und Verbundenheit mit Frauen schließlich sagen kann: „der Mensch meines Lebens bin ich".
128 Seiten 8.50 DM

Francoise d'Eaubonne

Feminismus oder Tod

Überlegungen zu einem planetarischen Öko-Feminismus.
‚Überleben oder Vernichtung', das ist die Frage. Der Mann hat triumphiert, doch sein Prinzip ist das des Todes: das der Übervölkerung wie der Zerstörung der Natur. "Den Planeten heute der Herrschaft der Männer entreißen – um ihn morgen der Menschheit wiederzugeben" ist die Parole von Francoise d'Eaubonne.
221 Seiten 13 DM

Ina Kuckuc

Der Kampf gegen Unterdrückung

Materialien aus der deutschen Lesbierinnenbewegung.
Die Autorin versucht, weibliche Homosexualität in Deutschland historisch, politisch und konzeptionell darzustellen. Gängige Klischees werden von ihr im Einzelnen untersucht – wie die Entwicklung der Frauengruppe der HAW aufgearbeitet. Ina Kuckuc hat von Anfang an in ihr mitgearbeitet.
144 Seiten 8.50 DM

JOURNAL NR. 3

Erziehung zur Ohnmacht

Wie formt sich die Identität der Frauen über Mütter, Väter, Liebhaber und Gruppen in Konfrontation mit unserer patriarchalen Umwelt? Wie erreichen wir autonome Identität? – Erfahrungsberichte von Frauen –
64 Seiten 4.50 DM

Bitte Gesamtprospekt anfordern !

Verlag Frauenoffensive
8 München 80 Josephsburgstr. 16

Aktion Wasserschlag

Nach der „Aktion Wasserschlag" (Fahndung nach den Lorenz-Entführern in der Nacht vom 5. 8. 75) hatten über 100 der von den nächtlichen Wohnungsdurchsuchungen, Festnahmen und erkennungsdienstlichen Behandlungen Betroffenen Widerspruch bzw. Beschwerde gegen die Fahndungsmaßnahme, deren Opfer sie geworden waren, eingelegt.

Sämtliche Beschwerden wurden pauschal von dem Generalstaatsanwalt zurückgewiesen, da sich kein rechtswidriges Verhalten der beteiligten Beamten habe feststellen lassen.

Um eine gerichtsförmliche Kontrolle der Vorgänge zu erreichen, haben daraufhin auf Anraten des Verteidigungskomitees allein schon 31 Betroffene über ein Neuköllner Anwaltsbüro Antrag auf gerichtliche Entscheidung gemäß §§ 23 ff EGGVG bei dem dafür allein zuständigen Kammergericht gestellt.

Auf diese Anträge hin entschied die zuständige Justizpressestelle, die von nur vier Anträgen spricht, wie folgt:

Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom Anfang des Jahres, entscheidet über die Rechtmäßigkeit polizeilicher Razzien etc. nicht mehr die Verwaltungsgerichtsbarkeit, sondern nurmehr in erster und letzter Instanz die Strafsenate der Oberlandesgerichte.

Angesichts der Tatsache, daß eine größere Gruppe Berliner Verwaltungsrichter entsprechende Fahndungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft öffentlich scharf kritisiert hat, kann die Zuständigkeitsregelung auch Hinweise auf den materiellen Ausgang gerichtlicher Verfahren geben.

Ohne auch nur den Eingang der genannten Anträge bestätigt und das Aktenzeichen des Vorgangs den Betroffenen bzw. ihren Anwälten mitgeteilt zu haben, hat der 2. Senat des Kammergerichts (Berichterstatter: RiamKG Krauskopf) unter dem Vorsitz des designierten Kammergerichtspräsidenten Meyer mit formularmäßigen Ein-Satz-Beschlüssen Ende September/Anfang Oktober die gestellten Anträge als „unzulässig" zurückgewiesen.

Die genannten KG-Beschlüsse verletzen Recht und Gesetz in mehrfacher Hinsicht; die Betroffenen haben deshalb über ihre Anwälte dagegen „Gegenvorstellung" eingelegt, mit der insbesondere gerügt wird, daß das Kammergericht das Recht auf rechtliches Gehör sowie seine gesetzliche Aufklärungspflicht (Amtsermittlungsmaxime) verletzt hat.

Dieses Bild verletzter Rechtsstaatlichkeit wird vervollständigt durch die Tatsache, daß der amtierende Präsident des KG gegen den Sprecher des Verteidigungskomitees, den Rechtsreferendar Widmer, die Disziplinarstrafe „Verweis" verhängen will, weil dieser gegenüber der Presse die beanstandeten Fahndungsmaßnahmen als „organisierten Rechtsbruch" bezeichnet hatte.

Auch in diesem Disziplinarverfahren weigert sich das KG entgegen seinem gesetzlichen Auftrag, der amtlichen Aufklärungspflicht nachzukommen, insbesondere – wie vom Betroffenen beantragt – die zuständigen Beamten der Politischen Staatsanwaltschaft verantwortlich zu vernehmen.

Das erschreckende Bild wird abgerundet durch die Dienstaufsichtsbeschwerde, die der Generalstaatsanwalt gegen einen Richter am Verwaltungsgericht eingelegt hat, der es gewagt hatte, das rechtswidrige Vorgehen der Politischen Staatsanwaltschaft als ein solches in der Öffentlichkeit zu bezeichnen. Darüber hinaus hat inzwischen dieselbe Politische Staatsanwaltschaft, die Gegenstand der Ermittlungen sein sollte, gegen den RA Grönheit, der durch eine Strafanzeige die neuerlichen rechtswidrigen Fahndungsmaßnahmen publik gemacht hatte, ein Ermittlungsverfahren wegen „falscher Anschuldigung" eingeleitet. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß Objekte und Durchführung des Einsatzes am 5. 3. 75 bis ins einzelne von der Politischen Staatsanwaltschaft bestimmt waren.

Es ist das dieselbe Politische Staatsanwaltschaft, die z. B. in den noch anhängigen Ermittlungsverfahren aufgrund von Strafanzeigen Betroffener unbekümmert gegen sich selbst ermittelt. Entgegen der Ansicht dieser Staatsanwaltschaft geht es in diesen Verfahren nicht nur um individuelles Fehlverhalten einzelner, untergeordneter Polizeibeamten.

Der bekannte Strafrechtler Prof. Blei hat öffentlich zurecht klargestellt, daß Staatsanwälte, die wie in den genannten Fällen die Berliner Politische Staatsanwaltschaft, mit den Rechten des Bürgers umspringt, fehl am Platz sind. Es ist zu fragen, ob dies nicht auch für das Kammergericht gilt, das mit den genannten Beschlüssen den Rechtsschutz gegenüber rechtswidrigem Vorgehen der Politischen Staatsanwaltschaft verweigert.

Um so mehr bleibt die demokratische Öffentlichkeit aufgerufen, da, wo der Rechtsstaat zu versagen droht, die Freiheit gegenüber dem Vorurteil der Justiz und der Übermacht der Staatsgewalt zu verteidigen.

Die Betroffenen schließlich, die – zum Teil völlig vermögenslos (Schüler, Studenten, Lehrlinge) – auch noch die Gerichtskosten ihrer im Vertrauen auf rechtsstaatliche Kontrollen eingelegten Anträge tragen sollen, sind darüber hinaus auch auf Spenden zur Deckung dieser Kosten angewiesen.

Spendenkonto: Rep. Club wegen Verteidigungskomitee, Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto Nr. 100 47043 00.

Berlin, 12. 10. 1975

Für das Verteidigungskomitee
GERHARD WIDMER

Barao de Sao – Bericht über ein portugiesisches Dorf

Unten, im Südwesten Portugals, im Bereich der Algarve, nahe Lagos gelegen, findet man Barão de São nur auf genauen Landkarten. Hier gibt es keine großen Güter, wie vor allem im mittleren Teil des Landes. Die Bauern haben Kleinbesitz, – ein paar Hektar, wenn es viel ist. Der Boden ist karg. Auf den Hügelketten niedriges Buschwerk und krüppelige Kiefern, in den Talmulden viel Karst; dazwischen kleine Felder mit Weizen, Bohnen, Kichererbsen; gelegentlich Sonnenblumen, auch Olivenhaine, Reihen von Korkeichen, Mandeln und Eukalyptus.

700 Menschen leben in Barão. Aber nicht mehr alle Bauern arbeiten auf den Feldern. Vor allem die Jüngeren fahren mit dem Bus nach Lagos zur Saisonarbeit in den Hotels oder verdienen dort geringen Lohn in der Fischfabrik.

Die Häuser in Barão sind niedrig, – reihen sich längsseitig entlang den Gassen.

Bürgermeister ist jetzt Deodato Santos, seine Lebensgefährtin und Mitarbeiterin heißt Inge Wolff, – eine Deutsche aus dem Württembergischen.

Deodato verließ 1964 Portugal und arbeitete als Handwerkslehrer in der Schweiz, in einem Heim für psychisch gestörte Kinder. Eigentlich ist er Bildhauer, schreibt gelegentlich Lyrik. Inge studiert Sozialpädagogik. Als sie Deodato in Stuttgart kennenlernte, war unter den Universitätskliniken die Fraktionierung zum Exzess gediehen. 1972 ging sie mit Deodato nach Portugal, – nach Barão de São.

Das Dorf, an dessen Rande sie sich in Selbsthilfe ein kleines Haus bauten, war arm und isoliert, wie viele tausend Dörfer in Portugal. Die Bauern lebten von der Hand in den Mund. Inge: die Leute verstanden nicht, warum, trotz immer härterer Arbeit, der Ertrag der Felder immer geringer wurde. Niemand lehrte die Bauern Agrartechniken, die dem geringen Wasserhaushalt des Bodens und seiner mineralogischen Zusammensetzung entsprachen. Lange Einfrucht-Feldwirtschaft hatte ihn zusätzlich ausgelaugt; der Karst gab ohne landwirtschaftliche Geräte und Düngemittel nichts her. Auf dem Markt in Lagos erzielten sie für ihre bescheidenen Erträge von Feld- und Baumfrüchten kaum Gewinn. Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte mit nennenswerter Kapazität gibt es auch jetzt noch nicht. Beispiel: Portugal ist der drittgrößte Erzeuger in Oliven, hat aber kaum Ölmühlen. Olivenöl wird aus Spanien importiert und ist für die Bauern als Nahrungsmittel zu teuer.

Die faschistische Regierung hat nie ein landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm aufgestellt. Die Dörfer hatten keinen Etat, keine Steuereinnahmen, um zum Beispiel eine ausreichende und hygienisch einwandfreie Wasserversorgung einzurichten.

Seit einem ¾ Jahr ist dies jetzt in Barão anders. Der zentrale Brunnen hat die richtige Tiefenlage und eine Motorpumpe. Von hier holen die Frauen das Wasser in Krügen und Korbflaschen zu ihren Wohnungen, und das Abwasser der von einer Quelle gespeisten Waschanlage verrinnt nicht mehr am Rande des Dorfes in stinkendem Schlamm. Über den steinernen Waschbecken ist ein Sonnenschutzsegel gespannt, und an anderer Stelle wurde eine große Müllgrube gebaut. Die Abfälle liegen nicht mehr auf den Straßen und Höfen. Das Dorf ist erwacht. Auch hier war der 25. April eine entscheidende Zäsur.

Das Schwierigste, sagen Inge und Deodato, war, den Fatalismus, in dem die Menschen hier versunken waren, aufzubrechen und die in ihnen ruhenden Kräfte des persönlichen und gemeinsamen Leistungswillens und Selbstvertrauens zu wecken und zu entwickeln. Die Veränderung vollzog sich zunächst in kleinen Schritten. Zu lange hatte der Faschismus auf den Menschen gelastet und sein allgegenwärtigen Unterdrückungsorgane auch die Bauern beherrscht.

Nach dem 25. April bestimmten die Bauern Deodato zu ihrem Bürgermeister. Die MFA von Lagos bestätigte ihn. Der Frühere Bürgermeister ging freiwillig. Außer den Stempeln und Briefbogen hatte er eigentlich nichts zu übergeben. Nun war zwar Bewegungsraum da, aber die alten Haltungen und auch der Mangel an materiellen Mitteln war verblieben, ebenso die Verklammerung der Bauern an ihr jeweiliges Landeigentum. Die Bauern müssen sicher sein, daß ihnen niemand gegen ihren Willen ihre kleinen Felder wegnehmen will. Doch kooperative Arbeit auf brachliegendem Land, zu der Inge und Deodato sie ermunterten, gab ihnen die Erkenn

SLB-Info 23

Der neue Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes im SB bringt folgende Beiträge: Die falsche Front der GEW-Führung ● Nichteinstellung von Lehrern – Betroffene setzen sich zur Wehr – Die Anhöraffären oder die heimliche Inquisition ● Politische Arbeit in Lehrerzentren – Lehrerzentrum Tübingen: Am Anfang war ein Flugblatt... – Frankfurter Lehrerzentrum: Eine schwere Geburt – Lehrerzentrum Aachen: Erfahrungsbericht ● Alltag in der Berufsschule – 3. überregionale Berufsschullehrertagung ● Fritz Wilde, der Junglehrer, Teil III ● Filmtips ● Der Info 23 ist eine Doppelnummer, 72 Seiten, DM 5,– ● Bezug gegen Vorauszahlung über Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

nis, daß man so ergiebiger und leichter arbeiten kann. Wir müssen zunächst und vor allem mit eigenen Möglichkeiten, und das ist die Kombination unserer Arbeitskraft, weiterkommen, sagen Inge und Deodato. Man umrandete das neu aufgebrochene Feld mit wasserhaltendem Strauchwerk (z. B. Brombeeren), baut den Mineralhaushalt des Bodens anreichernde Pflanzen an und plant wechselnde Kulturen. Nachdem dergleichen in Gang gekommen ist, erhielten sie auch die ersten projektbezogenen Kredite von der verstaatlichten Bank, nachdem ein Regierungsbeauftragter der Landreform die Unternehmung „Aufbau einer Kooperative" geprüft hatte. Nun wird die Bewegung im Dorf stärker. An den ersten Arbeiten waren noch MFA-Soldaten beteiligt. Jetzt packen selbst die alten Männer mit zu, wenn eine weitere Straße im Dorf befestigt wird und eine Kiesdecke erhält. Immer mehr Hausfronten werden mit Farben bestrichen, dabei wird kaum etwas von oben angeordnet. Alle Fragen der weiteren Entwicklung und der Projekte werden von den Dorfbewohnern zunächst gemeinsam diskutiert und entschieden. Man hat kein Parteienparlament, sondern eine Dorfversammlung, die gleichzeitig örtliche Legislative und Exekutive ist. Und man belohnt sich auch selbst:

Nach der Aktion „Sauberkeit im Dorf", mit der u. a. die neuen Abfallgruben in Betrieb gesetzt und das Dorf von jeglichem Unrat gesäubert wurde, feierte man ein großes Fest. Jeder brachte an Lebensmitteln und Wein mit, was er hatte und schenkte es jedem. Jugendliche hatten dazu eine Theatergruppe aufgebaut, spielten Szenen aus dem Dorfleben, die die gemeinsamen Probleme aufzeigten, und das Stück „König Coca-Cola", in dem sie die amerikanischen Werbeempfehlungen für ein „neues Leben" in Portugal in einer Konfrontation zu ihrer tatsächlichen Situation karikierten.

„Die Bauern werden früher oder später nach eigener Einsicht und in freiwilliger Entscheidung ihre Felder in einen gemeinsamen Besitz einbringen", meint Inge. Zur Zeit wird diskutiert, wie die Organisation und die Leitung bei der Bewirtschaftung des bereits kooperativ bearbeiteten bisherigen Brachlandes aufgebaut werden soll. Die Formen dieser Selbstverwaltung entwickeln sich jeweils aus den gegebenen und erkannten Notwendigkeiten und Arbeitserfahrungen, beschreibt Inge, die mit unermüdlicher Motorik zusammen mit Deodato in diesem Prozeß mitwirkt, diesen Vorgang.

Man beginnt auch mit der Veredelung von Feigen und Oliven. Fast vergessene Handwerkstechniken werden entdeckt und verbreitet. Es entstehen farbenprächtige Flickendecken, es beginnt wieder Wollspinnerei und die Verarbeitung der Wolle zu Jacken, Umhängen und Teppichen; dazu kommen Kork- und Stroharbeiten, Marzipanherstellung und -verarbeitung. Dergleichen dient nur zum Teil dem eigenen Verbrauch. Mit Hilfe einer Handarbeitskooperative, die eben entsteht, soll eine Verkaufsorganisation aufgebaut werden, die den Verkauf möglichst in eigenen Läden betreibt und auch in den Export geben will. Der Erlös wird weitere Investitionen ermöglichen. Das alles trägt auch dazu bei, eine gewisse Autonomie zu gewinnen.

Im nächsten Jahr soll dann der Grundstein zu einem Gemeinschaftshaus gelegt werden, in dem die alten und neuen Techniken, die Schulung durch Agrarwissenschaftler stattfinden sollen. Das Haus soll zugleich „Erwachsenenschule" auch für das Lesen- und Schreibenlernen – 50 % der Bauern sind Analphabeten – und Sozialstation mit ambulanter Arztpraxis sein. Es müssen u. a. erhebliche Schäden als Folge einseitiger Ernährung behandelt werden.

Erst jetzt, wo sich Verkrustungen lösen, wo immer mehr Vertrauen die Beziehungen bestimmt und die positiven Erfahrungen der Selbstorganisation wirksam werden, wird zugleich die Fülle der Probleme sichtbar, die bisher verdrängt waren. So gibt es viele psychosomatische Erkrankungen, z. B. durch die bisher übliche Sexualenthaltung der Frauen, die glaubten, nur dadurch die Kinderzahl beschränken zu können.

So sind die Bauern in Barão de São, zwar noch zum Teil eingebunden in ihre traditionelle Lebenssituation, auf ihre Weise in den Veränderungsprozeß Portu-

Broschüre über das portugiesische Gesundheitswesen

Die Portugalgruppe der Frankfurter Gesundheitsgruppe hat eine Sondernummer des Info Gesundheitswesen im SB über das Gesundheitswesen in Portugal zusammengestellt. Die wichtigste Informationsquelle war eine Reise, die 10 Mitglieder der Gruppe im September nach Portugal gemacht haben. Bei vielen Gesprächen mit Ärzten, Studenten, Pflegern und Krankenschwestern und der Bevölkerung wurden Informationen gesammelt. Die Broschüre enthält u. a. einen Artikel über die Organisation des Gesundheitswesens vor dem 25. 4. 1974 und die bisherigen Änderungen des Gesundheitswesens durch den Staat. Außerdem bringt die Broschüre Berichte aus dem Hospital Capochos, über die Volksklinik in Cova da Piedade und über Projekte in Figueira an der Algarve, in Aveiras de Cima und in Santa Cruz. Ein Bericht über die Dynamisierungskampagne beruht auf einer Übersetzung aus der französischen Zeitschrift „Libération". Die Broschüre ist durch einige Bilder illustriert, hat 48 Seiten und kostet DM 4,–. Gruppen erhalten bei Abnahme von mindestens 10 Stück 20 Prozent Rabatt. Bezug gegen Vorauszahlung über Verlag 2000 GmbH.

DIE LINKE OPPOSITION IN DER SOWJETUNION 1923 - 1928

Herausgegeben und eingeleitet von Ulf Wolter

Diese Anthologie dokumentiert an Hand der Originaltexte die grundlegende Debatte um den Aufbau des Sozialismus in der SU. Die besondere historische Bedeutung dieser Diskussionen liegt darin, daß in ihr sowohl die Weichen für die künftige politische und soziale Entwicklung der SU gestellt, als auch Signale für die internationale kommunistische Bewegung durch die Verdichtung des Marxismus-Leninismus zur offiziellen Doktrin der III. Internationale gesetzt wurden. Zugleich versuchte die Linke Opposition aber der zunehmenden Bürokratisierung und Dogmatisierung eine revolutionäre Alternative entgegenzusetzen.

Die beiden ersten Bände umfassen die Zeit von 1923 bis 1925, d. h. die Diskussion der Linken Opposition um Trotzki, Preobraschenskij u. a. mit der Parteiführung um Sinowjew, Kamenew und Stalin. Die Schwerpunkte waren die Notwendigkeit eines ‚neuen Kurses', d. h. eines antibürokratischen Demokratisierungsprozesses in Partei und Staat, das Problem der disproportionalen Entwicklung zwischen Landwirtschaft und Industrie und dessen planmäßige Lösung sowie die Auseinandersetzung mit den Traditionen der revolutionären Bewegung in Rußland in der sog. ‚literarischen Debatte'. Diese beiden Bände sind bis November 1975 erschienen.

Die darauf folgenden zwei Bände umfassen die Periode der Auseinandersetzung der Vereinigten Opposition (d. h. dem Zusammenschluß der Opposition von 1923 mit Sinowjew u. a.) mit der Stalin-Bucharin-Fraktion – bis zum Ausschluß der Opposition aus der Partei. Neben diversen programmatischen Äußerungen der Opposition sind die Schwerpunkte: die Industrialisierungsdebatte im Zusammenhang mit den Problemen des Aufbaus des Sozialismus in einem Land, wie er von Stalin propagiert wurde; die Rückkehr zur Rätedemokratie bis hin zu Fragen des proletarischen Internationalismus. Außerdem finden sich die ersten tiefschürfenden Analysen der neuen Sozialstruktur, die sich in der SU herausgebildet hat. Diese Bände erscheinen im Frühjahr 1976.

edition prinkipo

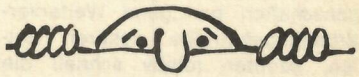
Die einzelnen Bände umfassen ca. 500–600 Seiten und kosten zwischen DM 25,– und DM 28,–. Wir bieten zwei Formen der Subskription des Gesamtwerks an, der Subskriptionsschluß ist der 31.12.1975.

1) Vorbestellung mit Vorauskasse: Der Subskribent erhält die 4 Bände für insgesamt DM 90,–. Die Lieferung erfolgt portofrei, wenn der Betrag auf dem Konto eingegangen ist. Im Ausland beträgt die Vorauskasse DM 92,50.
2) Vorbestellung ohne Vorauskasse: Der Subskribent erhält jeden Band nach Erscheinen gegen Rechnung zugesandt. Die Ermäßigung beträgt 10 % vom Ladenpreis.
Bibliotheken erhalten bei Subskription des Gesamtwerks eine Ermäßigung von 5 %.

Ein ausführlicher Prospekt kann beim Verlag gegen Einsendung einer 50 Pfg. Briefmarke angefordert werden.

Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1 Berlin 30, Postscheckkonto BlnW 47006-104

„links"-Abo-Gebühren für 1976



Obwohl in den letzten Jahren erhebliche Preiserhöhungen bei den Papierkosten und im Druckereigewerbe eingetreten sind, haben wir die Abonnements-Gebühren für „links" seit 1. 1. 1974 nicht erhöht. Wir werden auch für 1976 von einer Erhöhung des Abo-Preises absehen, müssen jedoch die Versandkosten von DM 5,– (DM3.60 Portokosten – die Portoerhöhung vom 1. 7. 1975 bedeutet für den „links"-Versand eine Erhöhung von DM 2.40 auf DM 3.60 – und DM 1.40 für Umschläge und Eintüteln) voll anrechnen. Somit sind für das Jahres-Abo „links" 1976 insgesamt DM 23.– zu zahlen (DM 18,– unveränderter Abo-Preis + DM 5.– Versandkosten). Eine Rechnung mit Zahlkarte für das Jahres-Abo 1976 wird der Dezember-Ausgabe von „links" beigelegt; wir bitten vorher keine Überweisung der Abo-Gebühren für 1976 vorzunehmen.

Verlag 2000 GmbH
Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591.

gals eingetreten. Es ist sicherlich nicht möglich, sich einfach von der Vergangenheit abzukappen, um als neue Menschen neues Land zu betreten. Doch was hier in ersten, aber entscheidenden Schritten geschieht, kann modellhaft sein für viele Dörfer in Portugal: durch eingebrachte und neu gewonnene Erkenntnisse und Selbstorganisation auch auf dem Land kooperative Arbeits- und Lebensformen zu entwickeln, die das Existierende nicht ausschalten, sondern – wie Inge sagt – integrieren.

Dabei können diese örtlichen Prozesse insgesamt auch für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung in Portugal – nicht nur für die gesellschaftliche und politische Struktur – von Bedeutung sein. Portugal importiert z. B. noch immer in großem Umfang Lebensmittel, die es selbst erzeugen kann. Leistungsfähige Kooperative mit zunehmender Maschinenausstattung, zu denen sehr bald auch von Genossenschaften getragene Weiterverarbeitungsbetriebe gehören sollen, könnten relativ schnell die Importabhängigkeit mindern. Zugleich werden dadurch viele Arbeitsplätze geschaffen, was angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, auch auf dem Land und von 400 000 Angola-Flüchtlingen, von Bedeutung ist.

Wir können von der BRD aus durch Geldspenden beträchtlich helfen. Barão de São, das Dorf, das aus Rückständigkeit und Fatalismus herauswächst, ist nach wie vor bitter arm.

Ich fragte Inge und Deodato, welche aktuelle Hilfe nützlich wäre. Sie brauchen z. B. dringend ein Abzugsgerät, (das zur Zeit durch eine Spende des Sozialistischen Büros angeschafft wird), denn sie wollen zusammen mit anderen eine kleine Zeitung herstellen, – auch für die umliegenden Dörfer – damit ständig Informationen und Erfahrungen ausgetauscht werden können (Zeitungen können auch vorgelesen werden). Mit vielen Spenden kann ein Muldenkipper gekauft werden. Und nächstes Jahr beginnt der Bau des Gemeinschaftshauses als Zentrum der werdenden Dorfkooperative, – auch dabei können wir mithelfen.

Nach Barão de São kamen im Sommer 1975 viele junge Leute, – vor allem aus der BRD. Viele blieben nur Tage. Sie fanden hier nicht eine Revolution nach ihren Vorstellungen. Manche brachten ihre eigenen Probleme mit: Aggressionen gegeneinander, Ideologiebedürfnis und Kommunikationsschwierigkeiten. Andere packten zu, auch wenn der Rücken beim Kichererbsenpflücken und beim Straßenbau schmerzte. Es gab auch Abneigung gegen die selbstverordnete, aber nie richtig funktionierende Disziplin, die unerläßlich ist, vor allem unter den örtlichen hygienischen Bedingungen. Doch die Bauern waren freundlich zu allen Gästen. Sie freuten sich, daß so viele junge Leute zu ihnen kamen, um ihre Probleme kennenzulernen.

1976 wird wieder nach Barão de São eingeladen. Doch wer dann kommen will, muß sich anmelden, eine bestimmte Zeit mit konkreter Arbeitsleistung dort bleiben und sollte möglichst dort verwendbare Fachkenntnisse mitbringen.

Wir werden die Einladung dazu in „links“ zu gegebener Zeit veröffentlichen.

HEINER HALBERSTADT

Portugal-Plakate

Plakatausstellung von der portugiesischen Revolution: vom Land und der Stadt – vom Volk und dem Militär – von Banken, Bauern und Arbeitern. 15 große Fotos auf Karton DIN A 2 mit Text. Die ganze Ausstellung kostet nur 15 Mark + 3 Mark Verpackung (in der Rolle). Einzelne Bilder wie das nebenstehende (alle auf Karton DIN A 2) gibt's ab 100 Stück für 25 DM. Alles nur gegen Vorauszahlung auf Postscheckkonto Köln 282870-504 (Betrieb). Auch für Buchhandlungen. Lieferung unfrei.

Kölner VolksBlatt
5 Köln 1, Hohenzollernring 97
Ruf 0221/529794

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links“ z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche, Egbert Jahn, Roland Roth (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Eva Senghaas-Knobloch, ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,– zuzüglich DM 3,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041–604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links“ wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte „links“ + „express“; Prospektkarte „Jetzt abonnieren!“; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros“ mit anhängender Zahlkarte; Spendenaufruf „Arbeiter-Solidaritäts-Fonds“ mit anhängender Zahlkarte; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; Spendenaufruf „Solidarität mit Portugal“; Prospekt des Merve Verlags; Prospekt der vsa „Herbst/Winter 75/76“; Prospekt „Portugalkampagne des Sozialistischen Büros“; „links“-Extrablatt.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab sofort „links“ sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das restliche Jahr 1975 und das volle Jahr 1976 insgesamt DM 25,– (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift